

Gisela Dachs



Bundeszentrale für
politische Bildung

israel kurzgefasst

— Überarbeitete Auflage: Oktober 2016, ISBN 978-3-8389-7090-5



— Israel – Physische Übersicht, Grenzen und Verkehr



Gisela Dachs



Bundeszentrale für
politische Bildung

israel kurzgefasst

— Überarbeitete Auflage: Oktober 2016, ISBN 978-3-8389-7090-5

— Zur Autorin



Dr. Gisela Dachs, Jahrgang 1963, ist Publizistin, Sozialwissenschaftlerin und Dozentin an der Hebräischen Universität Jerusalem. Sie war zwei Jahrzehnte lang exklusive Israel-Korrespondentin der ZEIT und arbeitet heute als freie Autorin in Tel Aviv, unter anderem auch für die NZZ am Sonntag. Seit 1994 lebt sie in Israel.

Neueste Buchveröffentlichung: Gisela Dachs (Hg.), Länderbericht Israel (bpb-Schriftenreihe-Band 10 000), Bonn 2016.

Im Auftrag der Leo Baeck Institute gibt sie den „Jüdischen Almanach“ heraus, der im Jüdischen Verlag im Suhrkamp Verlag erscheint. Thema der neusten, 2016 erschienenen Ausgabe ist „Musik“.

— Impressum

— *Herausgeberin*: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

— *Redaktion*: Gabi Gumbel, Mannheim; Jutta Klaeren (verantwortlich in der bpb)

— *Redaktionelle Mitarbeit*: Martina Bauer, Regensburg; Imke Marie Dralle, Berlin; Ricarda Langer, Unkelbach

Eine Anmerkung zu den Schreibweisen: Da die Umschrift aus dem Hebräischen und dem Arabischen ins Deutsche sehr unterschiedlich gehandhabt wird, wurde bei Namen und Begriffen die in der deutschen Publizistik übliche Schreibweise gewählt.

— *Titelbild*: Yadid Levy / RHPL / vario images

Für Fotos liegen die Rechte nicht bei der bpb, sondern den jeweiligen Agenturen bzw. Fotografen.

— *Grafik*: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

— *Karten*: Ingenieurbüro für Kartographie mr-Kartographie, Gotha

— *Druck*: Silber Druck oHG, Niestetal

— *Überarbeitete Auflage*: Oktober 2016, ISBN 978-3-8389-7090-5

— *Bestellungen*: www.bpb.de > Publikationen > pocket

— *Bestellnummer*: 2048

Die Bundeszentrale für politische Bildung/ bpb ist ausschließlich für ihre eigenen Internetseiten verantwortlich; für alle anderen gilt Haftungsausschluss.

Diese Publikation stellt keine Meinungsäußerung der bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

israel kurzgefasst

Der Flughafen – Sicherheits- und Sehnsuchtsschleuse	Seite 7
Die Israelis – eine bunt gemischte Nation	Seite 11
Jerusalem oder Tel Aviv – religiös versus säkular	Seite 36
Bevölkerungsentwicklung – Frauen, Kinder, Karriere	Seite 46
Zivilgesellschaft – NGOs: zahlreich, aber unter Beobachtung	Seite 54
Film und Literatur in Israel	Seite 59
Politisches System – westliche Demokratie mit Eigenheiten	Seite 64
Parteienlandschaft – Spiegelbild einer komplexen Gesellschaft	Seite 75
Wirtschaft – Erfolgsgeschichte mit Schattenseiten	Seite 85
Der Kibbuz – Aushängeschild in der Krise	Seite 93
Krieg und Frieden – Gedanken zum Nahostkonflikt	Seite 99
Kampf gegen den Terror – eine heikle Gratwanderung	Seite 113
Die Streitkräfte – nationaler Mythos mit Imageproblemen	Seite 124
Israel und Deutschland – schwieriges Verhältnis auf Entspannungskurs	Seite 133
Erinnerungskultur – die Israelis und der Holocaust	Seite 145
Blick in die Zukunft – mehr Fragen als Antworten	Seite 157

Anhang

Glossar	Seite 162
Zeittafel	Seite 183
Kleines Wörterbuch Hebräisch – Deutsch	Seite 190
Weiterführende Informationen	Seite 192

Vorwort

2016 feiert Israel den 68. Jahrestag seiner Staatsgründung. Seit 1948 wandelte sich das Land vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts von einem Agrarland mit mangelhafter Infrastruktur in eine Hightechnation, die zu den wichtigsten Industriestaaten weltweit gehört. Mehr als drei Millionen Menschen sind aus vielen Teilen der Erde eingewandert und integriert worden. Der jüdische Staat ist Zeit seines Bestehens für viele Überlebende des Holocaust zur Heimat geworden. Deutschland ist mit Israel nicht zuletzt aufgrund dieser Vergangenheit auf besondere Weise verbunden.

2013 feierte die Bundeszentrale für politische Bildung das 50-jährige Jubiläum ihrer Israel-Studienreisen. Rund 270 Reisegruppen haben in dieser Zeit das Land besucht. Die Studienreisen bieten intensive Einblicke in Israels politische, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt vor dem Hintergrund seiner historischen Prägung. Die Gespräche und Begegnungen im Land tragen dazu bei, eigene Standpunkte zu überprüfen und Klischees und Stereotype aufzubrechen.

Israel näher kennenzulernen, ist auch Ziel dieses Buches. Das handliche Format bietet eine erste Orientierung über ein faszinierendes Land und eignet sich ebenso als Reisebegleiter. 2010 erstmals publiziert, erscheint es nun zum zweiten Mal in überarbeiteter Form.

Die seit vielen Jahren in Tel Aviv lebende Publizistin Gisela Dachs beschreibt auf ebenso verständliche wie anschauliche Art die komplexe Lebensrealität in Israel, um mit dem Fazit zu schließen: „Israel ist ein einzigartiges Experiment, das längst noch nicht abgeschlossen ist – und vielleicht gerade deshalb für viele so unfassbar und fesselnd zugleich.“

Jutta Klaeren

Bild rechts: Im Anflug auf Tel Aviv – Blick aus dem Flugzeug



— Israel in Fakten und Zahlen

Offizieller Name

Medinat Isra'el (Staat Israel)

Regierungsform

Parlamentarische Demokratie

Unabhängigkeitserklärung

14. Mai 1948 (Proklamation des Staates Israel)

Hauptstadt

Jerusalem (international nicht anerkannt)

Amtssprachen

Hebräisch (Ivrit), Arabisch;
Handelssprache: Englisch

Währung

1 Neuer Israelischer Schekel (NIS)
= 100 Agorot

Fläche

20 766 km² (in den Waffenstillstandslinien von 1949 – „Grüne Linie“)

Bevölkerung****

8.522 Millionen, einschließlich der Bewohner der annektierten Golanhöhen und Ostjerusalems sowie der Israelis im Westjordanland (international nicht anerkannt), davon 74,8 % jüdische und 20,4 % arabisch-israelische.

Durchschnittliches Bevölkerungswachstum pro Jahr*

1,9 % (jüdische Bevölkerung, inkl. nicht-arabische Christen und diejenigen, die keiner Religion zugehörig sind), 2,2 % (arabische Bevölkerung)

Religionen****

74,8 % Juden, 17,6 % Muslime, 2,0 % Christen (arabische und nicht-arabische), 1,6 % Drusen, 4 % nicht nach Religionszugehörigkeit klassifiziert

In Städten leben*

rund 92 %

Geburtenrate***

3,08 Geburten/Frau (Fertilitätsrate)

Lebenserwartung**

Männer: 80,3 Jahre,
Frauen: 83,9 Jahre

Nationalfeiertag

Tag der Unabhängigkeit (Yom HaAtzma'ut): jährlich wechselnd, weil der Unabhängigkeitstag nach dem jüdischem Kalender begangen wird, 2016 z.B. am 13. Mai

Telefonvorwahl

+972

Kfz-Kennzeichen

IL

Zeitzone

+1

Quellen: Auswärtiges Amt: www.auswaertiges-amt.de > Außen- und Europapolitik > Länderinformationen > Israel; Central Bureau of Statistics Israel (CBS): www.cbs.gov.il

Wer nach Israel reist, trifft in der Regel am internationalen Flughafen Ben Gurion bei Tel Aviv ein. Dass dieser in der heimischen Psyche einen hohen Stellenwert einnimmt, sagt viel über das Land aus. Nähern wir uns ihm also aus der Luft an.

Der ab den 1990er-Jahren erweiterte Flughafen ist Sicherheitsschleuse und Nadelöhr zugleich für die Israelis, die den Weg in die Ferne suchen. Und sie tun es häufig – entweder weil ihnen aus beruflichen Gründen keine andere Wahl bleibt oder weil ihnen die Heimat, die etwa so groß wie Hessen ist, manchmal einfach zu eng wird.

Als Mittel gegen Klaustrophobie reichte vielen lange Zeit allein schon die Atmosphäre am Flughafen. Dessen heilsame Wirkung wurde sogar besungen. In dem hebräischen Schlager „Terminal Luminlat“ des 1999 verstorbenen Sängers und Songwriters Meir Ariel heißt es:

„Nach meiner Entlassung empfahlen mir die Ärzte / Einen monatlichen Besuch auf dem Flughafen / Es tut mir wirklich gut, ein großes Flugzeug / Durch klare Tränen starten zu sehen. / Danach ist der Druck schon leichter auf dem getränkten Auge / Ich mache mir einen angenehmen Nachmittag, fahre zum Flughafen / Sage mir selbst unterwegs, auch das müssen wir uns noch abgewöhnen. / Mein Selbst erwidert mir bei der Ankunft, dann beginnen wir, jeden Tag zu üben. / Terminal, je t'aime, I love you, / Terminal bella mia.“

Das Wegfliegen hat für Israelis eine besondere Bedeutung. Für sie gibt es eine klare Zweiteilung des Globus: Da ist zum einen Israel, mehr oder weniger losgelöst von seiner tatsächlichen Geografie, zum anderen das – nur durch die Luft zu erreichende – Ausland. Denn die Israelis können sich nicht einfach ins Auto setzen und in eines der Nachbarländer fahren.

Inseldasein

Die Grenzen im Norden sind – da es weder mit dem Libanon noch mit Syrien ein Friedensabkommen gibt – verschlossen. An den Übergängen zum Gazastreifen, in den kein Israeli hinein darf, kommt es regelmäßig zu Auseinandersetzungen mit der radikalislamischen Hamas, die dort im Juni 2007 die Macht übernommen und seither immer wieder Raketen auf israelisches Territorium abgefeuert hat. Der erste Gazakrieg Ende 2008/Anfang 2009 sollte den Beschuss beenden. Was aber nicht dauerhaft gelang. Während der erneuten militärischen Konfrontationen im November 2012 und im Sommer 2014 befand sich dann erstmals auch Tel Aviv in der Schusslinie der Hamas. Gaza gilt als Feindesland.

Doch auch der Zugang zu den Autonomiegebieten im Westjordanland, die von der eher gemäßigten Palästinenserorganisation Fatah regiert werden, ist Israelis – Journalisten ausgenommen – im Allgemeinen verwehrt. Jordanien hat zwar im Oktober 1994 Frieden mit Israel geschlossen, aber Israelis sollten sich dort lieber nicht offen zu ihrer Nationalität bekennen. Ebenso wenig wie in Ägypten, das 1979 immerhin als erstes arabische Land Israel anerkannt und ein Friedensabkommen unterzeichnet hat.

Eine Ausnahme stellte die ägyptische Halbinsel Sinai dar. Viele Jahre war sie vor allem während der Pessachwoche – einem zentralen Fest im Judentum, mit dem an den Auszug der Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei erinnert wird – ein beliebtes Reiseziel für junge Israelis, die dort am Strand kampierten oder in kleinen Beduinenhütten wohnten. Das war eine richtige Tradition, die spaßeshalber als „umgekehrter Auszug aus Ägypten“ bezeichnet wurde. Aber Warnungen vor Terroranschlägen und die unsicheren Verhältnisse nach dem „Arabischen Frühling“ haben den Sinai zu einem gefährlichen Urlaubsziel gemacht. „Stellen Sie sich vor, Israel sei eine Insel“, erklärt ein Jerusalemer Diplomat die Eigenwahrnehmung.

Es gab aber auch schon andere Zeiten. Nach dem Osloer Abkommen von 1993, in dem sich Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) erstmals gegenseitig anerkannten, machten Israelis gern Kurz- ausflüge ins palästinensische Westjordanland: zum Essen nach Bethlehem, abends zum Jazzkonzert in die heimliche palästinensische Hauptstadt Ramallah oder nachts ins Spielkasino nach Jericho.

Heute liegt ein Sperranlage dazwischen. Sie besteht aus Beton und Zäunen. Wer nur die zugemauerte Realität seit dem bewaffneten Aufstand der Palästinenser im Herbst 2000 – der sogenannten zweiten Intifada – kennt, kann sich kaum vorstellen, dass man in besseren Zeiten von Jerusalem bis Ramallah mit dem Auto nur 20 Minuten brauchte.

Empfindliche Lebensader

Der Beschluss zum Umbau des Flughafens in den 1990er-Jahren fiel in die Zeit der Euphorie über den damals begonnenen Friedensprozess. Marmor, Glas und Stahl funkeln überall, unendlich lange Rollbänder bringen die Passagiere zu einzigartigen Duty-free-Läden. Denn nur hier kann man riesige Kühlschränke und Plasmafernsehgeräte nicht nur kaufen, sondern auch gleich deponieren, um sie erst nach der Rückkehr von einer Reise mit nach Hause zu nehmen.

Dass der Flughafen einer Lebensader gleichkommt, zeigt die Tatsache, dass ein Streik an keinem anderen Ort so viel Wirkung zeigt wie hier. Doch auch strategisch symbolisiert er eine der empfindlichsten Stellen des ganzen Landes: Groß ist die Angst vor einem Anschlag auf das Gebäude selbst oder auf den Flugverkehr.

Entsprechend penibel sind die Kontrollen und Fragen des Sicherheitspersonals. Manch ausländischer Reisender braucht Tage, um sich davon zu erholen. Auf Israelis hingegen – die sich über eine solche Behandlung etwa in den USA unmäßig aufregen können – haben sie einen beruhigen-

den Effekt. Auch spielt bei allen Rückzugserwägungen aus dem Westjordanland die Angst, dass es eines Tages feindliche Raketen bis zu diesem neuralgischen Punkt schaffen könnten, immer eine Rolle.

Denn wer auf dem Flughafen Ben Gurion landet, befindet sich nur wenige Kilometer von der Grünen Linie entfernt, die das Westjordanland von Israel trennt; 50 Kilometer sind es bis zur Heiligen Stadt Jerusalem und 19 Kilometer nach Tel Aviv, der säkularen Mittelmeermetropole mit ihren gläsernen Bürotürmen. Bis Degania Alef am See Genezareth, dem ältesten Kibbuz Israels, braucht man gut zwei Autostunden, etwas weniger bis zur Entwicklungsstadt Sderot in der Wüste Negev.

Eins aber haben diese vier so unterschiedlichen Orte gemeinsam – sie alle sind Eckpfeiler des israelischen Daseins. Wer es aus der Nähe betrachtet, entdeckt bald eine komplexe Gesellschaft voller Gegensätze und oft auch verwirrender Widersprüche. Viele Reisende kommen deshalb mit klaren Vorstellungen an, fahren aber mit vielen Fragen wieder ab. Das mag mit daran liegen, dass Israel im Nahen Osten liegt, aber in Europa ersonnen wurde.



Stahl, Glas und Marmor funkeln überall: der 2004 fertiggestellte Terminal 3 des internationalen Flughafens Ben Gurion bei Tel Aviv.

1. Der jüdische Israeli – europäisch versus orientalisches

Israel ist ein Land, das aus einer Idee heraus geboren wurde. Als der aus Budapest stammende jüdische Journalist und Schriftsteller Theodor Herzl Ende des 19. Jahrhunderts sein berühmtes Buch „Der Judenstaat“ verfasste, schwebte ihm ein Modell vor, das ein Gegenentwurf sowohl zur assimilierten Lebensweise der westeuropäischen Juden als auch zur stark vom Glauben geprägten, traditionellen Lebensform der osteuropäischen Juden sein sollte.

Eine Existenz also fernab von ewiger Verfolgung, vom jiddisch sprechenden Shtetl, von Frömmigkeit und Minderheitendasein. Die späteren Gründerväter des israelischen Staates, geprägt von den sozialistischen Ideen der russischen Revolution, taten dann in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts alles, um Herzls Traum Wirklichkeit werden zu lassen.

In ihrer neuen Heimat Palästina sollten die Juden sich endlich selbst regieren – und kraft des eigenen tätigen Vorbilds einen neuen Menschentypus erschaffen: den „neuen Hebräer“. Er sollte säkular sein, fortan ausschließlich hebräisch sprechen und das Land mit seinen eigenen Händen aufbauen und verteidigen.

Plakate, die in den Jahren vor der Staatsgründung 1948 im Jischuv gedruckt wurden, zeigen einen jungen Mann und eine junge Frau mit blonden Haaren und slawischen Gesichtszügen, in Arbeitskluft und mit geschulterter Hacke. Die im Land geborenen Nachkommen der jüdischen Einwanderer hatten sogar eine Kollektivbezeichnung, die bis heute aktuell ist: Zabar (oder Sabre) wurden sie genannt, das ist das hebräische Wort für „Kaktusfeige“. Diese Frucht, die in fast allen Ländern rund ums Mittelmeer angebaut wird, ist außen sehr stachelig, ihr Inneres aber schmeckt süß und einzigartig.



Dieser Landwirt verkörperte aus Sicht der Gründerväter den „neuen Hebräer“, der mit seiner eigenen Hände Arbeit das Land aufbaut und es gegen Feinde verteidigt.

Foto: National Photo Collection Israel

So entstand eine ganz neue jüdische Gemeinschaft mit auf den Kopf gestellten Normen. Ganz oben in der sozialen Hierarchie standen fortan die Bauern und Soldaten – ganz unten die Intellektuellen. Die aus freien Stücken gekommenen Pioniere trennten sich wissentlich und willentlich von den elterlichen Traditionen – bis hin zur Kleidung, die betont leger sein sollte. Das war zum einen aufgrund der klimatischen Bedingungen in der neuen Heimat notwendig, sollte zum anderen aber auch ihren Protest gegen eine bürgerliche wie eine religiöse Lebensweise ausdrücken. Das Land wurde von einer jungen Generation aufgebaut. Von diesem Geist ist auch heute manchmal noch etwas zu spüren, etwa wenn einem ältere Israelis in Jeans und Crocs begegnen.

Einwanderer aus Mittel- und Osteuropa

Wer den zionistischen Pionieren später auf ihrem Weg ins Gelobte Land nachfolgte, also zunächst vor allem Flüchtlinge aus Mittel- und Osteuropa, tat sich nicht immer leicht mit diesem Sabre-Ideal, das weit entfernt war von der Prägung der jüdischen Gemeinden Osteuropas.

— Theodor Herzl und der Zionismus – eine Vision wird Wirklichkeit



Theodor Herzl um 1894

Als Zionismus wird die jüdische Nationalbewegung bezeichnet, die Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf den zunehmenden Antisemitismus in Europa entstand und einen eigenen jüdischen Nationalstaat in Palästina anstrebte.

Der Begriff wurde 1890 von dem Wiener Journalisten Nathan Birnbaum geprägt und greift die jahrhundertealte Sehnsucht der auf der ganzen Welt verstreuten Juden nach Zion – einem Synonym für Jerusalem und die biblische Heimat – auf.

Zur politischen Kraft wurde der Zionismus vor allem durch Theodor Herzl. Herzl, der 1860 in Budapest als Sohn einer assimilierten jüdischen Kaufmannsfamilie zur Welt kam, war nach seinem Jurastudium in Wien als Journalist und Schriftsteller tätig. Ab 1891 berichtete er als Korrespondent der liberalen „Neuen Freien Presse“ aus Paris, wo er den Prozess gegen den jüdischen Hauptmann Alfred Dreyfus verfolgte, der 1894 zu Unrecht wegen angeblichen Landesverrats verurteilt wurde. Unter dem Eindruck der aus seiner Sicht mangelhaften gesellschaftlichen Akzeptanz von Juden – trotz ihrer damaligen rechtlichen Gleichstellung – schrieb Herzl seine programmatische Schrift „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“. In dem 1896 erschienenen Buch kommt er zu dem Schluss, dass der Antisemitismus trotz der Bereitschaft der Juden, sich zu assimilieren, nie verschwinden werde. Daher sei der einzige Ausweg die Gründung eines eigenen Staates für die Juden. Das Manifest, das bei vielen Juden in Westeuropa zunächst auf Ablehnung stieß, wurde zum Programm des politischen Zionismus.

1897 berief Herzl in Basel den Ersten Zionistenkongress ein und initiierte die Gründung der Zionistischen Weltorganisation (ZWO). Das in Basel

verabschiedete Programm verkündete als Ziel die „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“. Von nun an warb Herzl unermüdlich um Unterstützung seiner Pläne auf höchster politischer Ebene in Berlin, London und Konstantinopel – allerdings ohne großen Erfolg.

Als Herzl 1904 starb, schien seine Vision eines jüdischen Nationalstaates in weiter Ferne zu liegen. Doch das änderte sich, als Großbritannien 1917 in der sogenannten Balfour-Erklärung das Ziel einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina, das damals unter britischer Militärverwaltung stand, anerkannte. Mit der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 wurde Herzls Vision Wirklichkeit, der Zionismus hatte sein Ziel erreicht. 1949 wurden Herzls Gebeine seinem letzten Willen entsprechend von Wien nach Jerusalem überführt und auf dem nach ihm benannten Herzlberg bestattet.

Nicole Alexander

Aharon Appelfeld, aus dem damals rumänischen Czernowitz stammender Schriftsteller und Holocaustüberlebender, kritisiert diese Darstellung des typischen Israeli, „der so stolz auf seine Biografie ist, weil er hier bereits in den Kindergarten und die Schule gegangen ist und anschließend in der Armee gedient hat“. Denn das sei nicht die richtige „Soziologie“. Sie laute vielmehr so: „Die Eltern kommen aus Polen, all die Jahre nach ihrer Ankunft hatten sie es schwer, mit der Sprache, mit dem Leben. Sie wussten nicht, wie sie ihre Vergangenheit mit der Gegenwart verbinden sollten, das haben sie ihren Kindern weitergegeben. Ich als Einwanderer bin also – wie jeder Zweite hier – der klassische Israeli.“

Orientalische Juden

Die Distanz zu dem Sabre-Ideal war bei den Einwanderern orientalischer Abstammung, den sogenannten Mizrachim, die zum Großteil – nicht selten als Vertriebene – unmittelbar nach der Staatsgründung 1948 und damit zur gleichen Zeit wie die europäischen Holocaustüberlebenden nach Israel strömten, sogar noch größer. Denn sie entsprachen diesem Ideal weder in ihrem Äußeren noch waren sie mit den in Europa gängigen revolutionären

Ideen in Berührung gekommen. Da es in ihren Herkunftsländern keine Säkularisierungsbewegungen wie in Europa gab und Religion für sie mehr Familientradition als strenge Frömmigkeit bedeutete, war ihnen auch der atheistische Eifer der Gründergeneration fremd. Dieser Unterschied gilt bis heute: Während für die meisten europäischstämmigen Israelis – die sogenannten Aschkenasim – die Begriffe „säkular“ und „religiös“ ein klares Gegensatzpaar darstellen, verläuft die Trennlinie bei den orientalischen Juden längst nicht so scharf.

Der Journalist und ehemalige Knessetabgeordnete Daniel Ben Simon, der als Jugendlicher mit seinen Eltern Ende der 1960er-Jahre aus Marokko eingewandert war, war damals überrascht über diese Kategorisierung. Seiner Auffassung nach könne man doch manchmal religiös sein, etwa an Feiertagen, und manchmal nicht. Ebenso wie man doch ein koscheres Schabbatmahl am Freitagabend – samt Kerzenanzünden und Kiddusch – verzehren und sich hinterher einen guten Spielfilm im Fernsehen anschauen könne.

Die orientalischen Juden, die aus islamischen Ländern wie Marokko, Ägypten, dem Iran, dem Irak oder dem Jemen kamen, hatten noch ein zusätzliches Problem: Ihre sprachliche und kulturelle Identität war mit dem arabischen Feind verknüpft, der Israel rings umgab. Die bis dahin so geliebten Lieder der ägyptischen Kultsängerin Umm Kulthum (1904–1975) hörten sie deshalb fortan lieber bei geschlossenen Fenstern. Denn sie wollten dem neu geschaffenen Kollektiv unbedingt angehören.

Es sollte jedoch dauern, bis es orientalischen Juden gelang, in die europäisch geprägten Eliten einzudringen. Zwar sind heute für viele der jüngeren Generation, die oft selbst aus einem „gemischten“ Elternhaus stammen, solche ethnischen Fragen längst nicht mehr relevant. Aber einen orientalistischstämmigen Premier hat Israel dennoch bisher nicht hervorgebracht.

In den ersten Jahren nach der Staatsgründung – zwischen Mai 1948 und Ende 1951 – zog es fast 700 000 Juden nach Israel. Das waren mehr Menschen, als die gesamte jüdische Bevölkerung am 14. Mai 1948 gezählt hatte. Seither sind mehr als drei Millionen Menschen eingewandert. 2016 zählte das Land mehr als achteinhalb Millionen Einwohner.

„Operation Moses“

Um Not leidende Juden ins Land zu holen, wurde alles im Bereich des Möglichen und fast Unmöglichen getan. Als Mitte der 1980er-Jahre in Äthiopien eine Hungersnot ausbrach, machten sich Tausende Juden auf einen 600 Kilometer langen Fußmarsch durch die Wüste und flohen in den Sudan. Dort durften Maschinen der israelischen Fluggesellschaft El Al nachts heimlich landen und die Flüchtlinge nach Israel bringen, bis die Aktion an die Medien drang und andere arabische Staaten den Sudan, der seit 1956 Mitglied der Arabischen Liga ist, zwangen, die Flüge zu stoppen.

Rund 8000 Juden wurden in dieser „Operation Moses“ ausgeflogen. 1991 folgten in der „Operation Salomo“ weitere rund 14 000 äthiopische Juden. Im Gelobten Land angekommen, mussten sie dann aber bald feststellen, dass das Leben dort ganz anders war, als sie es sich vorgestellt hatten. „Für mich war Israel das Heilige Land mit lauter heiligen Leuten“, beschreibt Adisso Messele, der in den 1990er-Jahren als erster Äthiopier in der Knesset, dem israelischen Parlament, saß, den Schock nach seiner Ankunft. Der Flug damals nach Tel Aviv habe einer Reise mit einer Zeitmaschine geglichen: Sie führte von einer ländlichen Dorfkultur mit teilweise mittelalterlichen Lebensformen in ein Hochtechnologieland. „Sogar elektrisches Licht war für die meisten von uns wie ein Wunder.“

Heute leben 135 000 äthiopische Einwanderer mosaischen Glaubens in Israel. Erst 1975 wurden sie vom Obersten Rabbinat als Juden anerkannt. Ein weitverbreitetes Gefühl, auch wegen ihrer dunklen Hautfarbe nicht richtig dazuzugehören, verstärkte sich durch einen Vorfall in den 1990er-

— Hebräisch – erfolgreiche Wiederbelebung einer toten Sprache

Die Wiederbelebung einer tot geglaubten Sprache ist zweifellos einer der größten Erfolge der zionistischen Bewegung. Zwar schrieb Theodor Herzl seine Schriften auf Deutsch, doch viele seiner Mitstreiter dachten, träumten, sprachen und schrieben Iwrit. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts florierte die hebräische Publizistik.

Aus dem „Sprachenkampf“, der in Israel unter den Pionieren ausgetragen wurde, ging die „altneue“ Sprache als eindeutige Siegerin hervor; dem Jiddischen haftet seither das Stigma der Diaspora an. Als 1925 die Hebräische Universität gegründet wurde, stand bereits unverrückbar fest: Die Unterrichtssprache sollte Hebräisch, nicht Deutsch oder Jiddisch sein.

Das größte Wunder ereignet sich stets von Neuem, mit jeder Einwanderungswelle: Juden aus aller Welt lernen innerhalb weniger Monate jene tot geglaubte Sprache. Die „Ulpanim“, die Sprachzentren für Einwanderer, haben sich bewährt und sind äußerst erfolgreich. Sprachschüler aus allen Erdteilen können bereits nach einigen Tagen ein einfaches Gespräch auf Hebräisch führen.

1916 sprachen 40 Prozent im damaligen Jischuv, also im vorstaatlichen Israel, Hebräisch, 1948 waren es bereits 71 Prozent. Heute dürften es über 90 Prozent der Bevölkerung sein. [...]

Wächterin der Worte ist die Akademie der hebräischen Sprache in Jerusalem. Sie schafft bei Bedarf neue Begriffe und sorgt so dafür, dass der Wortschatz des Hebräischen mit den neuesten Entwicklungen mithalten kann. Zudem kämpft sie – nicht unbedingt erfolgreich – gegen die Ausweitung englischer Begriffe in der hebräischen Alltagssprache. [...]

Anat Feinberg, „Heilige Sprache erfüllt von Leben“, in: Das Parlament vom 21. April 2008

Jahren. Damals flog auf, dass Mitarbeiter des Rettungsdienstes Roter Davidstern Blutspenden von Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe aus Angst, sie könnten mit HIV infiziert sein, ungetestet weggeschüttet hatten. Rassismuskorwürfe wurden 2013 laut, nachdem Medien berichtet hatten, dass Helfer im Gesundheitsdienst äthiopischen Frauen ohne deren Wissen Mittel zur Geburtenkontrolle verabreicht hatten. Zu wütenden Protestmärschen kam es auch 2015 nach Polizeiübergreifen auf einen äthiopischen Einwanderer.

Masseneinwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion

Aber noch war das israelische Gesellschaftsmosaik, das aus Einwanderern aus mehr als 120 Herkunftsländern besteht, nicht vollständig. Nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 immigrierten mehr als eine Million Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Israel. Anders als frühere Einwanderergruppen sind sie stolz auf ihr kulturelles Gepäck, was sich unter anderem in der Existenz einer großen Zahl an russischsprachigen Zeitungen, Internetseiten und Buchhandlungen niederschlägt. Trotz guter Ausbildung konnten längst nicht alle mit ihren alten Berufen in der neuen Heimat Fuß fassen. Diese Einwanderer sind heute stark vertreten im Gesundheitsbereich, in der Hightechindustrie und als Sicherheitspersonal. Im Rückblick gelten Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, die nach ihrer Ankunft mit Vorurteilen zu kämpfen hatten, generell als eine Bereicherung der Gesellschaft.

Da bei ihrer Ankunft das Hebräische längst als Muttersprache etabliert war, hatte – im Gegensatz zu früher – kaum einer etwas dagegen, dass sie an ihrer eigenen Sprache festhielten. Viele Eltern erziehen heute ihre Kinder bewusst zweisprachig – und finden dafür breite Unterstützung. Der Weg in die hiesige Elite wird dennoch immer noch als äußerst schwierig empfunden. So wurde die Ernennung des aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Politikers Avigdor Lieberman 2016 zum Verteidigungsminister als ein „Durchbrechen der Glasdecke“ gesehen.



Foto: Israel Sun-REA / laif

In den 1990er-Jahren immigrierte mehr als eine Million Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Russische Musiker 1999 auf dem Nabalat Benjamin Platz in Tel Aviv

Auch hat sich das Verhältnis zur Diaspora entspannt. Niemand predigt mehr, dass alle Juden der Welt in Israel leben sollten, und wer das Land verlässt, wird nicht mehr abschätzig als „Absteiger“ (hebr.: Jored) betrachtet.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es kein Wunder, dass die Antwort auf die Frage nach der Substanz des „Israelischen“ ständig im Wandel begriffen ist. Fest steht: Die Israelis sind mit den Jahren nicht nur individualistischer, sondern auch globaler und weniger zionistisch geworden. Der Prototyp des Israeli, den es in Wirklichkeit genauso wenig wie den einst angestrebten Schmelztiegel gegeben hat, lebt dennoch weiter – als historische Referenz.

— Französische Einwanderung

Noch jede Einwanderungswelle hat bisher das Land verändert und dem Alltag ihren eigenen Stempel aufgedrückt. In den letzten Jahren zog es immer mehr Juden aus Frankreich nach Israel. 2015 galt mit 8000 Neuankömmlingen – 1000 mehr als im Vorjahr – als ein Rekordjahr. Und war es bisher vor allem die ältere Generation, die es nach der Pensionierung mit einer sicheren Rente nach Israel zog, so steigt der Anteil der Jungen.

Die Gründe sind wie so oft bei Migranten ein Gemisch aus Push-and-pull-Faktoren. Eine Bewegung verläuft immer in zwei Richtungen. Man bewegt sich zu etwas hin, das einen anzieht, und will weg von da, wo man ist. Dazu gehören in diesem Fall die Wirtschaftskrise in Frankreich, wachsender Antisemitismus, der Wunsch nach Familienzusammenführung, die Chance auf einen Neuanfang nach der Ausbildung – als Teil der Mehrheit. Viele der Älteren haben in Israel zudem seit langem Verwandte. Diese waren entweder bereits vor Jahrzehnten direkt aus Nordafrika eingewandert, während sie selbst damals nach Frankreich gingen; andere ziehen jetzt im Ruhestand ihren Kindern hinterher, die sich im Zuge der zweiten Intifada durch ein immer feindseligeres gesellschaftliches Klima bedroht gefühlt hatten. Als Wendepunkt gilt der Anschlag im März 2012 auf eine jüdische Schule in Toulouse, bei dem ein Lehrer und drei Kinder von einem Islamisten ermordet wurden. Dies habe die Menschen zwar nicht direkt zur Auswanderung veranlasst, heißt es bei der Jewish Agency, aber zum Nachdenken darüber. Die Anschläge auf Charlie Hebdo und den koscheren Supermarkt in Paris im Januar 2015 haben diesen Trend verstärkt.

Diejenigen, die tatsächlich gekommen sind, hinterlassen bereits ihre Spuren. In Netanja kann man sich heute bestens mit Französisch durchschlagen, manche nennen es eine Replik von Belleville am Mittelmeer. Das Jerusalemer Viertel Har Choma ist vor allem bei religiösen und jüngeren Neueinwanderern beliebt. Nach Tel Aviv zieht es die Wohlhabenderen. Hier mehren sich neben den zahlreichen Friseursalons und Immobilienbüros – wo man französisch spricht, wie überall in den Auslagen steht – nun auch die Patisserien, Wein- und Käsehandlungen.

Die neue Welle aus Frankreich ist schon Stoff für Sozialwissenschaftler. Am Beispiel dieser Einwanderer stellt sich für sie die Frage nach Integration im 21. Jahrhundert – und in Israel – neu. Denn wollte man früher unbedingt in der Mehrheitsgesellschaft aufgehen, oder gab es zumindest diesen Anspruch, so ist die Rede heute vielmehr von „multiplen kulturellen Zugehörigkeiten“. Niemand muss also sein altes Gepäck mehr leise abstellen. Solche Importe schaffen neue Nischen, die von der Technologie unterstützt werden. Das Internet macht es möglich, hier und dort zu sein. So kann man von Tel Aviv aus genauso gut wie in Paris einem Beratungsjob am Telefon in französischer Sprache nachgehen, bei denen der Kunde keine Ahnung hat, wo sich der Gesprächspartner gerade befindet. Einwanderer von heute können auch in nie dagewesener Weise einfach ihre alten Mediengewohnheiten beibehalten. Satellitenschüsseln, Kabelfernsehen und Internet machen es möglich, nahe dran zu bleiben am Geschehen im Herkunftsland. Konkret bedeutet das für viele „Franzosen“ hier aber auch, dass sie sich weiterhin täglich über die – als einseitig kritisierte – Nahost-Berichterstattung im französischen Staatsfernsehen ärgern.

Marc ist 1996 aus Lyon eingewandert und lebt heute als Lehrer in Jerusalem. Er erzählt, dass seine Eltern in Netanja wie viele andere gar kein israelisches Fernsehen sähen und mit anderen Einwanderern eine eigene Gesellschaft aufbauten, „kein Gegenentwurf, aber ein bisschen abseits“. Er hält die jüngste Welle für ein komplexes Konstrukt, weil man ja durchaus Israeli werden wolle, super national eingestellt sei, aber zugleich spezifisch französisch bleiben möchte. Eine Studie der französischen Botschaft hat gerade versucht, ein Bild dieser Gruppe zu zeichnen. Andere haben schon dazu ein Buch veröffentlicht. In der Publikation „Sociologie et sociolinguistique des francophonies israéliennes“ der Tel Aviver Sozialwissenschaftler Eliezer Ben-Rafael und Miriam Ben-Rafael wird sie in einer interessanten Umkehrung des ursprünglichen Diaspora-Begriffs als „französische Diaspora in Israel“ bezeichnet.

Gisela Dachs

Was aber hält diesen „bunten Haufen“ eigentlich zusammen? Diese oft gestellte Frage wird gern mit dem Verweis auf den gemeinsamen Feind beantwortet. Das stimmt gewiss, greift aber zu kurz. Denn in vieler Hinsicht ist es ja gerade der Streit um die Definition ihres Israelischseins, um ihren Platz im Kollektiv, der die Menschen auf paradoxe Weise zusammenbringt. Diese permanente Spannung mag mit dazu beitragen, dass sich diese so grundsätzlich heterogene Gesellschaft zu einer der dynamischsten und kreativsten der Welt entwickelt hat. Längst kommen da nun auch ausländische Arbeitskräfte und Flüchtlinge hinzu, deren Kinder bereits in Israel geboren sind und die sich ebenfalls als Einheimische fühlen – was aber längst nicht immer ihrem offiziellen Status entspricht. Alles ist ständig im Fluss, und das zwingt zur Flexibilität – auch weil es arabische Israelis gibt.



Aus Frankreich zog es in den vergangenen Jahren immer mehr Juden nach Israel. Neuankömmlinge auf dem Flugplatz Ben Gurion am 20. Juli 2016



Eine Welt für sich: Im Levinski-Park im Süden Tel Avivs betreiben ehrenamtliche Helfer eine Bibliothek für Flüchtlinge aus Eritrea und Somalia.

Im Süden Tel Avivs, in der Nähe des alten zentralen Busbahnhofs, trifft man auf eine eigene, bunte Welt. Es ist der Stadtteil der vielen nicht jüdischen Ausländer aus Afrika und Asien, die nach Israel gekommen sind, um zu arbeiten. Zum Teil handelt es sich um legale Arbeitsmigranten von den Philippinen, aus Indien oder China, die meist in der Landwirtschaft, auf Baustellen und in der Altenpflege beschäftigt sind. Manche bleiben auch da, nachdem ihr Visum abgelaufen ist. Zum Teil sind es muslimische Migranten mit unklarem Status, aus dem Sudan und Eritrea, die über die ägyptische Grenze nach Israel flüchteten. Im ganzen Land waren es 2016 nach Schätzungen insgesamt 230 000. Auf 100 000 bezifferte die Nichtregierungsorganisation Kav le Oved 2010 die Zahl der illegalen Migranten unter ihnen. Nur ganz wenige wurden als Flüchtlinge anerkannt. In den vergangenen Jahren kam es – ausgelöst durch Berichte über Straftaten – zu wachsenden Klagen bis hin zu offenem Rassismus vonseiten der israelischen Bevölkerung in den ärmlichen Vierteln im Süden Tel Avivs gegen „die Migranten“, die dort oft dicht gedrängt in kleinen Wohnungen mit ihnen in denselben Häusern wohnen.



Seit Ende der 1980er-Jahre kommen immer mehr Arbeitskräfte aus Asien ins Land. Viele Filipinas und Filipinos arbeiten insbesondere in der häuslichen Pflege.

Was die Arbeitsmigranten insbesondere aus Asien ursprünglich ins Land brachte, war die Abriegelungspolitik gegenüber den palästinensischen Gebieten während der ersten Intifada Ende der 1980er-Jahre. Plötzlich fehlten Arbeiter, die fortan von weit her geholt wurden. 2000 machten sie zwölf Prozent der Arbeitskräfte in Israel aus. Die meisten kamen mit einem Visum ins Land, brachten ihre Familien mit oder bekamen hier Kinder, die nie woanders gelebt haben. Bis heute fehlt eine klare Politik im Umgang mit diesen „Fremden“, die den jüdischen Charakter des Staates potenziell infrage stellen. Immerhin aber entschied die Regierung vor ein paar Jahren, dass zumindest der Status jener Kinder, die bereits in Israel geboren wurden oder seit mindestens sechs Jahren hier lebten, legalisiert werden sollte – solange ihre Eltern auf legalem Weg nach Israel gekommen waren.

Unklar ist auch der Status vieler Migranten aus dem Sudan und Eritrea, die meist über den Sinai kamen und auf ihrer Flucht vielfach Traumatisches erlebten. Um sie aufzuhalten, ließ die israelische Regierung einen abschottenden Zaun an der ägyptischen Grenze errichten. Für den Leiter

des israelischen African Refugee Development Center, Yohannes Bayu, ist das der falsche Ansatz. Das Hauptproblem bestehe seiner Meinung nach darin, dass Israel sich zu klären weigere, wer ein Flüchtling sei, obwohl es zu den Unterzeichnern der UN-Flüchtlingskonvention von 1951 gehört. 2009 wurden 180 Asylbewerber anerkannt, der Status vieler anderer bleibt offen. Der Äthiopier Bayu bekam fünf Jahre nach seiner Ankunft in Israel einen Flüchtlingsstatus – nach einem 23-tägigen Hungerstreik auf der Treppe des Flüchtlingskommissars und einer Anordnung des Obersten Gerichtshofs.

Israels Umgang mit Flüchtlingen ist somit das Ergebnis einer langen und heftigen Auseinandersetzung zwischen der Knesset und dem Obersten Richtern. In dem abgelegenen Flüchtlingslager Holot in der Wüste waren im Frühjahr 2016 etwa 3300 Asylbewerber untergebracht. Ihr weiteres Schicksal aber bleibt ungewiss. Im August 2015 hatte das Oberste Gericht entschieden, dass sie dort nicht länger als ein Jahr festgehalten werden dürfen. Bisher gilt: Sie werden nicht anerkannt, aber auch nicht abgeschoben.

Es gibt aber auch aktive Helfer. Rund 6000 Patientenbesuche pro Jahr zählt die Offene Klinik in Jaffa, betrieben von den „Ärzten für Menschenrechte“ (PHR), die Migranten auf freiwilliger Basis eine kostenfreie Behandlung gewährleisten. Das prominenteste aktive Mitglied ist der 73-jährige Professor Rafi Walden. Bis 2015 war er Vorsitzender. Walden war nicht nur der langjährige Leibarzt des ehemaligen Staatspräsidenten Shimon Peres, sondern auch dessen Schwiegersohn. Bekannt ist die Organisation schon lange für ihr Engagement in mobilen Kliniken im Westjordanland. Dort leisten sie, gemeinsam mit Palästinensern, medizinische Versorgung vor allem für jene, deren Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist.

Gisela Dachs

2. Arabische Bevölkerung – schwierige Doppelidentität

Nach der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 wurden etwa 100 000 im Land verbliebene palästinensische Araber eingebürgert. Ende 2015 zählen mehr als 1,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger zu dieser nationalen Minderheit. Etwa jeder fünfte Israeli ist also ein Araber. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Bevölkerung in religiöser Hinsicht keine homogene Gruppe darstellt. 2015 waren etwa 84 Prozent Muslime, neun Prozent Christen und acht Prozent Drusen. Auch in kultureller und sozialer Hinsicht existieren große Unterschiede.

Mit den Jahren hat sich die sprachliche Definition, die viel über das sich wandelnde Selbstverständnis aussagt, immer wieder geändert. Sie seien Palästinenser mit israelischem Pass, sagen heute viele über sich selbst. Politisch und rechtlich sehen sie sich als Staatsangehörige Israels, national und kulturell als Palästinenser. Das ist alles andere als eine einfache Identität im jüdischen Staat.

Zwar sichert ihnen die israelische Unabhängigkeitserklärung wie allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes, egal welcher „Religion, Rasse oder Geschlecht“ sie angehören, im Prinzip die gleichen Rechte zu. Doch die Realität sieht anders aus.

Staatsbürger zweiter Klasse

Vor allem in Fragen der Ausbildung, des Gesundheitswesens, Wohnungsbaus oder Lebensstandards ist die arabische Minderheit schlechter gestellt, als es die jüdisch-israelischen Staatsbürgerinnen und -bürger sind. Auch fließen in die arabischen Gemeinden in der Regel weniger Gelder als in jüdische.

Und in vielen Berufszweigen, die mit der Sicherheit des Landes zu tun haben (dazu zählen auch zahlreiche Hightechfirmen), gelten die ara-

bischen Israelis als Risikofaktor – eben als „fünfte Kolonne“, die unter Generalverdacht steht, mit dem arabischen Feind zu kollaborieren.

Tatsächlich gab es vereinzelt solche Fälle – so hatten etwa arabische Israelis während der zweiten Intifada im Herbst 2000 bei der Ausführung von Selbstmordattentaten mitgeholfen –, aber sie sind dennoch nicht charakteristisch für die Gesamtheit dieser Minderheit, die über Jahrzehnte hinweg nicht illoyal zu Israel war. Allerdings befinden sie sich zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen Israelisierung und Islamisierung.

Spannungsreiche Koexistenz

Aus der Gastronomie und dem Hotelwesen wären ihre Dienste nicht wegzudenken. In den besten Hotels sind viele der Angestellten arabisch. Auch gibt es kaum einen jüdischen Israeli, der nicht schon einmal arabische Handwerker im Haus gehabt hätte. Die arabischen Israelis, deren Muttersprache arabisch ist – offiziell die zweite Landessprache – und die spätestens in der Schule Hebräisch lernen, fühlen sich dennoch als Staatsbürger zweiter Klasse.

Allerdings ist ihre Existenz je nach Wohnort sehr unterschiedlich. In Haifa etwa leben in vielen Häusern jüdische, muslimische und christliche Israelis unter einem Dach, wenn auch mit sinkender Tendenz. Die Hafenstadt ist damit eine von insgesamt sieben Städten in Israel, in denen sowohl arabische als auch jüdische Israelis leben. Doch die überwiegende Mehrheit lebt getrennt voneinander. Zwischen Tel Aviv und Haifa etwa liegen viele Ortschaften wie die Stadt Umm al-Fahm, in denen nahezu ausschließlich arabische Israelis wohnen.

Im politisch umstrittenen Jerusalem wiederum ist der Ostteil der Stadt hauptsächlich von Palästinensern bewohnt, rund 300 000 an der Zahl. Die Knesset hat die Stadt 1980 zwar zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels“ erklärt, doch wird dies international nicht anerkannt.



Die Interessen der arabischen Minderheit vertreten verschiedene arabische Parteien. 2015 stellten sie sich in der Vereinigten Liste zur Wahl. Plakat in Umm al-Fahm

Foto: ullstein bild – Reuters/ AMMAR AWAD



Das arabische Schulwesen ist getrennt vom jüdischen Schulsystem, der Unterricht erfolgt auf Arabisch. Mathestunde in der High School des Drusendorfes Beit Jann 2013

Foto: picture alliance / dpa / Atef Safadi

Die meisten der in Ostjerusalem lebenden Palästinenser haben einen prekären Zwitterstatus: Sie verfügen über die palästinensische „Staatsbürgerschaft“ und haben gleichzeitig ein Recht auf Bewegungsfreiheit und israelische Sozialleistungen – und doch fürchten sie stets, dass ihnen oder ihren Kindern dieser Status eines Tages entzogen wird.

Der richtige Umgang mit der arabischen Minderheit, deren Interessen von mehreren arabischen Parteien in der Knesset vertreten werden, gehört weiterhin zu den großen Herausforderungen der israelischen Demokratie. Viele jüdische Israelis glauben, dass so manche arabische Abgeordnete in diesem Forum eine Hetze gegen Israel betreiben, wie sie kein anderes Land erlauben würde.

Auch dass sie gelegentlich ins feindliche Ausland reisen, macht sie für viele suspekt. Der bisher prominenteste Fall ist der Philosophieprofessor und Knessetabgeordnete Azmi Bischara, der 2007 aus Israel flüchtete, nachdem er verdächtigt worden war, im Libanon Informationen an die proiranische Hisbollah-Miliz weitergegeben zu haben. Die Abgeordnete Hanin Zuabi, die sich 2010 mit auf der türkischen Mavi Mamara befand, um die Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen, wurde als Staatsfeindin beschimpft. Versuche, ihre politische Karriere zu beenden, scheiterten am Veto des Obersten Gerichtshofs. Zuletzt erregten arabische Parlamentarier den Unmut, weil sie Trauerbesuche bei palästinensische Familien im Westjordanland abgestattet hatten, deren Angehörige bei (von ihnen) verübten Messerattacken auf Israelis getötet worden waren.

Manche würden die arabischen Israelis am liebsten im Rahmen eines Gebietsaustauschs in einen künftigen Palästinenserstaat abschieben. Zu ihnen gehört Avigdor Lieberman, Chef der ultranationalistischen Partei Yisrael Beiteanu (zu Deutsch: Israel ist unser Haus), der sich im Vorfeld der Knessetwahlen vom Februar 2009 mit der antiarabischen Parole „Ohne Loyalität keine Staatsbürgerschaft“ erfolgreich profilierte. Am Vorabend

der Wahlen 2015 machte Ministerpräsident Netanjahu Stimmung gegen diese Bevölkerungsgruppe, indem er die (jüdischen) Israelis zum Urnengang aufrief – als Gegengewicht zu den arabischen Wählern, die dorthin „in Scharen“ strömen würden.

Viele arabische Israelis wünschen sich einen „Staat aller Bürger“, der keinen Davidstern, das Symbol des Judentums und des Staates Israel, mehr auf seiner Flagge trägt. Für die Mehrheit der jüdischen Israelis aber steht hinter diesem Wunsch die Forderung nach einem Ende des jüdischen Charakters ihres Staates – was die Legitimität Israels infrage stellen würde. Es gibt auch arabische Forderungen nach Autonomie, die – unabhängig von einer Regelung der palästinensischen Frage jenseits der Grünen Linie – langfristig den Staat Israel in seiner territorialen Einheit bedrohen könnte.

Widersprüchliches Verhältnis

Ein besonders gravierender Einschnitt in die alles andere als einfache jüdisch-arabische Koexistenz war der Schießbefehl der Polizei gegen arabische Israelis, die im Oktober 2000 anlässlich des Todes von sieben Palästinensern demonstrierten, die kurz nach dem Ausbruch der zweiten Intifada bei Zusammenstößen mit israelischen Sicherheitskräften ums Leben gekommen waren. Bei den gewalttätigen Ausschreitungen wurden 14 Menschen erschossen – alle waren israelische Staatsbürger. Nicht zu Unrecht lautet der Vorwurf, dass es im Fall von jüdisch-israelischen Demonstranten wohl nicht so weit gekommen wäre.

Einen bedeutenden Schritt in Richtung Gleichstellung wiederum hatte zuvor am 8. März 2000 der Oberste Gerichtshof getan, als er in einer bahnbrechenden Entscheidung die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für arabische Israelis für illegal erklärte. Geklagt hatte ein arabisches Ehepaar, das sich 1995 in der jüdischen Ortschaft Katzir bei Hadera ein Haus kaufen wollte und von der Jewish Agency als Besitzer abgelehnt worden war. Die Richter aber bestanden darauf, dass die

Beschränkung beim Verkauf staatlicher Böden auf Mitglieder einer Bevölkerungsgruppe oder Religionsgemeinschaft unrechtmäßig sei. Bis das Ehepaar den Kaufvertrag für das Grundstück in Katzir unterschreiben konnte, vergingen allerdings weitere fünf Jahre, da die Aufnahmekommission der jüdischen Dorfgemeinschaft ihren Aufnahmeantrag zunächst ablehnte mit der Begründung, sie würden nicht nach Katzir passen.

Widersprüche prägen demnach das jüdisch-arabische Verhältnis in Israel. In allen Umfragen hat sich die arabische Minderheit mehrheitlich stets gegen die Option ausgesprochen, eines Tages in einen Palästinenserstaat umzusiedeln. Und nicht nur, weil viele von ihnen auf ihrem Recht beharren, in ihrer Heimat zu bleiben. Denn die meisten wissen die Vorteile der – wenn auch für sie beschnittenen – israelischen Demokratie zu schätzen. Die einzige realistische gemeinsame Perspektive besteht darin, den jüdischen Charakter des Staates zu konsolidieren und gleichzeitig die Lage der arabischen Minderheit zu verbessern. Immerhin ist es interessant festzuhalten, dass es ein arabischer Vorsitzender Richter war, der 2011 den früheren Staatspräsidenten Moshe Katzav wegen Vergewaltigung ins Gefängnis schickte – und niemand diesen Umstand auch nur für erwähnenswert hielt.

— Bildungssystem

Traditionell haben Bildung und Lernen einen sehr hohen Stellenwert in der israelischen Gesellschaft. Bis Mitte der 1990er-Jahre stand das Erziehungsministerium – im Hinblick auf den Etat – gleich nach dem Verteidigungsministerium an zweiter Stelle.

Die Errungenschaften sind beeindruckend. So gehört die Anzahl der Wissenschaftler und Ingenieure, gemessen an der Bevölkerung, zu den höchsten der Welt. Ähnlich verhält es sich mit den Patenten, wissenschaftlichen Arbeiten und Nobelpreisträgern. 87 Prozent der jungen Israelis schaffen den mittleren Bildungsabschluss (Abitur). Der Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtbevölkerung gehört ebenfalls zu den höchsten der Welt; er beläuft sich auf 46 Prozent der 25- bis 64-jährigen Israelis. Dennoch war in den vergangenen Jahren viel Kritik laut geworden an dem bestehenden Bildungssystem, das sich seither in vielfacher Hinsicht zu reformieren versucht.

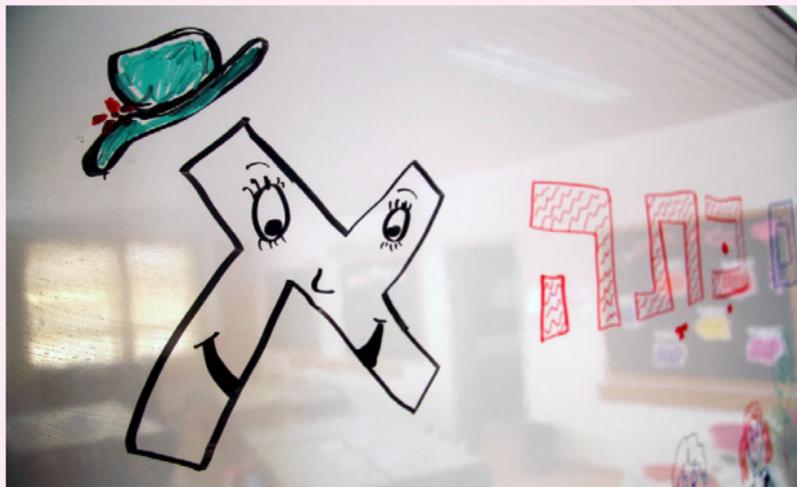
Schulen

Die multikulturelle Struktur der Gesellschaft spiegelt sich in einem pluralistischen Schulsystem wider, das in vier Schultypen unterteilt ist:

- 1. ultraorthodoxe Schulen, die zwar vom Staat finanziert werden, aber unabhängig sind*
- 2. säkular ausgerichtete öffentliche Schulen*
- 3. staatlich-religiöse Schulen*
- 4. staatliche arabische Schulen*

Laut dem Zentralamt für Statistik besuchten 2013 21,4 Prozent der israelischen Grundschüler eine ultraorthodoxe Schule, an denen das religiöse Studium im Vordergrund steht. 38 Prozent der Grundschüler und damit über 7 Prozent weniger als noch 2000 besuchten eine staatlich-säkulare Schule, an der alle Kernpflichtfächer in vollem Umfang unterrichtet werden.

13,5 Prozent lernten an einer staatlich-religiösen Schule, in der zusätzlich zum staatlichen Lehrplan besonderer Wert auf jüdische Religion, Kultur und Tradition gelegt wird. 26,9 Prozent, und damit 30 Prozent mehr als noch vor 12 Jahren, nehmen am Bildungsplan arabischer Schulen teil. An ihnen wird ergänzend arabische oder drusische Geschichte, Religion und Kultur gelehrt.



Das Schulsystem in Israel ist in vier Schultypen unterteilt. Blick in den Klassenraum einer Grundschule, bereit für den ersten Schultag.



Klasse einer ultraorthodoxen Schule in Jerusalem im März 2008. Knapp ein Viertel der jüdischen Kinder in Israel besucht eine solche Lehranstalt.

Wachsende Kritik an der Qualität der staatlichen Schulen, in denen schlecht bezahlte Lehrer vor immer größeren Klassen stehen, hat dazu geführt, dass auch säkulare Eltern mehr Einfluss auf die Ausrichtung der Erziehung ihrer Kinder nehmen wollten. Zum allgemeinen Unmut trug auch das eher schlechte Abschneiden Israels bei der international vergleichenden Bildungsstudie PISA bei.

So entstanden einige neue Semiprivatschulen, die die Lebensanschauungen und Überzeugungen verschiedener Eltern- und Erziehergruppen widerspiegeln, wie etwa die anthroposophisch ausgerichteten Waldorfschulen oder die sogenannten Demokratischen Schulen, die auf Lernfreiheit und Selbstbestimmung der Schülerinnen und Schüler setzen.

Von staatlicher Seite wurden im vergangenen Jahrzehnt erhebliche Anstrengungen unternommen, um Probleme des Bildungssystems in Angriff zu nehmen. Dazu gehört eine höhere Besoldung der Lehrer und die Förderung unterprivilegierter Gruppen ebenso wie die Wiederherstellung der hohen Qualität der höheren Bildung und, zumindest ansatzweise, das Schließen von Brüchen zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen und deren Schulsystem. Dadurch konnten bessere Lernerfolge in der Grund- und Sekundarstufe erzielt werden.

Seit 1978 besuchen Kinder und Jugendliche ein gestuftes Einheitsschulsystem. Es besteht aus einem Jahr Vorschule, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Mittelstufe sowie drei Jahren Oberstufe. Letztere bereitet die Jugendlichen auf ein Hochschulstudium vor. Etwa jeder zweite Zwölfklässler schafft das Abitur, das zum Hochschulstudium berechtigt. Die anderen erhalten ein Abschlusszeugnis ohne Hochschulzugangsberechtigung.

Einige Schulen bieten zusätzlich zum allgemeinen Lehrplan spezielle berufsorientierte Programme an, die zum Erwerb von Berufsdiplomen führen und den Schülerinnen und Schülern den Einstieg ins Berufsleben erleichtern sollen. Bis 2007 bestand die allgemeine Schulpflicht vom sechsten bis zum 16. Lebensjahr. Mit dem Beschluss der Knesset im August 2007 wurde die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt. Obligatorisch ist zudem ein Jahr Vorschule (obligatorisches Kindergartenjahr) ab fünf Jahren.

Hochschulen



Die Ben Gurion Universität in Beer Sheba wurde in den 1960er-Jahren gegründet und 1973 nach dem ersten Ministerpräsidenten benannt. Studierende relaxen auf dem Campus.

Der Hochschulbereich gliedert sich in Universitäten, Colleges, die auf ein bestimmtes Fachgebiet wie Kunst oder Musik spezialisiert sind, und regionale Colleges, die an eine der Universitäten angegliedert sind.

Aufgrund des obligatorischen Militärdienstes sind die meisten Studenten älter als 21 Jahre, wenn sie mit dem Studium beginnen. Sie absolvieren zunächst ein drei- bis vierjähriges Undergraduate-Studium, das sie mit dem Bachelor abschließen, und dann ein zwei bis drei Jahre dauerndes Graduate-Studium, das mit einem Master abgeschlossen wird.

Die Colleges bieten in der Regel eine Ausbildung nur bis zum Bachelor-Abschluss an; wer weiter studieren will, muss an eine der sieben Universitäten wechseln. Das ist keine billige Angelegenheit: Die Studiengebühren an den Universitäten für das Studienjahr 2014/2015 betragen umgerechnet etwa 2000 Euro. Es gibt jedoch viele Stipendien, die es vor allem Angehörigen schwacher und bildungsferner Bevölkerungsgruppen ermöglichen, ein Studium zu absolvieren.

Gisela Dachs

— Jerusalem oder Tel Aviv – religiös versus säkular

Vom internationalen Flughafen Ben Gurion aus kann man in zwei Hauptrichtungen fahren: In Richtung Osten ins 800 Meter hoch gelegene uralte Jerusalem, das drei Weltreligionen heilig ist, oder nach Westen in die 100 Jahre junge säkulare Mittelmeermetropole Tel Aviv. Die beiden auch äußerlich so unterschiedlichen Städte stehen für zwei Pole der Gesellschaft.

Dieser Gegensatz existierte schon vor der Staatsgründung – wobei Theodor Herzl in seiner Vision eher das Tel Aviver Modell im Kopf hatte. Nach seinen Vorstellungen sollte der künftige unabhängige jüdische Staat die Antithese zu Jerusalem sein – oder zu dem, was die Stadt mit ihren religiösen Heiligtümern im Bewusstsein der Diasporajuden symbolisierte.

Dennoch stützten die Gründerväter des Staates Israel ihr Recht, in diesem Land zu leben und sich neu zu erfinden, auf den Tanach, die hebräische Bibel – aber eben aus weltlicher oder sogar atheistischer Sicht. Die Bibel wurde ihnen zum Geschichtsbuch, zur Grundlage für den Anspruch auf das Land Israel. Auch die Symbole des Staates – die weiß-blaue Staatsflagge, der Davidstern und die Menorah – sind religiösen Ursprungs.

Aus Rücksicht auf die Religiösen, die sich nach den Gesetzen der Thora richten, verzichtete Staatsgründer David Ben Gurion 1948 auf eine Verfassung. In der so vage wie möglich gehaltenen Unabhängigkeitserklärung, die „die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel“ verkündete, war das Konfliktpotenzial zwischen Staat und Religion allerdings bereits angelegt.

Status-quo-Vereinbarung

Im Juni 1947 hatte Ben Gurion den religiösen Parteien zudem zugesichert, dass im künftigen Staat Israel die religiösen Vorschriften respektiert würden. Damit wollte er ihre Koalitionsbereitschaft gewinnen, die ihm wichtig war,



Ein gängiges Bonmot lautet: In Jerusalem wird gebetet, in Haifa gearbeitet und in Tel Aviv gelebt. Fromme Juden an der Klagemauer in der Jerusalemer Altstadt, ...



... Wireless Headphone Party auf dem Rabinplatz in Tel Aviv im Sommer 2015

um Einheit und Legitimität zu signalisieren. Diese sogenannte Status-quo-Vereinbarung zwischen Ben Gurion und dem orthodoxen Rabbinat gründete auf einem Kompromiss: Die religiösen Juden drückten dem neuen, überwiegend säkularen jüdischen Staat eine Art „Koscherstempel“ auf. Im Gegenzug bekamen sie das Sagen in Angelegenheiten wie Eheschließungen, Scheidungen und Beerdigungen. Aus diesem Grund gibt es auch bis heute kaum öffentlichen Verkehr am Schabbat.

Und dass eine kleine Gruppe von etwa 400 frommen Juden sich damals ausschließlich dem religiösen Lernen widmen wollte – und deshalb von der Militärpflicht ausgenommen wurde –, war sogar erwünscht. Denn nach der systematischen Ausrottung des Judentums in Europa durch die Nationalsozialisten wurden sie als Wahrer der religiösen Tradition angesehen, die es zu schützen galt.

Niemand ahnte allerdings, dass die „Religiösen“ – demografisch wie politisch – später so viel Macht gewinnen würden. Ein Viertel aller jüdischen Israelis gehört heute dem religiösen Spektrum an, wobei die sehr Frommen, die Ultraorthodoxen, etwa acht Prozent der Bevölkerung stellen.

Seit einiger Zeit wird nun zunehmend an diesem Status quo gerüttelt. Unter dem Stichwort „gerechte Lastenverteilung“, das den Wahlkampf 2013 prägte, sollte die ultraorthodoxe Bevölkerung in die Wehrpflicht integriert werden. Die darauffolgende Regierung (2013–2015), der keine ultraorthodoxen Parteien angehörten, versuchte, ein Gesetz in diesem Sinne zu erwirken. Das Resultat war jedoch dürftig und wurde seither zudem wieder von Regierungskoalitionen mit ultraorthodoxer Beteiligung aufgeweicht.

Die Mehrheit der Israelis verbindet mit der Forderung nach Wehrpflicht für diese Gruppe aber mehr als ein geteiltes Soldatenschicksal. Sie hofft, dass die immer stärker anwachsende ultraorthodoxe Bevölkerung so einen Weg

in die Arbeitswelt findet – und, wie etwa ihre Glaubensbrüder in New York, neben dem Talmudstudium einer wirtschaftlich produktiven Tätigkeit nachgeht. So könnten Subventionen eingespart und diese Bevölkerungsgruppe stärker in die Gesellschaft eingebunden werden. Gelingt dieser Schritt, käme das einem Paradigmenwechsel gleich, den viele Israelis für überfällig halten. Das hätte auch eine Änderung der Lehrpläne zur Folge, um den streng religiösen Schülern und Schülerinnen eine breitere Bildung anzubieten, als sie ihnen bisher vermittelt wird.

Ein paar tausend Ultraorthodoxe dienen bereits in besonderen Einheiten. Die Frage ist, wie es mehr werden können, ohne einerseits bestehende Normen der Armee zu verändern und andererseits die spirituellen Oberhäupter zu radikalisieren, die in der Wehrpflicht einen Angriff auf ihre Autorität sehen.

Rückkehrgesetz

Da es bis heute keine Verfassung gibt, dient das sogenannte Rückkehrgesetz von 1950 als zentrales Rechtsprinzip. Es definiert Israel als den Staat der jüdischen Nation und hält die praktische Bedeutung dieser Definition fest: das für alle Juden weltweit geltende Recht auf freie Einwanderung und sofortige Verleihung der Staatsbürgerschaft.

Das Gesetz war eine symbolische Antwort auf die nationalsozialistische Verfolgung von Menschen jüdischer Herkunft. 1970 wurde die Einwanderungsgarantie des Rückkehrgesetzes auf Kinder und Enkel eines Juden, den Ehepartner eines Kindes eines Juden sowie den Ehepartner eines Enkels eines Juden ausgedehnt. Diese Gesetzesänderung erfolgte, um die Immigration nach Israel zu vereinfachen, die ja auch interreligiöse Ehepaare mit einschließt. Inzwischen wurde diese Regelung für Ehegatten auch auf die nicht jüdischen Partner einer eingetragenen Partnerschaft bzw. gleichgeschlechtlichen Ehe ausgeweitet.



Eine Rabbinerin traut ein jüdisches Paar in Jerusalem. Staatlicherseits wird diese Ehe aber nicht anerkannt, da Eheschließungen religiöse Angelegenheiten sind und das orthodoxe Rabbinat Rabbinerinnen nicht zulässt.

Foto: picture alliance / Zumapress.com / Nir Alon

Da jedoch nach jüdischem Religionsgesetz – der Halacha – nur jemand, der / die eine jüdische Mutter hat oder der / die zum jüdischen Glauben übergetreten ist (sofern er/sie keiner anderen Konfession angehört), als jüdisch gilt, gibt es im heutigen Staat Israel nicht wenige jüdische Einwanderer, die nicht als Juden anerkannt sind.

Das betrifft vor allem Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion – und unterstreicht eine offene Frage, die bis heute vom israelischen Staat nicht klar beantwortet wurde: Wer ist Jude? Das Rabbinat, das seit der Staatsgründung die Hoheit über zivilrechtliche Fragen wie Eheschließungen und Scheidungen hat und nur Übertritte anerkennt, die von orthodoxen Rabbinern durchgeführt wurden, definiert dies somit anders als der Staat im Hinblick auf das Einwanderungsrecht.

Wer also nicht in Israel heiraten kann oder will, muss dies im Ausland tun. Zu diesem Zweck gibt es längst günstige Pauschalangebote für Reisen nach Zypern, einschließlich der Trauung durch einen Dorfbürgermeister.

Besonders schmerzlich ist das Auseinanderdriften zwischen Israelischsein und Jüdischsein, wenn Soldaten fallen, deren Judentum nicht den strengen Kriterien des Rabbinats entspricht und die daher nicht immer neben ihren Kameraden bestattet werden dürfen.

Zu den großen aktuellen Streitfragen gehört auch das Ausmaß, in dem potenziellen Kandidaten der Übertritt zum Judentum erschwert wird. Während die relevanten religiösen Instanzen in dieser Frage eher ultraorthodoxe Standpunkte vertreten, plädiert etwa die Einwanderungsbehörde dafür, die Aufnahme ins Judentum zu erleichtern.

Brennpunkt Jerusalem

Brennpunkt von Auseinandersetzungen zwischen Religiösen und Säkularen, aber auch zwischen den unterschiedlichen religiösen Strömungen des Judentums ist immer wieder Jerusalem. Während es eine Zeit lang den Anschein hatte, als könnten die Ultraorthodoxen den dortigen öffentlichen Raum immer stärker nach ihren extremen Vorstellungen gestalten, stellt sich das Bild heute differenzierter dar. Gegen die Geschlechtertrennung in einem (kleinen, ganz spezifischen) Teil der Busse beispielsweise klagte das der Bewegung der progressiven Juden zugehörige „Religiöse Aktionszentrum“ erfolgreich. Die Richter urteilten Anfang 2011, es sei öffentlichen Verkehrsbetrieben untersagt zu bestimmen, wo Frauen sitzen müssten.

Selbst wenn sich dadurch die Praxis nicht automatisch ändert, so hat sich die Ausgangssituation jener, die sich gegen diese Diskriminierung zur Wehr setzen wollen, in rechtlicher Hinsicht dennoch verbessert. Und nachdem Mitglieder der Gruppe „Frauen an der Klagemauer“ auch schon für kurze Zeit festgenommen wurden, wenn sie sich das Recht herausgenommen

— Medinat Tel Aviv

Eines der ganz spezifischen Glücksgefühle ist das Moment der Rückkehr. Nach einem langen Tag in Jerusalem verbreitet es sich in mir schon bei der Auffahrt auf die Tel Aviver Stadtautobahn. Auf einmal taucht man in helles Lichtermeer ein. Am Nachthimmel zeichnet sich eine Skyline des 21. Jahrhunderts ab. Manche Straßen sind noch um Mitternacht verstopft. Die Cafés quellen über. Großstadt pur. Nicht immer ästhetisch, aber außerordentlich befreiend.

Wo genau liegt eigentlich diese Stadt, die Tel Aviver und Nicht-Tel-Aviver gleichermaßen gern als Blase bezeichnen? Die Eckdaten des urbanen Steckbriefs sind zum Teil widersprüchlich: eine von europäischen Immigranten gebaute Stadt am Mittelmeer, architektonisch fest im Westen verankert, politisch im Nahen Osten, geografisch am Rande des Orients gelegen. Mentale Ausrichtung: New York. Besonderes Kennzeichen: begreift sich als irdisches Gegenstück zum himmlischen Jerusalem.

Einen typischen Tel Aviver kann nichts so schnell aus der Fassung bringen. Außer es geht um Jerusalem. Da hat er Angst, es könnte sich allein schon bei der Auffahrt in die 60 km entfernte Heilige Stadt ein gefährlicher religiöser Ballast im Kofferraum ansammeln. Wer in Jerusalem lebt, dem kann es passieren, dass ein Gast aus Tel Aviv einfach eine Einladung zum Abendessen mit den Worten ablehnt: „Aber Du weißt doch, ich fahre nicht nach Jerusalem.“

Natürlich frage ich mich manchmal auch heute noch, ob das Tel Aviver Dasein nicht viel zu selbstbezogen und hedonistisch ist angesichts der Realitäten in der nahöstlichen Welt! Ob die vielen jungen Leute hier nicht den Kopf in den vielen Sand stecken, um in ein angenehmes, aber prekäres Hier und Jetzt zu flüchten! Eskapismus nennt man das in Israel. Oder anders formuliert: Kann sich das Land einen „Medinat Tel Aviv“ leisten, einen Staat Tel Aviv, der als Bezugspunkt nur sich selbst hat – in der Form eines kleinen Manhattan am Mittelmeer?

Zugleich ist gerade das ja auch eine unglaubliche Stärke. Tel Aviv hat schließlich nie aufgehört, produktiv zu sein. Hier ist das große Ballungs-

Wirtschafts- und Kulturzentrum. Diese Stadt war immer schon Testgelände und Provokation gewesen. Und all die Energien, mitgebracht von jenen, die es immer schon nach Tel Aviv zog, haben die Stadt seit jeher so aufgeladen. Das macht sie so faszinierend.

Kosmopolitisch macht das Tel Aviv allerdings noch lange nicht. Auch wenn sich stolze Bürger gern mit dem Etikett schmücken. Denn abgesehen von der Migrantenszene im Süden und dem gemischten arabisch-jüdischen Jaffa ist Tel Aviv ziemlich homogen: Mehrheitlich säkular, aufgeschlossen und durch und durch hebräisch.

Für Israelis wiederum aus der sogenannten Peripherie, den so viel ärmeren Randgebieten des Landes, hat das glitzernde Tel Aviv noch einen anderen Ruf, den des „verhätschelten Zentrums“. Wären Kassam-Raketen dort eingeschlagen, argumentierten Bürger von Sderot immer wieder, bis es schließlich zum Gazakrieg kam, hätten die Regierenden sicherlich nicht so lange mit einer Gegenoffensive gewartet. Da ist viel dran. Denn ein Angriff auf Tel Aviv hat tatsächlich eine ganz besondere Bedeutung.

Jemand hat vorgerechnet, dass es in Tel Aviv mehr Cafés pro Kopf gibt als in Manhattan. Doch ist das nur einer von vielen Rekorden. In Israel handelt es sich ohne Zweifel um den kreativsten Ort, mit der höchsten Dichte nicht nur an Künstlern und Kaffeehausliteraten, sondern auch an Postzionisten, Umweltaktivisten, Tierschützern, Anarchisten, Singles, Alleinerziehenden und Homosexuellen. Toleranz aber gibt es auch gegenüber der kleinen Gruppe strenggläubiger Juden, die mit ihren Familien in der Gegend um die Sheinkin-Strasse, dem Soho Tel Avivs, leben. Niemand starrt sie an, wenn sie an den Feiertagen mit Pelzhut umherspazieren. Auch das ist Tel Aviv.

Erheblich gekürzter und aktualisierter Beitrag von Gisela Dachs, erstmals erschienen in: DIE ZEIT Nr. 30 vom 16. Juli 2009

hatten, an der Klagemauer – den Männern gleich – mit Gebetsschal und -riemen laut zu beten, schützte sie die Polizei erstmals im Mai 2013 vor gewaltsamen Übergriffen und Beschimpfungen frommer Eiferer. Das Jerusalemer Bezirksgericht hatte zuvor entschieden, dass die Frauen an dem für sie vorgesehenen Teil der Klagemauer das Recht zu dieser Art des Gebets hätten. Im Januar 2016 stimmte das Kabinett dem Plan eines eigenen Ortes an der Klagemauer zu, an dem Frauen „egalitär“ beten dürfen und der nicht vom Rabbinat kontrolliert wird.

Überdies gibt es in Jerusalem in den letzten Jahren auch eine aktive säkulare Bewegung, die sich für Aktivitäten am Wochenende einsetzt. Dazu gehört der in einen Vergnügungsort umgewandelte historische Jerusalemer Bahnhof in der German Colony – der sich am Tel Aviver Modell „HaTachana“ orientiert und im Frühjahr 2013 eröffnet wurde. Allerdings muss der hochmoderne Kinokomplex Cinema City gegenüber dem Außenministerium – entgegen ursprünglicher Absichten – am Schabbat geschlossen bleiben, weil er sich nicht auf privatem Grund und Boden befindet.

Jerusalem – allein der Name dieser Stadt ist bereits ein Reizwort. Es gibt wohl kaum einen Ort, dessen Name größeren Widerhall findet; kaum eine Stadt, die mit mehr Mythen, Träumen und Sehnsüchten behaftet ist. Der Zankapfel Jerusalem wird von den drei monotheistischen Weltreligionen als „heilig“ bezeichnet, und gleichzeitig begehen gläubige Menschen im Namen dieser Stadt barbarische Gräueltaten. Den Juden ist sie so wichtig, dass in der hebräischen Sprache mehr als 70 Namen für sie bekannt sind. In Schalem – „Stadt des Friedens“ – wird der Ort auch genannt, den der legendäre König David 1000 Jahre v. Chr. erobert und zu seiner Hauptstadt gemacht haben soll. Eine Stadt des Friedens, in deren Namen seit ihrer Gründung Weltreiche, Nationen, Religionen und Völker blutige Kriege führen. [...]

Jerusalem wechselte vielleicht öfter als jede andere Hauptstadt der Welt Religionen und Herrscher. In den letzten 2000 Jahren zogen Eroberer 34 Mal in die Stadt ein, 22 Mal wurde sie belagert, 18 Mal wieder aufgebaut und 11 Mal wechselte der Glaube, der die Stadt beherrschte. Der symbolische Wert Jerusalems wird seit Jahrtausenden von Eindringlingen verehrt und von den Bewohnern, die zu Opfern dieser Kämpfe werden, verflucht. Die Stadt, in deren Namen die Religionen zu Mäßigung, Menschenliebe und Toleranz aufrufen, ist gleichzeitig Hebelpunkt der Extremisten, die das spezifische symbolische Gewicht Jerusalems für ihre Zwecke missbrauchen. Die Hoffnung von Pilgern und Gläubigen steht der Verzweiflung der Familien gegenüber, deren Angehörige hier dem Extremismus zum Opfer fielen. Die Stadt ist ebenso Traum von Historikern und Kriegsberichterstatlern, wie sie der Albtraum friedliebender Verwalter ist.

Bis zum heutigen Tag bleibt diese umkämpfte Stadt die empfindlichste Schwachstelle jeder Nahost-Friedenspolitik. Sie ist die Bruchstelle, an der es Staatsmännern misslingt, ihr Wunschenken den Realitäten unterzuordnen. Dabei ist der Tempelberg der Brennpunkt, an dem sich das Pulverfass „Nahost“ stets entzünden kann. [...]

Gil Yaron, Jerusalem. Ein historisch-politischer Stadtführer, München:
C. H. Beck Verlag 2012, S. 11 f. (Auszüge aus dem Vorwort)

In Israel fällt die Präsenz von Kindern auf. In allen Milieus und Schichten. Ein Drittel der Bevölkerung sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Das Land verzeichnet mit 3,0 Kindern pro Frau (2014, OECD) die höchste Rate in der westlichen Welt. Zwar steigen auch hier Heiratsalter und Scheidungsrate, aber zu einem Geburtenrückgang hat das nicht geführt. Im Gegenteil: Nachwuchs gehört einfach dazu. Nicht nur bei den Ultraorthodoxen und bei den arabischen Israelis.

Interessant ist, dass es gerade die säkularen Israelis sind, die für diesen Trend verantwortlich sind, während bei den traditionell kinderreichen Schichten (die arabische und ultraorthodoxe Bevölkerung) ein Geburtenrückgang zu verzeichnen ist. Verantwortlich dafür sind gekürzte Kindergelder sowie der Wunsch von Frauen, stärker in die Arbeitswelt eingebunden zu sein.

Die Zahl wiederum der säkularen jüdischen Familien, die sich für ein viertes Kind entscheiden, nimmt laut Statistik zu. Die Gründe dafür liegen in einer höchst seltenen Kombination aus religiöser Tradition, demografischem Wachstumsstreben und staatlicher Unterstützung von Fruchtbarkeitsbehandlungen.

Im Judentum spielt die Familie eine zentrale Rolle. Wer allein ist, wird höchstens bemitleidet, niemals idealisiert. Es gibt weder ein Mönchs- noch ein Nonnendasein und keine ledigen Rabbiner. In der Thora fleht Rahel, die Schwester von Lea (die bereits fünf Kinder hat), ihren Mann Jakob an: „Gib mir Kinder, sonst bin ich tot.“

„Solche Muster jüdischer Tradition greifen auch bei Menschen, die sich als säkular definieren“, sagt der Soziologe Jackie Feldman. Zudem seien Familien- und Kinderorientierung Teil von Wirtschaft und Gesellschaft. „Die Strukturen, die das Familienleben unterstützen, sind längst da; sie



Foto: Dominik Butzmann / laif

In Israel gehört Nachwuchs dazu: Tel Aviv 2015

sorgen dafür, dass auch sorglose Tel Aviver Yuppies unbedingt Nachwuchs wollen.“ Und in jedem Fall mehr als ein Kind. Dass sich hinter diesem Wunsch nach Kinderreichtum – bewusst oder unbewusst – auch die Angst vor Verlust durch Kriege oder Terroranschläge verbirgt, streitet niemand ab.

Zudem galt es in dem kleinen, von Feinden umgebenen Land immer schon, das Bevölkerungswachstum zu unterstützen, um nach außen Stärke vorzuweisen und weil sich die jüdische Mehrheit im Land von der schneller wachsenden arabisch-israelischen Bevölkerung bedroht fühlte. Für das zionistische Projekt spielten Statistiken von Anfang an eine große Rolle. Schon vor der Staatsgründung ließ eine große Zahl von Einwanderern auf eine Lebenstüchtigkeit schließen, mit der potenzielle Investoren umworben werden konnten.

Die Existenzangst sitzt tief. Die Menschen in Deutschland oder anderswo hätten nie das Gefühl gekannt, dass ihr Land vielleicht verschwinden würde, wenn sie keine Kinder mehr bekämen, fasst Feldman ein kollektives Grundgefühl zusammen. „Wir hier tragen die Verantwortung für das Überleben des jüdischen Volks auf unseren Schultern.“ Die Zukunftsangst, mit der heute viele Europäer ihre Kinderlosigkeit begründen, führt in Israel zum genauen Gegenteil: Weil man sich – historisch und gegenwärtig – bedroht fühlt, will man um jeden Preis für Nachwuchs sorgen.

Dahinter steht auch das Bestreben, den durch den Holocaust erlittenen Menschenverlust wenigstens ein ganz klein bisschen auszugleichen. Für viele Israelis, die ohne ihre ermordeten Großeltern aufwachsen mussten, sind Kinder auch ein Geschenk an die eigenen Eltern, aus denen dann ganz normale Omas und Opas werden dürfen.

Staatliche Unterstützung

Damit das auch klappt, sorgt der Staat dafür, dass sich jede Bürgerin (egal ob jüdisch oder arabisch) teure Behandlungen leisten kann, um gegebenenfalls mit medizinischer Hilfe schwanger zu werden. Bis zum Alter von 45 Jahren hat jede Frau unabhängig von Religion und Familienstand – kostenlos – Anspruch auf zwei Kinder via In-vitro-Fertilisation. Wenn nötig, auch mithilfe einer Eizellenspende, die auch aus ethischer Perspektive nicht als Hürde begriffen wird. Nirgendwo sonst unterziehen sich Frauen so vielen Behandlungszyklen wie in Israel.

Und wohl in keinem anderen Land ist man gegenüber der modernen Fortpflanzungsmedizin so aufgeschlossen wie hier; auch von religiöser Seite gibt es keine rigiden Vorbehalte. „Schon in der Bibel heißt es doch: Seid fruchtbar und mehret euch“, sagt Avraham Steinberg, der an der Hebräischen Universität in Jerusalem Bioethik unterrichtet. „Ich denke, dass Paaren, die eine Chance haben, Kinder zu bekommen, diese Chance auch gegeben werden soll. Das ist es wert.“



Homosexuelle Eltern werden von vielen Israelis heute akzeptiert. Ein gleichgeschlechtliches Paar in Tel Aviv mit seinem Nachwuchs 2015

Foto: picture alliance / dpa / Sara Lemel

Längst machen alleinstehende Frauen oder lesbische Paare von der Möglichkeit Gebrauch, mithilfe von Samenbanken, die es bereits seit 25 Jahren gibt, zu einem eigenen Kind zu kommen. Mittlerweile ist aber auch von einem Babyboom bei schwulen Paaren die Rede. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, dass im März 2009 die Nationale Versicherungsanstalt zwei Männern, die per Eizellenspende und Leihmutter in Indien einen Sohn bekommen hatten, Mutterschaftsurlaub gewährte.

Die in dieser Entscheidung zum Ausdruck kommende generelle Offenheit gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren mit und ohne Kinderwunsch gehört für viele sicherlich zu den überraschendsten Aspekten der israelischen Gesellschaft. Auf der Gay-Parade 2012 in Tel Aviv stand solchen Vätern ein Ehrenplatz zu. „Jedes schwule Paar, das ich kenne, möchte mindestens zwei Kinder“, sagt der dreifache Vater Ron Poole Dayan, der

mit einem Kanadier verheiratet ist. „Manche werfen uns vor, dass wir uns dem Mainstream anzupassen versuchen, aber das ist nicht so. Viele von uns teilen einfach die Werte dieser Gesellschaft. Und in Israel ist Familie alles.“

Auf Ablehnung stößt diese Liberalität allerdings in ultraorthodoxen Kreisen. Ein extremes Beispiel war der Angriff während der alljährlichen Schwulen- und Lesbenparade in Jerusalem im Juli 2015, als ein vorbestafter Einzeltäter ein 16-jähriges Mädchen tötete und mehrere Teilnehmer zum Teil schwer verletzte.

Gesellschaftlicher Druck auf kinderlose Frauen

Diese Haltung mag mit von der Tatsache geprägt sein, dass das zionistische Unterfangen ein Gemeinschaftsprojekt war. Die Israelis begründeten nicht nur die Kibbuzim – landwirtschaftliche Kollektivsiedlungen, in denen es kein Privateigentum gab – und kämpften Seite an Seite in der Armee. Sie sind überhaupt gern in Gruppen zusammen und treffen sich regelmäßig im größeren Familien- und Verwandtenkreis – mit all den zugehörigen Kindern und dem impliziten oder expliziten Druck auf junge Frauen, so schnell wie möglich selbst für Nachwuchs zu sorgen.

Was nicht heißt, dass ihnen dann als Müttern das Leben besonders leicht gemacht würde. Denn auch in Israel fehlen anspruchsvolle Teilzeiterbeschäftigungen, mit deren Hilfe sich Kind und Karriere entspannter vereinbaren ließen. Die Realität sieht vielmehr so aus, dass viele Frauen permanent zwischen Arbeitsplatz, Nanny und Haushalt hin und her hetzen, sich aber trotz allem noch ein drittes oder viertes Kind wünschen.

Ohne die tatkräftige Unterstützung der Großeltern wäre der Spagat vieler Frauen zwischen Beruf und Familie aber nur schwer möglich. Denn sie helfen aus, wenn das engmaschige Betreuungsnetz aus Tagesmüttern, Kindergärten, Schule und Freizeitbeschäftigungen doch einmal löchrig ist oder die Kinder krank sind.

— Lebenserwartung – israelische Männer werden am ältesten

Fest steht: Die Israelis leben lang und gesund. Wer 2011 geboren worden ist, hat im Durchschnitt 81,1 Lebensjahre vor sich. Nach Angaben der OECD rangiert Israel statistisch vor den reichen Wohlfahrtsländern Norwegen, Kanada und Deutschland. Weltspitzenreiter sind die Israelis unter den Männern, mit einer Lebenserwartung von rund 80 Jahren. Das ist erstaunlich in einem Land, in dem sich die Hälfte der Bevölkerung existenziell bedroht fühlt und nicht glaubt, dass es je Frieden geben wird.

Über die genauen Gründe für die hohe Lebenserwartung lässt sich allenfalls spekulieren. Experten verweisen auf ein Zusammenspiel aus umfassender Gesundheitsversorgung, moderner Präventivmedizin, dem genetischen Mix, einer ausgewogenen Mittelmeerdiät, eng geknüpfter sozialer Netzwerke sowie einem hohen Maß an Aktivität im Alter.

So ist etwa der Anteil der berufstätigen 55- bis 64-jährigen Israelis seit 2001 von 48 auf 61 Prozent angestiegen. Unter den 65- bis 70-Jährigen arbeiten mittlerweile 29 Prozent statt zuvor 17. Zudem gehen Israelis im vorgerückten Alter mehr Vollzeitbeschäftigungen nach als in anderen Ländern der OECD: Israelische Männer werden mit 67 Jahren pensioniert, wobei es Diskussionen darüber gibt, das Rentenalter auf 69 Jahre auszuweiten. Möglichst lange zu arbeiten, ist für viele Israelis oft aus finanziellen Gründen notwendig. Aber es hat auch einen kulturellen Hintergrund, der sich durchaus als lebensverlängernd erweisen könnte.

Der Altersforscher Israel Doron von der Universität Haifa verweist auf das herrschende Ethos: „Der Zionismus hat Arbeit in jedem Alter gutgeheißen.“ Das macht aus dem In-Rente-Gehen eine schwierige und komplizierte Angelegenheit. Israelis arbeiten 1889 Stunden pro Jahr. Das sind 140 Stunden mehr als im OECD-Durchschnitt.

Wer jenseits des Rentenalters nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt aktiv ist, und das gilt häufig für Frauen, die offiziell mit 62 pensioniert werden, engagiert sich im Alter oft und gern freiwillig – sei es in Kindergärten, Schulen, Behindertenheimen, Krankenhäusern oder im Zoo – sofern einen nicht die Enkelkinder brauchen.

Gerade dieses Engagement aber ist für Gad Yair von der Hebräischen Universität in Jerusalem ein weiterer Schlüssel für ein langes Leben. Der Soziologe hält zwischenmenschliche Kontakte für die beste Voraussetzung für ein langes Leben; er nennt sie soziales Kapital, von dem in Israel ausreichend vorhanden sei. Gemeint sind familiäre Beziehungen, Freunde und feste Bezugspunkte für Senioren, wie sie etwa von Freiwilligenorganisationen initiiert werden.

Auch die Selbstmordrate ist in Israel im Vergleich zu anderen westlichen Ländern gering: Nur sechs von 100 000 Israelis töten sich selbst. In Ländern wie Schweden, Frankreich und Deutschland ist die Suizidrate mehr als doppelt so hoch.

Womöglich aber profitieren die Männer am meisten von diesen Strukturen. Warum sie die höchste Lebenserwartung überhaupt haben, erklären Sozialwissenschaftler zusätzlich mit spezifischen Verhaltensweisen: „Männer sind in der Regel risikofreudiger, rauchen mehr und trinken mehr Alkohol. Israelische Juden hingegen trinken weniger Alkohol und sie heiraten auch eher als nicht jüdische Männer im Ausland“, sagt der Tel Aviver Soziologe Jona Schellekens. „Und die Ehe hat einen Schutzeffekt für Männer und Frauen, aber besonders für Männer.“ Vermutlich sind es dann auch die Frauen, die ihre Männer regelmäßig zum Arzt schicken, sodass Probleme und Krankheiten frühzeitig erkannt und behandelt werden können. Vorsorge kann ausgleichen, wo Gelder eher knapp sind.

Modifizierte Version eines Beitrages von Gisela Dachs, der erstmals in ZEIT Online vom 1. November 2012 erschienen ist (www.zeit.de/wissen/gesundheit/2012-10/israel-lebenserwartung)

Teuer sind Kinder auch in Israel. An staatlichem Kindergeld bezieht eine fünfköpfige Familie insgesamt umgerechnet knapp 100 Euro im Monat. Galt früher das Prinzip je mehr Nachwuchs, desto höher die Transferleistung pro Kind, so sind es seit den Sozialreformen 2013 pauschal pro Sprössling nur noch umgerechnet 35 Euro.

Ein Elterngeld gibt es nicht. Auch sind moderne Väter, die sich nach der Geburt ausschließlich um den Nachwuchs kümmern, höchst selten. Aber sie helfen zu Hause verstärkt mit: je jünger, desto mehr.

Dass zu den bewegten Lebensläufen der israelischen Frauen Schwangerschaften selbstverständlich dazugehören, zeigen die fast schon zur Schau gestellten dicken Bäuche von Fernsehjournalistinnen ebenso wie die Biografie der früheren Außen- sowie Justizministerin und jetzigen Oppositionspolitikerin Zipi Livni, die vor wenigen Jahren zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ehemaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice als eine der neuen weiblichen Stars der Weltpolitik gefeiert worden war. Sie hat Kinder – als Einzige der drei.

Dass die meisten israelischen Mütter arbeiten und nach der Geburt in der Regel nur eine dreimonatige Babypause einlegen, hat damit zu tun, dass ein Gehalt üblicherweise nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren. Aber nicht nur: Als Mutter einem Beruf nachzugehen, ist ganz normal, aber es gibt auch andere Lebensmodelle.

Fest steht: Die Bandbreite zwischen extrem konservativen und fortschrittlichen Frauenrollen ist in Israel – als Einwanderergesellschaft – größer als anderswo: Sie reicht von der frommen Hausfrau über die lesbische Mutter bis hin zur Kampfbomberpilotin. Nur der ausgeprägte Kinderwunsch ist bei (fast) allen gleich.

NGOs mit Schwerpunkt Menschenrechte

Vor Checkpoints im Westjordanland stehen manchmal israelische Frauen mit einem Notizbuch in der Hand und schauen den Soldaten bei der Arbeit zu. Damit wollen sie erreichen, dass die oftmals in langen Schlangen wartenden Palästinenser mit mehr Respekt behandelt werden. Ihre Berichte veröffentlicht „Machsom Watch“, eine 2001 von Frauen gegründete Menschenrechtsorganisation, im Internet. Sie organisieren auch Reisen ins Westjordanland, um Interessierten die Realität vor Ort zu zeigen.

„Machsom Watch“ – „Machsom“ ist hebräisch und bedeutet „Sperrung, Barriere“ – ist nur eine von vielen israelischen Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organizations, NGOs), die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen. Sie sind Anlaufstelle für einheimische und besonders auch internationale Medien. Das verleiht ihnen Einfluss und Gewicht.

Zu den prominentesten Organisationen gehören „Betselem“, die über Menschenrechtsverletzungen in den palästinensischen Gebieten berichtet, „Das Schweigen brechen“, „Ärzte für Menschenrechte“, „Rabbiner für Menschenrechte“ und das „Komitee gegen die Häuserzerstörung“.

Die in Deutschland wohl bekannteste zivilgesellschaftliche Bewegung ist „Schalom Achschav“ (zu Deutsch: „Frieden jetzt!“). Sie wurde ein Jahr nach dem spektakulären Besuch des ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat in Israel im November 1977 gegründet, um den israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin (Likud) zu einer Fortsetzung des Versöhnungsprozesses zu drängen, der im März 1979 zum Friedensabkommen mit Ägypten und zum Rückzug Israels von der ägyptischen Halbinsel Sinai führte.



In Israel gewinnen NGOs an Bedeutung. So beobachtet beispielsweise „Machsom Watch“ die Kontrolle an den Checkpoints.



Peace Now gehört wohl zu den bekanntesten israelischen NGOs in Deutschland. Mitarbeiter im Tel Aviver Büro 2016

Später protestierte die Bewegung gegen den Libanonkrieg 1982. Auch die israelische Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten hat „Schalom Achschav“ stets kritisiert, weil sie einen möglichen Frieden mit den Palästinensern absichtsvoll unterminiere. Ende der 1990er-Jahre war es dann die Organisation der „Vier Mütter“, die den israelischen Abzug aus dem Libanon gefordert hatten. Mit Erfolg. 2000 zog sich die Armee aus der „Sicherheitszone“ zurück.

Vielen Israelis sind diese prominenten linken Organisationen, deren Kritik an der israelischen Besatzungspolitik in ihren Augen viel zum negativen Image des Landes in der Welt beiträgt, zu einseitig propalästinensisch orientiert. „Ich bin nicht immer einverstanden mit den politischen Ansichten dieser Aktivisten, die den Fehler immer nur bei uns suchen“, sagt etwa der bekannte Fernsehmoderator Emmanuel Halperin, „aber ich bin froh, dass es solche NGOs gibt, weil sie den Finger auf die Wunden unserer Demokratie legen.“

Mittlerweile gibt es aber auch rechte Organisationen wie NGO Monitor, die ihren linken „Kollegen“ vermehrt auf die Finger schauen. Ihr erklärtes Ziel ist es, Berichte und Aktivitäten von Menschenrechtsorganisationen im Rahmen des israelisch-palästinensischen Konflikts zur Diskussion zu stellen und die Unterstützer der Menschenrechtsorganisationen offenzulegen. Auch in der Knesset gab es 2011 wiederholt Initiativen, den Spielraum von Nichtregierungsorganisationen einzuschränken. 2016 wurde ein Gesetz verabschiedet, das von NGOs, die mehr als die Hälfte ihres Budgets von ausländischen Regierungen bekommen, verlangt, dies auf ihren Briefköpfen kenntlich zu machen.

Dieses sogenannte NGO-Gesetz geht auf die Justizministerin Ajelet Schaked von der Partei Das Jüdische Haus zurück. Sie verweist auf notwendige Transparenz und argumentiert, dass die Öffentlichkeit ein Recht habe zu wissen, wenn sich Regierungen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischten.

Menschenrechtsgruppen sehen darin einen Versuch, kritische – linke – Organisationen von ihren (ausländischen) Geldquellen abzuschneiden. Rechtsgerichtete NGOs wiederum sind von dem Gesetz faktisch nicht betroffen, da ihre finanzielle Unterstützung in der Regel durch private Geldgeber gewährleistet wird.

Wachsende Bedeutung

Israelische NGOs sind – als Gegengewicht zum politischen System – ein relativ neues Phänomen, auch wenn es schon vor der Staatsgründung zivilgesellschaftliche Strukturen im damaligen Jischuv, dem jüdischen Gemeinwesen in Palästina, gab. Erst 1980 wurde ein Gesetz über die Registrierung öffentlicher Vereine und gemeinnütziger Organisationen erlassen.

Das Spektrum der NGOs ist breit. Zu ihren Aufgabenfeldern gehört beispielsweise die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Manche sehen sich auch als Korrektiv undemokratischer Traditionen, andere begreifen sich als Interessenvertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Zu Letzteren zählen politisch linke wie rechte Organisationen ebenso wie Vereine von Einwanderern oder religiöse Gruppen. Wieder andere NGOs sind im sozialen Bereich oder im Umweltschutzbereich aktiv, verstehen sich als Medienwächter oder möchten den Staat als Ganzes reformieren.

Zu den Besonderheiten zählt, dass sich in Israel parallel zueinander zwei Zivilgesellschaften herausgebildet haben: eine jüdisch-israelische und eine arabisch-israelische. Letztere engagiert sich zunehmend selbstständig für ihre nationalen, politischen, kulturellen und sozialen Rechte.

Erste Formen von Zusammenarbeit entwickelten sich erst in den 1990er-Jahren, nachdem der – später gescheiterte – Osloer Friedensprozess in Gang gekommen war. Zu den wenigen binationalen Organisationen gehören „Neveh Schalom / Wahat al-Salam“ (zu Deutsch: „Oase des Friedens“),



In der Hand-in-Hand-Schule werden jüdische und arabische Schulkinder in gemeinsamen Klassen zweisprachig unterrichtet. Eine Schülerin übt auf einer Kurzbaßlaute, einer Oud.

Foto: ullstein bild – Reuters / RONEN ZVULUN

eine 1972 gegründete Dorfkooperative, in der jüdische und arabische Israelis gemeinsam leben und alle Kinder dieselbe Schule besuchen, und die zwischen Tel Aviv und Haifa gelegene Bildungs- und Begegnungsstätte „Givat Haviva“, die sich der jüdisch-arabischen Verständigung und der Förderung des kulturellen und religiösen Pluralismus verschrieben hat. In Beit Safafa unterhält die Jerusalem Foundation die „Hand-in-Hand-Schule“, in der jüdische und arabische Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Allerdings finden solche Initiativen mehr beim internationalen Publikum als in der israelischen Öffentlichkeit Anklang.

Film – zwischen Untergrund und Weltruhm

Jahrzehntelang war das israelische Kino als provinziell verschrien. Noch in den 1990er-Jahren fragte man sich, ob es so etwas wie einen „israelischen Film“ überhaupt gäbe. Ins Kino ging man in der Regel, um Streifen aus dem Ausland zu bewundern. Spätestens seit der Jahrtausendwende hat sich das drastisch geändert. Werke aus Israel gelten auf zahlreichen internationalen Festivals als Publikumsliebliche und erhalten häufig auch Preise. Die Neugierde auf diese Produktionen ist groß, trotz oder vielleicht gerade wegen des schwierigen internationalen Stands des Landes.

Josef Cedars Film „Footnote“ war 2012 für einen Oscar in der Kategorie bester ausländischer Film nominiert. Er erzählt von der Rivalität zweier Talmudexperten, die zugleich Vater und Sohn sind. 2007 hatte derselbe Regisseur bereits mit „Beaufort“ einen großen Erfolg erzielt. Der Streifen erzählt, wie israelische Soldaten auf der Festung Beaufort im Libanon auf ihren Abzug warten. „Wenn ein Film gut läuft und er schließlich sogar ein ganzes Land repräsentiert“, mutmaßt Cedar, „dann sagt das letztlich mehr über das Land als über den Film selbst.“ Er glaubt, dass „Beaufort“ durch die Art und Weise, „wie wir die Soldaten zeigen, in ihrer Verwundbarkeit und in ihrer Angst, mehr über die israelische Gesellschaft aussagt, als sie sich eingesteht“. Der Krieg bildet in dem Film aber nur den Hintergrund. Im Vordergrund geht es darum zu erzählen, was es heißt, in Israel 18 Jahre alt zu sein und einen Blick in die Seelen der Jugendlichen zu werfen.

Noch mehr internationale Aufmerksamkeit erhielt möglicherweise der mehrfach ausgezeichnete, ebenfalls für den Oscar nominierte kunstvolle Zeichentrickfilm „Waltz with Bashir“ (2008) von Ari Folman, der sich mit den psychischen Spätfolgen beschäftigt, unter denen die aus dem ersten Libanonkrieg von 1982 zurückgekehrten Soldaten leiden.



Schauspieler, Produzent und Regisseurin (2.v.li.) des beim Filmfestival in Venedig preisgekrönten Films „Fill the Void“ bei der Präsentation am 2. September 2012

Foto: picture alliance/ abaca/ Genin Nicolas



Keren Yedaya (M.), hier 2014 in Cannes mit zwei Schauspielerinnen bei der Präsentation ihres Films „That Lovely Girl“, ist eine bekannte Regisseurin in Israel.

Foto: picture alliance/ AA/ Mustata Yaicn

Als Dokumentarfilm machte 2013 im Ausland vor allem „The Gatekeepers“ Furore. Er zeigt erstaunlich offenherzige Interviews mit ehemaligen Chefs des israelischen Inlandsgeheimdienstes.

Eines ganz anderen Themas nimmt sich der in Venedig preisgekrönte Film „Fill the Void“ (2012) der ultraorthodoxen Regisseurin Rama Burstein an. Er spielt in ihrem Milieu und erzählt die Geschichte einer jungen Frau, die nach dem Tod der Schwester deren Mann heiratet. Interessante Beiträge zum Thema frommes Judentum liefern auch Absolventinnen und Absolventen der religiösen Jerusalemer Filmschule „Ma`ale“, an der überwiegend Frauen studieren. Sie war 1989 gegründet worden, um der oberflächlichen und oft abwertenden Darstellung des frommen Judentums in der Öffentlichkeit etwas entgegenzusetzen. Überhaupt aber kennzeichnet der private Blickwinkel zunehmend das israelische Kino der letzten Jahre. Gerade junge Regisseure erzählen Alltagsgeschichten, die politische Ereignisse, wenn überhaupt, nur als Kulisse benutzen.

Entscheidend sind dabei nicht die großen Gesten und Analysen, sondern Detailbetrachtungen, Stimmungsbilder, vorsichtige Annäherungen. Es geht häufig um Individuen, die aus eigener Kraft heraus die Welt um sich verändern wollen, um Menschen, die jenseits der klassischen Konfliktlinien ihre eigene Haltung suchen – Porträts einer überaus komplexen Gesellschaft, die in den gängigen Nachrichtenbildern fast ausschließlich durch die Brille des Nahostkonflikts gezeigt und letztlich auf einen Ort von Krieg und Terror reduziert wird. Es mag sein, dass dieser bewusste andere Blick das Geheimnis für ihre heimische, aber auch international wachsende Popularität ist.

Bemerkenswert ist, dass in jüngster Zeit auch immer mehr Frauen hinter der Kamera stehen. Zu den bekannten Regisseurinnen zählen Shira Geffen, Talya Lavie oder Keren Yedaya. Dazu gehörte auch die 2016 verstorbene 51-jährige Schauspielerinnen und Filmemacherin Ronit Elkabetz.

Ihr letzter preisgekrönter Film „Gett – The Trial of Vivianne Amsalem“, beschreibt das Schicksal einer religiösen Frau, deren Mann ihr den Scheidungsbrief verweigert.

Zwar müssen israelische Filmemacher immer noch mit weniger Budget als Filmemacher in der EU auskommen, aber ein Filmförderungsgesetz im Jahr 2000 hat ihre Arbeitsbedingungen deutlich verbessert. Mit dem in den 1990er-Jahren eingeführten Kabelfernsehen stieg zudem der Bedarf an eigenen TV-Produktionen, die mittlerweile sogar Exportprodukte geworden sind. So ist zum Beispiel die populäre US-Serie „Homeland“ eine Adaption der israelischen Serie „Chatufim“ (zu Deutsch: Kriegsgefangene).

Seit 2002 boomen zudem Reality Shows wie „Big Brother“ im Fernsehen. Auch kulinarische und musikalische Fernseh Wettbewerbe sind sehr beliebt. Dazu gehören etwa „Master Chef“, eine Adaption der gleichnamigen britischen Sendung, ebenso wie die lokale Entsprechung von „A Star is born“ (Kokhav Nolad), das sich ursprünglich von „American Idol“ inspirieren ließ. 2013 entstand daraus eine israelische Schöpfung: „HaKokhav HaBa“ (The Rising Star) ist eine crossmediale Castingshow, die die Ausstrahlung mit der Beteiligung der Zuschauer via Internet und Smartphones verbindet. Das Format wurde in 30 Länder verkauft, auch in die USA und nach Deutschland.

Literatur – zwischen Tradition und Weltruhm

In der jüdischen Tradition hat das Wort einen hohen Stellenwert. Seit der Übergabe der Thora auf dem Sinai orientiert man sich an Texten und deren Interpretationen. Die moderne hebräische Sprache ist – hundert Jahre nach ihrer Renaissance als Landessprache, ständig weiter im Wandel begriffen. Während sich bekannte israelische Schriftsteller wie Aharon Appelfeld und Sami Michael als Einwanderer zunächst ans Schreiben in einer Sprache gewöhnen mussten, die nicht ihre Muttersprache war, ist es für die jüngere Generation heute selbstverständlich, auf Hebräisch zu

schreiben, auch wenn ihre Eltern noch zu den Einwanderern gehörten. Auch der palästinensische Israeli Sayed Kashua hat seine Karriere als populärer Autor und Drehbuchverfasser auf Hebräisch vorangetrieben.

Israelische Literatur ist auch längst kein Geheimtipp mehr. Man muss nicht des Hebräischen mächtig sein, denn die Werke werden in viele Sprachen übersetzt. Neben den weit über die Grenzen hinaus bekannten Namen wie Amos Oz, David Grossman, Abraham B. Jehoshua und Yoram Kaniuk, lange Zeit Inbegriff israelischer Intellektueller, dringt mittlerweile auch die nächste Generation international nach vorn. Dazu gehören Eshkol Nevo, Assaf Gavron, Yael Hedaya, Zeruya Shalev, Dorit Rabinyan, Yehudit Katzir, Ayelet Gundar-Goshen, Liat Elkayam, Roy Arad, Nir Baram und Ron Leshem. Für die jüngeren Autoren und Autorinnen steht beim Schreiben weniger die „israelische Erfahrung“ im Zentrum. Sie folgen vielmehr einem universalistischen Trend. Etgar Kerets surrealistisch-scurrile Kurzgeschichten etwa haben heute eine weltweite Fangemeinde.



Viele israelische Schriftsteller engagieren sich politisch. Amos Oz (re.), der 2011 an einer Kundgebung für einen palästinensischen Staat teilnimmt, wird von einem rechtsgerichteten Gegendemonstranten mit „Verräter. Schande über Dich“ empfangen.

— Politisches System – westliche Demokratie mit Eigenheiten

Benjamin Neuberger, Professor für Politikwissenschaft an der Open University of Israel

Israel hat weder eine geschriebene noch eine ungeschriebene Verfassung. Dies war das Ergebnis einer heftigen, kontrovers geführten Debatte in den ersten Jahren nach der Staatsgründung, in der sich die Gegner einer Verfassung durchsetzen konnten.

Rechtliche Grundlagen

Als Ersatz für die Verfassung gelten die sogenannten Grundgesetze (nicht zu verwechseln mit dem deutschen Grundgesetz, das einer Verfassung entspricht), die laut Knessetbeschluss von 1950 künftig in einer Verfassung zusammengefasst werden sollen. Mehr als 65 Jahre nach diesem Beschluss ist dies immer noch nicht geschehen. Außerdem fehlt es noch an Grundgesetzen zu den meisten Grundrechten. Anders als eine Verfassung können die Grundgesetze, mit Ausnahme weniger Klauseln, mit einfacher Mehrheit geändert werden.

Eine Schlüsselfrage ist, in welcher Weise die Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 als Verfassungsersatz gelten kann. Sie besteht aus drei Teilen: einem historisch-ideologischen Kapitel, das die moralische, ideelle und rechtliche Erklärung für die Staatsgründung enthält, einem operativen Teil, in dem der neue Staat proklamiert und sein Name bestimmt wird, und einem dritten Teil, in dem die Grundwerte des neuen Staates festgelegt werden.

Im Letzteren ist die Rede von der Verpflichtung des neu gegründeten Staates unter anderem zu Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, zur völligen sozialen und politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer Rasse, Religion oder ihrem Geschlecht, zu Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie zu Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur.

Urteile des israelischen Obersten Gerichtshofs haben jedoch festgelegt, dass die Unabhängigkeitserklärung weder eine Verfassung sei noch über den einfachen Gesetzen stehe. Trotzdem hat die Proklamation rechtliche und sogar verfassungsrechtliche Bedeutung. So haben sich die Gerichte immer wieder auf ihre Prinzipien (zum Beispiel „Freiheit“) gestützt, wenn es in Grundfragen keine konkreten Gesetze gab. Dennoch sind bisher alle Versuche gescheitert, die Unabhängigkeitserklärung in ihrer Gesamtheit in eine Verfassung zu verwandeln.

Bis heute hat die Knesset elf Grundgesetze zu verschiedenen Aspekten des Staatswesens verabschiedet:

- Nr. 1: Gesetz über das israelische Parlament, die Knesset (1958);
- Nr. 2: Gesetz über die öffentlichen Böden, das heißt Böden, die dem Staat bzw. dem Jüdischen Nationalfonds gehören (1960);
- Nr. 3: Gesetz über den Staatspräsidenten (1964);
- Nr. 4: Gesetz über die Regierung (1968, 1992, 2001);
- Nr. 5: Gesetz über den öffentlichen Haushalt (1975);
- Nr. 6: Gesetz über das Militär (1976);
- Nr. 7: Gesetz über den Status Jerusalems als Hauptstadt Israels (1980);
- Nr. 8: Gesetz über das Gerichtswesen (1984);
- Nr. 9: Gesetz über die Staatskontrolle (1988): Zu den Aufgaben des Staatskontrolleurs, der vom Staatspräsidenten auf Vorschlag der Knesset ernannt wird und nur dieser verantwortlich ist, gehören beispielsweise die Kontrolle aller Ministerien, der Nationalbank, des staatlichen Rundfunks und Fernsehens, der staatlichen Unternehmen, der religiösen Räte auf kommunaler Ebene sowie der Universitätsverwaltungen;
- Nr. 10: Gesetz über Menschenwürde und Freiheit (1992);
- Nr. 11: Gesetz über die Berufsfreiheit (1992, 1994).



Die Knesset in Jerusalem: Der Sitz des israelischen Parlaments wurde 1966 erbaut.

Foto: ullstein



Die Regierung ist das dominierende Staatsorgan in Israel. Kabinettsitzung mit Premierminister Netanjahu (li.) am 31. Juli 2016

Foto: picture alliance / dpa / Gali Tibbon

Parlamentarisches System

Israels Parlament, die Knesset (hebr.: Versammlung) in Jerusalem, hat 120 Sitze. Diese Zahl geht auf die „Knesset Ha Gdola“ zurück – eine parlamentsähnliche Versammlung von Juden zur Zeit der griechischen Besatzung vor über 2000 Jahren. Die Abgeordneten werden in einer reinen Verhältniswahl – mit einer Sperrklausel von 3,25 Prozent – alle vier Jahre gewählt. Die Wahlen sind direkt, gleich, geheim, allgemein und landesweit (das heißt, das gesamte Land ist ein Wahlkreis).

Wahlberechtigt sind alle israelischen Staatsangehörigen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben (passives Wahlrecht mit 21 Jahren) und sich am Wahltag in Israel befinden. Die Möglichkeit einer Briefwahl besteht nicht. Gewählt werden Parteilisten. Die Knesset übernimmt wie jedes andere Parlament Funktionen der Repräsentation, der Gesetzgebung und der Regierungsaufsicht. Außerdem wählt sie den Staatspräsidenten.

Das dominierende Staatsorgan des israelischen politischen Systems ist jedoch die Exekutive. Anders als etwa in den USA kann die Regierung existenzielle Entscheidungen über Krieg und Frieden treffen, ohne das Parlament zu befragen. Sie muss auch nicht die Zustimmung des Parlaments einholen, um internationale Verträge zu unterzeichnen oder Notstandsverordnungen zu erlassen. Auch die Gesetzesinitiativen haben zum Teil ihren Ursprung in der Exekutive und nicht in der Legislative. Obwohl bislang alle israelischen Regierungen aus Koalitionsregierungen bestanden, waren und sind es meist relativ „starke“ Regierungen, in denen in der Regel ein informelles Kabinett alle wichtigen Entscheidungen traf und trifft.

Der Premier hat eine starke Stellung innerhalb der Regierung. Er ist zwar formell Primus inter Pares, denn alle Regierungsbeschlüsse werden mit Mehrheit gefasst, doch in der Realität fällt der Ministerpräsident alle wichtigen Entscheidungen. Ihm unterstehen Organe und Institutionen wie der Auslandsgeheimdienst Mossad, der Inlandsgeheimdienst Schabak und

die Atomenergiekommission. Der Premier kann Minister ernennen und entlassen. Seit 2002 hat er im Einverständnis mit dem Staatspräsidenten die Befugnis, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Eine weitere Reform von 2002 ist das konstruktive Misstrauensvotum, bei dessen Einführung das deutsche Modell Pate gestanden hat. Mit diesen Änderungen sollte das parlamentarische System an Effektivität und Stabilität gewinnen. Zugleich hat eine weitere Zersplitterung des Parteiensystems sowie seit 2006 das Fehlen einer starken Regierungspartei das parlamentarische System geschwächt. Forderungen nach einer Reform des Systems werden immer wieder erhoben.

Staatspräsident

Dem von der Knesset für eine Amtszeit von sieben Jahren gewählten Staatspräsidenten kommt vor allem eine repräsentative Bedeutung zu – ähnlich wie dem deutschen Bundespräsidenten. Formal unterzeichnet er unter anderem von der Knesset verabschiedete Gesetze und internationale Abkommen, ernennt Richter und hat die Vollmacht zu begnadigen, aber er ist in diesen Funktionen nicht autonom.

Der Staatspräsident beauftragt das Knessetmitglied mit der Regierungsbildung, dem er nach Beratungen mit den Parlamentsfraktionen die besten Erfolgsaussichten einräumt. Dabei gilt, dass er nur einen Kandidaten benennen kann, der der Knesset angehört.

Der Staatspräsident kann auch durch seine moralische Autorität politischen Einfluss nehmen. Der 2007 gewählte Staatspräsident Schimon Peres etwa hat schon in den ersten Tagen seiner Amtszeit zu erkennen gegeben, dass er kein völlig unpolitischer Präsident sein werde. Er betonte, dass er eine Friedenspolitik aktiv unterstützen werde, und veröffentlichte sogar einen Friedensplan, der einen Rückzug aus allen besetzten Gebieten vorsah. Sein 2014 gewählter Nachfolger Reuven Rivlin profiliert sich als prinzipieller Vertreter von Liberalität und Demokratie.

— Reuven Rivlin – der große Versöhner



Reuven Rivlin ist seit dem 24. Juli 2014 israelischer Staatspräsident.

Reuven Rivlin ist ein volksnaher Politiker. Jovial, zugänglich, ohne Allüren. Zudem gilt der Staatspräsident als aufrichtig und sparsam – auch mit öffentlichen Geldern. In dieser Wahrnehmung wirkt er wie ein Gegenentwurf zu Premierminister Benjamin Netanjahu. Der wiederum hätte die Kandidatur seines Parteigenossen – und Rivalen – am liebsten verhindert.

Als 2014 die Knesset den damals 75-jährigen Likud-Politiker dennoch ins Amt wählte, konnte kaum jemand ahnen, dass Rivlin sich als einer der integrativsten Staatsmänner entpuppen würde, die Israel je vorzuweisen hatte. Sein Anliegen ist es, die unterschiedlichsten Gesellschaftsgruppen, deren Spannungen seiner Meinung nach Israels Kohäsion bedrohen, miteinander zu versöhnen. Säkulare und Religiöse, Juden und Araber, Reiche und Arme, Alteingesessene und Neueinwanderer, Heterosexuelle und Homosexuelle.

Der ehemalige Rechtsanwalt ist ein Liberaler von Grund auf, der auf erstaunliche Weise das Gewissen der Nation verkörpert. Denn seine offene Haltung geht durchaus mit radikalen politischen Ansichten einher, wenn

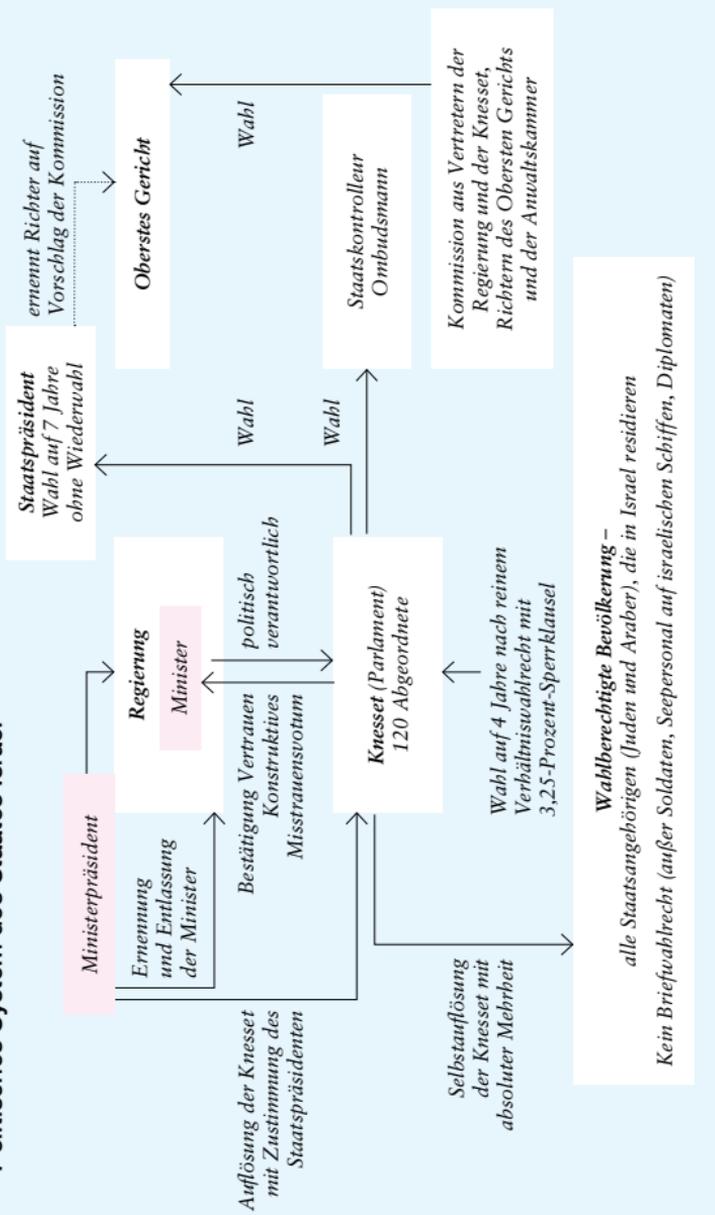
es um die politische Zukunft seines Landes geht. Rivlin ist ein ideologischer Verfechter der Einstaatenlösung, in der Gestalt eines Großisrael vom Jordan bis zum Mittelmeer. Das aber ist als Präsident nicht sein Thema. In seinen vielbeachteten Reden plädiert er immer wieder für Toleranz im Miteinander und kämpft für die Rechte von Minderheiten.

In seiner Jerusalemer Residenz empfängt er Beduinen, arabische Parlamentarier und Vertreter der LGB-Bewegung. Kaum im Amt, nahm er an einer Gedenkfeier für Araber teil, die kurz nach der Staatsgründung Opfer eines Massakers israelischer Soldaten geworden waren. Auf der Herzliya-Konferenz im Juni 2016 sprach er sich dafür aus, die israelische Realität an nicht-zionistische Bürger (damit meinte er Araber, aber auch ultra-orthodoxe Juden, die beim Singen der Hymne schweigen, weil sie sich damit nicht identifizieren) anzupassen.

Einer wie er kann sich erlauben, was bei anderen sicherlich eine riesige Gegnerschaft aufs Parkett rufen würde. Das hat einmal mit seiner Familiengeschichte zu tun. Die Rivlins waren bereits 1809 nach Palästina eingewandert. Damit gehören sie zur Aristokratie des Landes, die ihre Zugehörigkeit nicht unter Beweis stellen muss. Zu seinen Verwandten zählt der Verfasser der ersten hebräischen Übersetzung des Korans. Zum anderen aber ist es auch seine Persönlichkeit, die dazu beiträgt, dass er tatsächlich stärker vereint statt zu polarisieren. Das Image des langjährigen treuen Ehemanns, vielfachen Großvaters und Vegetariers mag ebenfalls helfen.

Gisela Dachs

— Politisches System des Staates Israel



Benjamin Neuberger

Israel ist sicherlich eine Demokratie. Es gibt ein Mehrparteiensystem, es finden freie Wahlen und demokratische Regierungswechsel statt. Die Bürgerrechte werden respektiert, die Macht des Staates ist begrenzt und es besteht kein Zweifel, dass Israel ein Rechtsstaat ist. Das alles ist nicht selbstverständlich für einen jungen Staat, der seit seiner Entstehung um seine Existenz kämpft. Israel ist aber keine typische westliche Demokratie – es gibt keine Verfassung, die arabische Minderheit genießt keine volle Gleichberechtigung, das Personenstandsrecht folgt religiösen Gesetzen und nicht weltlicher Gesetzgebung (z. B. gibt es keine Zivilehe) und es existieren militärisch besetzte Gebiete, in denen nur die jüdischen Siedler und nicht die arabisch-palästinensische Mehrheit demokratische Grundrechte besitzen. Israel ist gemäß dem UN-Teilungsbeschluss von 1947, der Unabhängigkeitserklärung von 1948 und auch entsprechend dem Willen der Mehrheit ein jüdischer und demokratischer Staat im Sinn anderer demokratischer Nationalstaaten. Die Problematik der Demokratie in Israel besteht nicht in diesem Grundkonzept, sondern im demokratischen Defizit einiger Gruppen der Bevölkerung – vor allem der rechtsradikalen Ultranationalisten und ultraorthodoxen Theokraten.

Wenngleich Israels Demokratie tiefe Wurzeln hat – in der jüdischen Tradition, in der zionistischen Bewegung, in der Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinden in der Diaspora, im Voluntarismus der Pioniere und in dem Einfluss Englands und der USA auf die Gründungsväter der Nation –, muss man sie dennoch als labil bezeichnen. Die Labilität der Demokratie besteht darin, dass eine große Minderheit ausdrücklich autoritäre Positionen vertritt. So unterstützten zum Beispiel 2012 43 Prozent der Bevölkerung ein eventuelles Redeverbot für Personen, die die Regierung scharf kritisieren. Ähnlich starke Minderheiten wollen einen „starken Premier“ ohne demokratische „Debatten und Gesetze“ und befürworten eine Diskriminierung der arabischen Staatsbürger. Immer wieder kam es zu Krisen der Demokratie, in denen es unklar war, ob die demokratisch gewählte Regierung ihre Politik angesichts der Gewaltdrohung der rechtsradikalen Opposition durchsetzen kann. Solche Krisen gab es 1952 (Wiedergut-

machungsabkommen mit der Bundesrepublik), 1967 (vor dem Sechstagekrieg), 1982 (Rückzug aus dem Nordsinai), 1993 bis 1995 (Oslo-Verträge und Mord an Premier Rabin) und 2005 (Rückzug aus dem Gazastreifen). Auch 2016 droht eine gewalttätige Opposition jeder Regierung, die das Westjordanland und Ostjerusalem räumen würde. Ein breiter Konsens in Grundfragen – Vorbedingung einer stabilen Demokratie – existiert in Israel in wesentlichen Punkten nicht: weder in Fragen der besetzten Gebiete und – damit zusammenhängend – der Grenzen noch hinsichtlich der Frage, wie das Verhältnis von Staat und Religion zu gestalten ist. Zudem gibt es in Israel tiefe gesellschaftliche und politische Spaltungen, die sich zum Teil überlappen: So die Spaltungen zwischen Juden und Arabern, „Tauben“ und „Falken“, Juden aus Europa und aus der islamischen Welt, zwischen Armen und Reichen sowie Alteingesessenen und Neueinwanderern.

Die politische Kultur leidet unter der Intoleranz der radikalen Rechten. Diese Intoleranz war in den Jahren 1993 bis 1995 die Ursache für eine Hetzkampagne gegen Rabin (und später auch gegen die Premiers Barak, Scharon und Olmert). Rabin wurde als Verräter stigmatisiert und unter anderem mit dem persischen Großkönig Nebukadnezar, der den Ersten Tempel zerstört hatte, und sogar mit den Nazi-Kollaborateuren Pétain und Quisling verglichen. Im November 1995 wurde der israelische Premier von einem religiösen Extremisten erschossen. Ein weiterer Grund für die Labilität der israelischen Demokratie stellen die nicht-demokratischen Reste in den Ideologien aller politischen Lager dar – jakobinischer Kollektivismus auf der Linken, die Priorität von Staat und Nation (und nicht der liberalen Bürgerrechte) auf der Rechten und der Glaube an eine Theokratie im orthodoxen Lager. Auch die Tatsache, dass Israels Existenz nach wie vor bedroht ist und der Sicherung der Existenz verständlicherweise zentrale Bedeutung zugemessen wird, verführt immer wieder große Teile der Bevölkerung, die Demokratie mit Schwäche zu identifizieren und an eine „starke“ Führung zu glauben.

In den Jahren 2009 bis 2015 ist es dem rechtsradikalen Flügel des Likud mithilfe der orthodoxen und ultraorthodoxen Parteien gelungen, für eine Reihe von undemokratischen und illiberalen Gesetzen eine Mehrheit in der



Der Oberste Gerichtshof in Jerusalem ist die höchste richterliche Instanz in Israel.

Knesset zu finden. Diese Gesetze richteten sich gegen die arabische Minderheit, gegen Flüchtlinge aus Afrika und oppositionelle Stimmen in der Presse und in den Medien.

Das Wahlsystem – ein reines landesweites Verhältniswahlrecht ohne Wahlbezirke und einer Sperrklausel von 3,25 Prozent – führt zu einem zersplitterten Parlament und labilen Koalitionen. Das Fehlen einer demokratischen Verfassung, die undemokratische Gesetze einer willkürlichen Mehrheit im Parlament vereiteln könnte (wie etwa in den USA), ist ein weiterer Schwachpunkt der israelischen Demokratie. Überdies führt die Unentschlossenheit der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit, gegen gewalttätige Extremisten vorzugehen, dazu, dass auch Staatsanwaltschaft, Gerichte und Polizei der Bedrohung der Demokratie nicht konsequent entgegengetreten.

Benjamin Neuberger

Benjamin Neuberger, Professor für Politikwissenschaft an der Open University of Israel

In der Knesset hat es seit der Staatsgründung nie weniger als zehn parlamentarische Fraktionen gegeben. Eine Ursache für die Vielzahl der Parteien im Parlament war die niedrige Sperrklausel von ein bis zwei Prozent (aber 3,25 Prozent seit 2015). Wichtiger sind jedoch die kreuz und quer verlaufenden sozialen Spaltungen in der Gesellschaft, die durch die Parteien vertreten werden.

Zur besseren Übersicht kann die komplexe Parteienlandschaft in vier Gruppierungen geordnet werden – das „Tauben“- , „Falken“- , „orthodoxe“ und „arabische“ Lager. Außerdem gibt es die Parteien der Mitte, die keiner dieser Gruppen angehören. In jedem der Lager finden sich mehrere parlamentarische Fraktionen, die zuweilen aus lockeren Allianzen zwischen zwei oder drei Parteien bestehen.

„Tauben“ und „Falken“

Die wichtigste Trennlinie zwischen den politischen Blöcken und Parteien seit dem Sechstagekrieg (1967) ist die zwischen „Tauben“ und „Falken“. Tauben werden diejenigen genannt, die das Prinzip „Land für Frieden“ unterstützen. Damit ist die Bereitschaft zu einem permanenten Frieden mit den Palästinensern (in Bezug auf das Westjordanland und den Gazastreifen) und mit den Syrern (in Bezug auf die Golanhöhen) gemeint. Voraussetzung dafür ist die Rückgabe der Gesamtheit oder eines großen Teils der von Israel im Sechstagekrieg besetzten Gebiete. Die „Tauben“ befürworten die Errichtung eines palästinensischen Staates und die Teilung Jerusalems zwischen Israel und Palästina.

Die Parteien, die gegen die Formel „Land für Frieden“ sind, werden Falken genannt. Ihr Schlagwort „Frieden für Frieden“ verhüllt die Absicht, alle oder fast alle besetzten Territorien zu behalten und auf lange Sicht zu

annektieren. Unter dem Begriff „gemäßigte Falken“ sind diejenigen zu verstehen, die zur Rückgabe von wenig Land (etwa 40 Prozent des Westjordanlands) für Frieden bereit sind. Dabei wissen sie, dass dieses Angebot für die Palästinenser unannehmbar ist.

Falken- und Taubenparteien unterscheiden sich ebenfalls in ihrer Haltung gegenüber der arabischen Bevölkerung Israels. Taubenparteien favorisieren eine liberal-egalitäre Politik mit dem Ziel der Integration dieser Menschen. Dagegen verfolgen die Falkenparteien eine Politik, die die arabischen Israelis vom Zentrum der israelischen Gesellschaft, von Wirtschaft und Politik fernzuhalten sucht. Die Unterscheidung von Falken und Tauben wird in Israel häufig als Gegensatz von Linken (Tauben) und Rechten (Falken) verstanden, obwohl die ursprüngliche Differenzierung von links und rechts eine sozioökonomische Definition war.

Die führende Partei des Taubenlagers ist die im sozioökonomischen Sinn gemäßigt linke, sozialdemokratische Arbeitspartei. Sie vertritt gemäßigte Positionen in der Außenpolitik, ist in der religiösen Frage nicht orthodox (aber zu Kompromissen mit den Religiösen bereit) und stützt sich im Wesentlichen auf eine aschkenasische Wählerschaft. In der Vergangenheit war sie im Arbeitermilieu verortet, während sie heute den stärksten Rückhalt im gebildeten Mittelstand hat.

Im Falkenlager vertritt der im ökonomischen Sinn gemäßigt rechte Likud (zu Deutsch: Einigung) Falkenpositionen gegenüber den Palästinensern. Er ist den Orthodoxen und Religiösen gegenüber freundlich gesinnt, stützt sich hauptsächlich auf eine sephardische Wählerschaft und ist entschieden zionistisch. Eine weitere Falkenpartei ist Yisrael Beitenu (zu Deutsch: Israel ist unser Haus) – ursprünglich eine Partei russischer Einwanderer der 1990er-Jahre. Anders als die anderen Parteien des Falkenlagers vertritt Yisrael Beitenu eine nationalistisch-weltliche Ideologie.



Plenumssitzung im israelischen Parlament im Juli 2016. Insgesamt 120 Abgeordnete vertreten ihre jeweilige Partei.



Vor der Wahl stellen sich am 26. Februar 2015 die israelischen Parteiführer einem Fernbeduell. Es fehlen Benjamin Netanjahu (Likud) sowie Isaak Herzog und Zipni Livni (Zionistisches Lager).

Orthodoxe und ultraorthodoxe Parteien

Die orthodoxen und ultraorthodoxen Parteien definieren sich hauptsächlich über religiöse Fragen. Die Nationalreligiösen sind mehrheitlich radikale Falken, die das besetzte Westjordanland als das jüdische Judäa und Samaria betrachten und eine aktive Siedlungspolitik unterstützen. Sie sind im Prinzip gegen jede territoriale Konzession.

In der Knesset sind sie seit der Wahl im Januar 2013 durch die Fraktion Habayit Hayehudi (zu Deutsch: Das Jüdische Haus) vertreten, einem Zusammenschluss der gleichnamigen Partei Habayit Hayehudi, die 2008 u. a. von Mitgliedern der im gleichen Jahr aufgelösten Nationalreligiösen Partei ins Leben gerufen wurde, mit dem ultranationalistischen Ihud Leumi (zu Deutsch: Nationale Einheit) zu einer Liste. Die Nationalreligiösen wollen einen jüdischen Staat im religiösen Sinn. Sie sehen in der Errichtung Israels die Hand Gottes, in der Staatsgründung den Anfang der Erlösung.

Die Ultraorthodoxen sind die extremste religiöse Gruppierung. Sie sehen in Israel keinen jüdischen Staat und waren auch gegen seine Gründung durch die zionistische Bewegung. Allein Gott und der Messias und nicht die zionistischen „Häretiker“ haben ihrer Meinung nach die Aufgabe, den jüdischen Staat wieder zu gründen.

Die meisten Ultraorthodoxen nehmen trotzdem an Wahlen teil und sind durch Parteien in der Knesset vertreten, die sogar Regierungskoalitionen angehören. Sie akzeptieren aus pragmatischen Gründen den Staat, den sie gleichzeitig ideologisch ablehnen. Denn sie benötigen staatliche Gelder, um ihre nicht staatlichen Schulen zu finanzieren, und politischen Einfluss, um die Befreiung ihrer Männer vom Militärdienst zu sichern. Zwei wichtige ultraorthodoxe Fraktionen sind das Thora-Judentum und SHAS (hebr. [Abk.]; zu Deutsch: Sephardische Thora-Wächter).

Arabische Parteien

Die national-arabischen und islamisch-konservativen Parteien sind erst in den letzten 35 Jahren entstanden, da das israelische Sicherheits-establishment vorher national-arabische oder islamische Parteigründungen nicht zugelassen hatte. Die Nationale Demokratische Allianz (NDA) ist eine ultranationalistische, säkulare Partei. Die eher konservativen, religiös-islamischen arabischen Israelis sind im Parlament durch die Islamische Bewegung vertreten. Sie steht in der Außenpolitik für die gleichen Positionen wie die anderen arabischen Parteien, ist aber stärker islamisch geprägt und in sozialen Angelegenheiten (zum Beispiel in der Frage der Frauenrechte) konservativ. Eine weitere Gruppierung ist die überwiegend arabisch-israelische Kommunistische Partei, die relativ moderate arabisch-nationale und säkulare Positionen vertritt, sich aber als „internationalistisch“ versteht und eine linke jüdische Komponente hat. Alle arabischen Parteien unterstützen einen vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, die Errichtung eines palästinensischen Staates und die Transformation Israels von einem jüdischen Staat zu einem „Staat aller Bürger“. 2015 bildeten alle drei Gruppierungen die Vereinigte (Arabische) Liste.

Parteien der Mitte

Parteien der Mitte hat es in Israel immer gegeben. Bei den Wahlen 2006 wurde zum ersten Mal eine neue Partei der Mitte, Kadima (zu Deutsch: Vorwärts), stärkste Partei. Sie entstand durch eine Spaltung des Likud zwischen den Befürwortern und den Gegnern der unilateralen Räumung des Gazastreifens 2005. Auch Teile der Fraktion der Arbeitspartei, die unzufrieden mit der neuen Parteiführung des Gewerkschaftsführers Amir Perez waren, schlossen sich Kadima an. So wurde Kadima eine echte Partei der Mitte sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. In der religiösen Frage verfolgte die eher liberal-weltliche Kadima eine pragmatische Politik der Kompromisse, wie sie seit Staatsgründung auch die Arbeitspartei vertreten hatte.

— Parteiensystem des Staates Israel

Knesset – 120 Sitze

<p>Tauben/Linke</p> <p>Das Zionistische Lager 24</p> <p>Meretz 5</p>	<p>Falken/Rechte</p> <p>Likud 30</p> <p>Yisrael Beitenu 6</p>
<p>Mitte</p> <p>Yesh Atid 11</p> <p>Kulanu 10</p>	
<p>Arabische Parteien</p> <p>Vereinigte (Arabische) Liste 13</p> <p>[Nationalisten, Kommunisten, Islamisten]</p>	<p>Orthodoxe/ Ultraorthodoxe</p> <p>Habayit Hayehudi 8</p> <p>Shomrei [Torah] Sfaradim 7</p> <p>Thora Judentum 6</p> <p style="text-align: right;">} 21</p>

Koalition Netanjahu: 5 Fraktionen	
Likud	30
Kulanu	10
Habayit Hayehudi + Shomrei Sfaradim + Thora Judentum	21
	61*

Benjamin Neuberger

* von 120 Sitzen

Vor den Wahlen 2013 entstand Yesh Atid (zu Deutsch: Es gibt eine Zukunft), eine neue Partei der Mitte, die auf Anhieb zweitstärkste Partei wurde. Yesh Atid versteht sich als Partei des säkularen Mittelstandes und vertritt eine betont antiklerikale Politik und moderate Positionen in der Außenpolitik. Kadima spaltete sich in zwei Gruppierungen – Kadima und



Der Koalitionsregierung von Benjamin Netanjahu gehören fünf Parteien an. Im Juni 2016 stellt er sich anlässlich des Jerusalemtages mit seinem Kabinett den Fotografen.

Hatnua (zu Deutsch: Die Bewegung). Hatnua bildete in 2015 eine Allianz mit der Arbeitspartei unter dem Namen „Das Zionistische Lager“. Eine weitere 2015 gegründete Partei der Mitte ist Kulanu (zu Deutsch: Wir alle) deren führende Leute aus dem relativ moderaten Flügel des Likuds stammen.

Koalitionsregierungen

Das zersplitterte israelische Parteiensystem hat dazu geführt, dass eine Partei niemals die absolute Mehrheit erhielt. Seit Staatsgründung waren alle Regierungen Koalitionsregierungen, häufig waren acht bis zehn Parteien an der Koalition beteiligt. Die Koalition, die nach den Wahlen 2015 gebildet wurde, besteht aus fünf Fraktionen – Likud, Kulanu, Habayit Hayehudi, Thora Judentum und SHAS.



Blick in ein Studio des Fernsehsenders I24news in Tel Aviv, der 2013 gegründet wurde und international in drei Sprachen – auf Englisch, Französisch und Arabisch – sendet.

Die Israelis sind Nachrichtenjunkies, auch wenn sie immer weniger zum Papier greifen. Die großen Tageszeitungen befinden sich, wie überall im Westen, in der Krise. Von den drei wichtigsten Tageszeitungen sind inzwischen nur mehr zwei übrig geblieben: Die populäre „Jediot Achronot“ („Letzte Nachrichten“) und die kleinere, liberale „Haaretz“ („Das Land“), die von der geistigen und wirtschaftlichen Elite im Land gelesen wird. „Maariv“ („Abend“), einst die zweitgrößte Tageszeitung, gibt es nur mehr als gedruckte Wochenendausgabe und online.

Neben Zeitungsfucht und Wirtschaftskrise gibt es aber noch einen hausgemachten Grund für den Niedergang der historischen Presse. Er heißt „Israel Hajom“ und ist ein Gratisblatt, das seit 2007 von dem amerikanischen Casinobesitzer Sheldon Adelson finanziert wird, der politisch Benjamin Netanjahu nahesteht. Israel Hajom hat die Werbepreise für die Anzeigenkunden gesenkt – und mittlerweile an Werktagen die größte Leserschaft überhaupt. Die Zeitung verfolgt ein klares Ziel: Sie soll informieren, was sie tatsächlich in vielen Bereichen auch professionell tut, dabei aber dem Premier nicht schaden. Wie sehr diese Zeitung letztlich zu Netanjahus Popularität beiträgt, lässt sich indes schwer ermes sen.

Über Sensationsjournalismus wird auch in Israel durchaus zu Recht geklagt, aber auch hier werden mit solchen TV-Sendungen hohe Einschaltquoten erreicht. Waren es bis zu Beginn der 1990er-Jahre die Nachrichten im ersten – und bis dahin einzigen – staatlichen Kanal, die jeden Abend um acht Uhr die Nation vor dem Bildschirm versammelt hatten, so geht die höchste Zuschauerrate heute an den privaten Kanal „Arutz 2“. Die dortigen langen Werbepausen nehmen die Zuschauer freiwillig in Kauf. Sie mögen ihr Programm bunt und emotional. Eskapismus nennt der Medienbeobachter Uzi Benziman die Neigung vieler Israelis zu Soapoperas und einer ganzen Palette von Reality Shows.

Verändert hat sich zudem das Medienverhalten der jüngeren Generation. Wer tagsüber die Onlineauftritte der verschiedenen Tageszeitungen auf dem Smartphone verfolgt, fühlt sich bis zum Abend meist schon ausreichend informiert. Das Interesse für Nachrichten ist nach wie vor groß, wenn auch heute längst nicht mehr alle gleichzeitig um acht Uhr abends vor dem Fernseh Bildschirm sitzen. Untersuchungen haben ergeben, dass Nachrichten zu den Topprioritäten bei der Suche im Internet gehören. Das ist kein Wunder. Der israelische Alltag werde in ungewöhnlich hohem Maße von Politik bestimmt, schrieb der Politikwissenschaftler Yaron Ezrahi in seinem 1998 erschienenen Buch „Gewalt und Gewissen“ – Israel sei ein Land, in dem die Menschen auf die Nachrichten warteten, „als wären sie tägliche Urteilsprüche über ihr Leben“.

Hinzu kommen die Freunde auf Facebook, die Artikel, Blogs und YouTube maßgeschneidert empfehlen. Und vermutlich gibt es auch keine Nation, die so viele Leserkommentare ins Netz stellt wie die Israelis. „Talk-Backs“ heißen sie eigens im hebräischen Jargon, ein Wort, das im englischsprachigen Raum gar nicht existiert. Mittlerweile gibt es auch eine ganze Reihe von Internetseiten, die in ihrer Gesamtheit die Vielfalt der israelischen Gesellschaft widerspiegeln. Sie richten sich an verschiedene Einwanderergruppen, an religiöse Leserschaften ebenso wie an arabische Israelis.

Ingesamt ist die Nutzung digitaler Medien in Israel sehr hoch. Nach statistischen Angaben von Ende 2014 nutzen insgesamt 74,7 Prozent der Bevölkerung das Internet. Etwa die Hälfte war bereits 2011 auf Facebook

registriert. Besonders auch für ältere Neueinwanderer stellt der direkte Zugang zu den Medien ihrer Herkunftsländer eine Brücke in die alte Heimat dar – auch wenn die dortige Berichterstattung über Israel und den Nahostkonflikt oft als sehr einseitig propalästinensisch empfunden wird.

In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung 2013 des Fernsehnachrichtensenders i24news zu verstehen, der sich mittlerweile als israelisches Pendant zu „Al Jazeera“ etabliert hat. I24news ist angesiedelt im Hafen von Jaffa in Tel Aviv und sendet international in drei Sprachen – auf Englisch, Französisch und Arabisch. Finanziert wird der Sender von dem französisch-israelischen Unternehmer Patrick Drabi, mit dem Ziel „Vorurteile und Unwissen über Israel mit Fakten und Diversität“ zu bekämpfen.

Eine Sonderrolle in Israel spielt nach wie vor der vom Militär betriebene Rundfunksender „Galei Zahal“ („Wellen der Armee“), der wegen seiner gut informierten Nachrichtenredaktion über die Armee hinaus sehr beliebt ist. Gleichzeitig unterliegt er wie jedes Medium in Israel der Zensur, wenn es um militärisch sensible Informationen geht. In Zeiten von Internet und Satellitenfernsehen lassen sich allerdings auch in diesem Bereich Informationen kaum mehr kontrolliert unter Verschluss halten.

Zu den großen demokratischen Errungenschaften Israels gehört die Meinungsfreiheit. Jeder traut sich hier zu sagen, was er denkt, auch (oder gerade) vor laufender Kamera. Dass man sich oft über die Medien aufregt, heißt nicht, dass man das Gespräch mit ihren Vertretern scheut. Das hilft den Journalisten bei ihrer Arbeit, die so immer wieder Skandale aufdecken und dazu beitragen, dass ein Politiker seinen Hut nehmen oder sogar ins Gefängnis wandern muss.

Seit der Wahl 2013 haben allerdings erstaunlich viele die Seiten gewechselt. Heute sitzen einige ehemalige bekannte Medienvertreter in der Knesset, darunter Shelly Yachimowitz von der Arbeitspartei und Yair Lapid, der Gründer und Vorsitzende der Zukunftspartei.

Gisela Dachs

— Wirtschaft – Erfolgsgeschichte mit Schattenseiten

Selbstkritik ist ein wesentliches Merkmal der israelischen Gesellschaft, deren lebendige Medienlandschaft nie müde wird, eigenes Versagen anzuprangern. So gerät oft aus dem Blick, welche rasante Entwicklung das Land – parallel zu äußerer Bedrohung und Kriegen – genommen hat.

Bettelarm und ohne natürliche Rohstoffvorkommen (mit Ausnahme von Mineralien im Toten Meer), hing der Staat bei seiner Gründung 1948 vor allem am internationalen Spendentropf. 2010 wurde Israel Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), was ihm offiziell den Status einer führenden Industrienation verleiht.

Jeder, der sich an die Zeit der „Zena“ (zu Deutsch: Knappheit) erinnert, jene Periode in den 1950er-Jahren, als die Lebensmittel streng rationiert waren und sich die Frauen darüber austauschten, wie sich aus dem wenigen überhaupt etwas kochen ließe (was auch in Kochbüchern verewigt wurde), kann sich angesichts dieses Aufschwungs nur die Augen reiben. Aus dem Land, wo die Jaffa-Orangen blühen, ist längst ein moderner Staat geworden.

Hochtechnologie als Wachstumsmotor

Die Landwirtschaft erwirtschaftete in den 1950er- und 1960er-Jahren bis zu 60 Prozent der Gesamtexporte. Heute beträgt ihr Anteil am Außenhandel nur zwei Prozent. Mittlerweile sind die wichtigsten Branchen die Diamantenveredelung, die Sicherheits- und Rüstungstechnik, der Tourismus, die Metallverarbeitung und vor allem die Hightechindustrie. Die in den vergangenen sechs Jahren entdeckten und teilweise bereits erschlossenen Gasvorkommen vor der israelischen Mittelmeerküste erleichtern sicher nicht nur die Energieversorgung des Landes, sondern machen Israel zu einem potenziellen Lieferanten weit über die nationalen Grenzen hinaus.

— Wirtschaftsdaten Israel

<i>BIP (nom.)</i>	2015	196,1 Mrd. USD
.....	2016	306,2 Mrd. USD *
<i>BIP/Kopf</i>	2015	35,343 Mrd. USD
.....	2016	35,905 Mrd. USD *
<i>Wachstum BIP real</i>	2015	2,6 %
.....	2016	2,8 % *
<i>Durchschnittslohn (brutto)</i>	2015	9,591 Mrd. NIS
<i>Inflationsrate</i>	2015	- 0,6 %
.....	2016	- 0,1 % *
<i>Arbeitslosigkeit</i>	2015	5,3 %
.....	2016	5,3 % *
<i>Leistungsbilanz</i>	2015	4,1 %
.....	2016	4,0 % *
<i>Haushaltssaldo in Prozent des BIP</i>	2015	- 0,3 %
.....	2016	- 3,8 % *
<i>Auslandsverschuldung (brutto)</i>	2014	97,6 Mrd. USD
.....	2015	97,5 Mrd. USD *
.....	2016	99,3 Mrd. USD *
<i>Import (Waren und Dienstleistungen)</i>	2014	72,3 Mrd. USD
<i>Export (Waren und Dienstleistungen)</i>	2014	69,0 Mrd. USD
<i>Ausländische Direktinvestitionen (Zuflüsse)</i>	2014	6431,6 Mio. USD
<i>Export nach Deutschland</i>	2015	1,7 Mrd. USD
<i>Import aus Deutschland</i>	2015	4,1 Mrd. USD

Quelle: Germany Trade & Invest,
Wirtschaftsdaten kompakt: Israel, Stand Mai 2016
(www.gtai.de > Suche: Wirtschaftsdaten kompakt Israel; Artikel vom 30.05.2016)

* Schätzung bzw. Prognose

In gewisser Weise hat Israels Wirtschaftsentwicklung das 20. Jahrhundert einfach übersprungen. Dass klassische Stützpfeiler westlicher Industrien wie Kfz-Produktion und Schwerindustrie fehlen, sei aber eher ein Vorteil, behauptet Dan Caterivas, Direktor der internationalen Abteilung der israelischen Industriellenvereinigung. Denn die Hochtechnologie, auf der Israels Wachstum fußt, sei viel flexibler und könne sich schneller an die Anforderungen des Weltmarktes anpassen als andere Branchen. Die Waren- und Dienstleistungsexporte aus der Hightechindustrie erreichten im Jahr 2015 umgerechnet knapp 22,5 Milliarden US-Dollar (2005 waren es 10,6 Milliarden US-Dollar) und stellten damit rund ein Drittel des israelischen Gesamtexports dar. Und an der US-amerikanischen Technologiebörse NASDAQ sind israelische Unternehmen mit mehr als 90 aufgelisteten Unternehmen nach Kanada und China die drittstärkste Auslandsfraktion. Von deutschen Unternehmen sind gerade mal zehn gelistet.

Der Erfindungsreichtum ist groß, und er wird auch massiv gefördert. Die nationalen Ausgaben für zivile Forschung und Entwicklung (FuE) betragen 2014 4,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und damit ein Gesamtvolumen von 10,4 Milliarden US-Dollar. Der Anteil, den Israel für FuE aufwendet, ist innerhalb der OECD – zusammen mit Südkorea – der mit Abstand höchste. Deutschland beispielsweise verwendete 2014 nur 2,8 Prozent seines BIP für derartige Investitionen in die Zukunft.

So wurde etwa die Technologie, mit deren Hilfe die US-amerikanische Luft- und Raumfahrtbehörde NASA 2004 Videobilder vom Mars zur Erde sandte, von zwei Israelis entwickelt. Auch die „Windows XP“-Software des multinationalen Softwareherstellers Microsoft wurde größtenteils von Microsoft Israel erarbeitet. Die Telefonie über das Internet ist genauso in Israel erfunden worden wie der USB-Stick oder das Chatprogramm ICQ, dem Vorläufer aller Chatprogramme, mit dessen Hilfe heute Millionen Menschen online kommunizieren. Auch in Sachen Online-Navigation hat Israel mit WAZE einen der großen Player der Branche hervorgebracht.

Kein Wunder, dass Israel auch für ausländische Unternehmen ein attraktiver Standort geworden ist. So haben auch namhafte nicht israelische Unternehmen wie der Halbleiterhersteller Intel, der Suchmaschinenbetreiber Google, der Softwarehersteller SAP oder das Technologieunternehmen Hewlett Packard vor Ort Forschungs- und Entwicklungszentren aufgebaut.

Rolle der Armee

Der Unternehmer Jossi Vardi, der als Vater der israelischen Hightechbranche gilt und unter anderem hinter ICQ steckt, führt diese Erfolge auf die „hiesige Mischung aus Unternehmergeist und Kreativität“ zurück und auf eine Kultur, die ein Scheitern nicht verurteilt, sondern zum Anlass für einen Neustart nehme. Fantasie und Risikobereitschaft sind zudem Fähigkeiten, die in der Armee gefördert werden.

Wer früh Talent zeigt, wird schon in der Schule als potenzielles Mitglied für die sogenannten Computerbrigaden oder andere technologische Spezialeinheiten ausgemacht, in denen dann unter Traumbedingungen geforscht wird. Wer etwa in „Mamram“ diente, der Computereinheit des Militärs, kann oft direkt von der Uniform in den Businessdress wechseln.

Der militärische Hintergrund der meisten Start-up-Unternehmer ist auch der Grund, warum israelische Anbieter wie Aladdin Knowledge Systems oder Check Point Software heute weltweit führend in Datensicherheit sind. „Viele Leute kennen sich noch aus der Armee und sind bestens vernetzt. Das funktioniert wie bei den Old boy networks an den amerikanischen Universitäten“, erzählt Ori Rubin, ehemaliger Produktmanager bei Tufin Technologies, einem Unternehmen, das Firewall-Software entwickelt.

Die Dominanz des Hightechsektors in der israelischen Wirtschaft ist zugleich auch ihre Achillesferse. Als nach der Jahrtausendwende die Branche weltweit von einer Krise erfasst wurde, traf sie Israel ungleich härter.

Und die überdurchschnittlich hohe Abhängigkeit von Exportmärkten wird auch in Israel in der aktuellen globalen Rezession tiefe Spuren hinterlassen.

Die Geschäftspartner sitzen in der Regel im Fernen Osten, in Europa und den USA. Denn zum einen hat Israel mit seinen ihm mehrheitlich immer noch feindlich gesonnenen Nachbarn kein natürliches Hinterland für Exporte, zum anderen wäre die arabische Welt mit ihrem insgesamt niedrigeren Bildungsniveau und ihrer geringeren Kaufkraft auch noch kein echter Markt für Israels Technologieprodukte.

Das verstärkt das Inseldasein – trotz aller globalen Vernetzung. Denn fast alle regionalen Kooperationsversuche scheiterten am Primat der Politik: Anders als bei der Entwicklung der Europäischen Union lässt sich der Nahostkonflikt offensichtlich nicht zunächst durch eine gemeinsame Wirtschaftsentwicklung entschärfen.

Wohlstandskluft im Inneren

Doch nicht nur zwischen Israel und seinen Nachbarn herrscht eine Wohlstandskluft, sondern auch im Land selbst. Der Übergang von einer staatlich dirigierten zu einer offenen, weitgehend marktorientierten Wirtschaft förderte eben nicht nur das Wachstum, sondern forderte auch einen hohen sozialen Preis. Die Statistiken sprechen für sich: Der Anteil der Mittelschicht an der Gesamtbevölkerung ist im vergangenen Jahrzehnt zurückgegangen, ebenso hat sich ihr Anteil am nationalen Einkommen vermindert. Nach Angaben der Eurostat Statistics in Luxemburg gehörten 2009 53 Prozent der europäischen Haushalte der Mittelschicht an, in Israel waren es nur 39 Prozent.

Die Angst vor dem Abstieg war einer der Motoren der sozialen Proteste vom Sommer 2011. Hunderttausende von Demonstranten gingen Woche für Woche auf die Straße, um gegen ungerechtfertigt hohe Miet- und Lebensmittelpreise zu protestieren. Viele junge Paare mit Kindern tun sich



Blick auf das Handels- und Wirtschaftszentrum in Tel Aviv. Die israelische Wirtschaft hat eine rasante Entwicklung genommen, ...

Foto: picture alliance/robertharding/Gavin Hellier



... doch der soziale Preis ist hoch. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weit auseinander. Suppenküche in Jerusalem

Foto: © STR New / Reuters

– trotz guter Ausbildung und doppelter Vollbeschäftigung – oft schwer, über die Runden zu kommen. Sie sehen auch auf Dauer kaum eine Chance, ohne die Unterstützung ihrer Eltern ein Auskommen zu finden.

Der Anteil der Israelis, die unterhalb der Armutsgrenze leben, stieg in den vergangenen Jahren rapide an. Nach Angaben des nationalen Statistikkbüros galten 2014 mehr als 1,7 Millionen Israelis als arm, darunter rund 767 500 Kinder und Jugendliche. Besonders betroffen sind ultraorthodoxe Familien, von denen 54,3 Prozent als arm aufgeführt sind sowie israelische Araber mit einer Armutsrate von 52,6 Prozent. Damit hat Israel nach Mexiko die höchste Armutsrate aller OECD-Staaten.

2016 lag der israelische Durchschnittsverdienst bei 9853 Schekel (knapp 2000 Euro). Mit 22 Prozent hat Israel einen deutlich höheren Anteil von Arbeitnehmern, die im Niedriglohnssektor beschäftigt sind, als der OECD-Durchschnitt von 16 Prozent. Der Mindestlohn für eine Vollzeitstelle betrug im April 2015 4650 Schekel, umgerechnet knapp 1080 Euro (nach dem Umrechnungsstand Mai 2016) – bei Lebenshaltungskosten auf westeuropäischem Niveau. Der Reichtum konzentriert sich auf eine immer vermögendere werdende Elite. Die 16 größten Konzerne umfassen ganze 49 Prozent des Gesamtmarktes inklusive der öffentlichen Unternehmen. Bisher wurden diese Kartelle von der Regierung nur zögerlich angetastet, erst die sozialen Proteste 2011 haben das Thema überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt. Die soziale Schere geht mittlerweile so weit auseinander, dass viele Israelis darin die größte Bedrohung für ihren Staat sehen.

Wer sich ein Bild machen will vom reichen und vom armen Israel, reist zunächst am besten nach Kirjat Atidim, das glänzende Hightechviertel im Norden Tel Avivs, wo junge Start-ups neben relativ alteingesessenen Unternehmen über globale technologische Lösungen nachdenken –, und dann in die sichtlich so viel ärmeren und abgelegenen Entwicklungsstädte im Negev. Zentrum und Peripherie spiegelten schon immer die soziale

und wirtschaftliche Spaltung des Landes in Privilegierte und Benachteiligte wider, die aber im Ernstfall Seite an Seite kämpfen müssen. Deshalb bedroht die Wohlstandskluft auch die Sicherheit.

Bei den schwierigen nahöstlichen Wetterbedingungen brauche Israel eine dickere Schutzschicht als andere Staaten, formulierte es der ehemalige Vorsitzende der linken Meretzpartei, Jossi Sarid. „Unsere Gesellschaft muss die solidarischste der Welt sein, denn die Anforderungen an unsere Bürger sind höher als sonst auf der Welt. Die israelischen Männer etwa müssen drei Jahre Militärdienst und danach [...] Reservedienst leisten. In Italien kann man ohne außergewöhnliche Solidarität zusammenleben, auch in Deutschland. Hier nicht. Hier haben wir eine umgekehrte Pyramide: Die Anforderungen sind am höchsten und die Gegenleistungen am geringsten.“

Wie viele Israelis maß Sarid die Realität seines Landes an den einstigen Idealen der zionistischen Visionäre. Würde man mit Theodor Herzl heute durchs Land fahren, glaubt er, würde er zwei Dinge vermissen: soziale Gerechtigkeit und Frieden.

— Der Kibbuz – Aushängeschild in der Krise

Israel war einst ein sozialistisches Projekt. Zu den ureigenen Erfindungen gehörte der Kibbuz – eine landwirtschaftliche Gemeinschaftssiedlung, die auf dem Prinzip der Gleichheit beruhte und in der es kein Privateigentum gab. Obwohl selbst während seiner Glanzzeit in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung 1948 nie mehr als sechs Prozent der Juden des Landes in einem Kibbuz lebten, war dieser lange Zeit Inbegriff mustergültiger Lebensgestaltung.

Degania Alef, der älteste Kibbuz Israels, wurde im Oktober 1909 und damit kurz nach Tel Aviv gegründet. Heute, mehr als hundert Jahre später, ist Tel Aviv eine Großstadt, die sich mit europäischen Metropolen messen kann, während Degania Alef eine kleine, intime Kommune geblieben ist.

Dem ersten Eindruck nach ist dort alles wie immer: Die Gemeinschaftsgebäude aus dunklem Basaltstein, der Stallgeruch, das Vogelgezwitscher aus den hohen Baumwipfeln, der Blick auf den See Genezareth. Doch die Kulisse täuscht. In Degania hat eine Revolution stattgefunden. 2007, fast hundert Jahre nach seiner Gründung, verabschiedeten sich die Kibbuzmitglieder mit überwältigender Mehrheit von jenem Gleichheitsprinzip, das bis dahin ihr Dasein geregelt hatte: „Jeder arbeitet nach seinen Fähigkeiten und jeder erhält, was er braucht.“

Damit ist es vorbei. In Degania Alef wird heute Leistung honoriert. Wer viel arbeitet, soll auch mehr Geld verdienen. Niemand muss mehr sein Gehalt ans Kollektiv abführen, die Kibbuzniks dürfen es selbst verwalten. Allerdings bezahlen sie eine „progressive Steuer“ für Dienstleistungen wie Erziehung und Gesundheitsversorgung, die allen Mitgliedern weiterhin zur Verfügung stehen.

Die neue Ära hat auch neue Funktionen mit sich gebracht. Zali Kupperstein war der erste „Kibbuzmanager“ und galt als eine der treibenden Kräfte hinter der Privatisierung. Die jüdischen Pioniere aus Russland, die Degania Alef einst gegründet haben, sagt er, „wären auf unsere Entwicklung stolz“ gewesen. Denn sie beweise Anpassungsfähigkeit.

Dass die eigene Geschichte in Degania Alef stets gegenwärtig ist, zeigt nicht nur das gepflegte Museum, das auf so prominente Mitglieder wie den legendären Verteidigungsminister Mosche Dajan verweist. Auch im Verwaltungsgebäude hängen überall Schwarz-Weiß-Aufnahmen von jener Avantgarde zionistischer Siedler, die einst die Sümpfe trockenlegte und zunächst alles, sogar die Unterwäsche, teilte. Allerdings nicht lange.

Nach fünf Jahren nähte man Zahlen auf die Kleidungsstücke. Hemd und Hose wurden zum ersten Eigentum. „Sehr schnell war klar geworden, dass eben nicht jeder gleich ist“, sagt Kupperstein. Auch gab es in Degania Alef nie ein Kinderhaus, jene berühmt-berüchtigte Kibbuzinstitution, die den eigenen Nachwuchs dem Kollektiv zuschrieb und ihn am liebsten schon gleich nach der Geburt von den Eltern trennte. Er selbst sei in einem solchen Kibbuz mit Kinderhaus aufgewachsen und habe das ohne psychische Schäden überstanden, erzählt Kupperstein. Aber seine Eltern könne er, da er nun selbst Vater von drei Kindern sei, nicht verstehen.

Privatisierung in kleinen Dosen

Heute sind aus den Kinderhäusern längst normale Kindergärten geworden. Doch auch dieser Schritt Richtung Bürgerlichkeit hat nicht verhindern können, dass die Attraktivität des Kibbuzdaseins abnimmt. Die Hälfte der in Degania Alef geborenen Kinder verlässt als Erwachsene den Kibbuz: Sie ziehen oft ein Leben in der Stadt vor, wollen ihre Zukunft nach eigenen Maßstäben gestalten, fernab von jedem Kollektivdasein.



Bau eines Kibbuz in Palästina 1935. Die Geografie der Kibbuzim hatte maßgeblichen Einfluss auf die Grenzziehung des künftigen Staates Israel.



In den Kibbuzim nimmt die Individualisierung zu, Feste feiert man aber gern zusammen. Mädchen bereiten sich 2015 auf einen Tanz beim Erntedankfest im Kibbuz Degania Alef vor.

Das Durchschnittsalter der (Stand von Mai 2016) 367 Mitglieder – die 152 minderjährigen Kinder nicht mitgerechnet – beträgt 55 Jahre. Hinzu kommen 52 „Residents“, die hier wohnen dürfen, aber dem Kibbutz nicht angehören. Die Privatisierung „in kleinen Dosen“ wird als Rettungsanker, als Überlebensversicherung gesehen. „Wir wollen den Kibbutz nicht kaputt machen, sondern ihn stärken“, sagen die Befürworter. Das klingt zuweilen wie eine – ebenso nach innen wie nach außen gerichtete – Werbekampagne. Denn jeder kennt die kritischen Fragen: Sind die leistungsabhängigen Löhne der erste Dominostein, der am Ende alle restlichen Kibbutzprinzipien mit sich reißen wird – so wie heute in Osteuropa nichts mehr vom Sozialismus übrig geblieben ist? Ist das Projekt Kibbutz überhaupt noch zu retten, während sich die Gesellschaft rundherum längst verbürgerlicht hat?

Der allgemeine Trend weist auf ein Auslaufmodell hin. Weit mehr als die Hälfte der etwa 256 Kibbutzim des Landes hat den Weg in Richtung Privatisierung eingeschlagen, Degania Alef war Nummer 154. Bei vielen ist lediglich der Name übrig geblieben.

Auf manchem Gelände stehen Einkaufszentren, werden Hotels betrieben und zahlende „Mieter“ zugelassen, die keine Kibbutzmitglieder sind. Andere beschäftigen in ihren Fabriken oder auf ihren Plantagen zu Niedriglöhnen Arbeitsmigranten aus dem Fernen Osten. 2010 lebten insgesamt rund 100 000 Israelis im Kibbutz, 1994 waren es noch 125 000.

Ist der Kibbutz also am Ende? In seiner ursprünglichen Form sicherlich, aber nicht unbedingt als Idee. In jüngster Zeit gibt es sogar Wiederbelebungsversuche. In Degania Alef etwa gab es in den vergangenen Jahren wieder mehr Geburten – und Rückkehrer. „Anstelle von elektrischen Seniorenfahrzeugen sieht man jetzt auf einmal wieder viele Kinderwägen“, sagt die 39-jährige Bosmat Viner-Shwarzbard, 38, die selbst gerade Mutter geworden ist. Das habe einen Erneuerungsgeist in den Kibbutz gebracht.

Als 16-jährige hat die gelernte Konditorin einst den Kibbuz verlassen und war in den Großraum Tel Aviv gezogen. Siebzehn Jahre später ist sie nun mit ihrem Ehemann wieder hierhergezogen, und sie wurden im Mai 2015 mit 16 anderen Neuankömmlingen als Mitglieder aufgenommen. Sie sei froh darüber, dass nun das Kibbuz-Projekt, einst begonnen von ihren Großeltern, weitergehen werde.

Der Wunsch nach einem Leben jenseits von Konsumdenken hat in den letzten Jahren auch jüngere Israelis dazu gebracht, urbane Kibbuzim oder Kommunen am Stadtrand zu gründen. Zu diesen alt-neuen Pionieren gehören oft auch Aussteiger aus der Hightechbranche, die nach Jahren beruflicher Hektik einen beschaulicheren und zugleich sinnerfüllten Lebensstil suchen.



Foto: picture alliance / dpa / Sara Lemel

Gegen den allgemeinen Trend: In den vergangenen Jahren kehrten auch junge Leute in die Kibbuzim zurück.



Israelische Fallschirmjäger am 5. Juni 1967 vor der Klagemauer. Mit der Eroberung Ostjerusalems war sie erstmals seit fast 20 Jahren wieder für Juden zugänglich.

Foto: ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo/ David Rubinger



Historischer Händedruck: Rabin (l.) und Arafat nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens am 13. September 1993 in Washington; hinter ihnen US-Präsident Bill Clinton

Foto: ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo/Ron Edmonds

Seit seiner Gründung im Mai 1948 kennt Israel Kriege. Bei den meisten ging es für die Israelis ums Überleben. Ein verlorener Krieg hätte für den ausschließlich von Feinden umgebenen Staat das Ende bedeutet. Zu den folgenreichsten gehört zweifelsohne der von den Israelis sogenannte Sechstagekrieg im Juni 1967, in dessen Verlauf Israel unter anderem das 1950 von Jordanien annektierte Westjordanland mit Ostjerusalem und den unter ägyptischer Verwaltung stehenden Gazastreifen eroberte. (Da an dieser Stelle nur einige Aspekte des komplexen Nahostkonflikts aufgegriffen werden können, beschränkt sich dieses Kapitel auf das Verhältnis Israels zu den Palästinensern nach 1967.)

Weitsichtige israelische Politiker, vor allem aus dem linken Parteienspektrum, betrachteten die besetzten Gebiete zwar von vornherein als Verhandlungsgut, um Friedensabkommen mit den feindlichen Nachbarstaaten und Kriegsgegnern Ägypten, Syrien und Jordanien auszuhandeln – nach dem Prinzip „Land für Frieden“. Noch im August 1967 aber kam es zur Versammlung der Arabischen Liga in der sudanesischen Hauptstadt Khartum mit ihren berühmten „drei Neins“: Nein zum Frieden mit Israel, nein zur Anerkennung Israels, nein zu Verhandlungen mit Israel. (Erst zwölf Jahre später, 1979, sollte Ägypten als erstes arabisches Land Frieden mit Israel schließen.) Zudem entdeckten damals viele Israelis in der Euphorie über den raschen Sieg die historischen jüdischen Stätten in den besetzten Gebieten wieder – wie die Klagemauer in der Jerusalemer Altstadt, die für sie bis dahin unzugänglich gewesen war, oder die Gräber der Patriarchen in Hebron. Vor allem religiös motivierte „Pioniere“, wie sie selbst sich sahen, begannen mit den ersten Siedlungsprojekten im Westjordanland und der Jerusalemer Altstadt – dem historischen Zentrum des biblischen Israel.

— Jassir Arafat – vom Guerillakämpfer zum Friedensnobelpreisträger



Jassir Arafat

Für die einen war er ein Terrorist, für die anderen ein Freiheitskämpfer: Jassir Arafat, 1929 nach offiziellen Angaben in Jerusalem geboren, gründete 1958 die Guerillaorganisation Fatah, die sich der Errichtung eines säkularen Palästinenserstaates auf dem Gebiet Gesamtpalästinas und damit der Vernichtung des Staates Israel verschrieb. Ende 1964 verübten Kommandos der Fatah (das arabische Wort bedeutet übersetzt „Sieg“ und ist zugleich ein arabisches Akronym für „Bewegung zur Befreiung Palästinas“) erste Anschläge in Israel.

1967 trat die Fatah der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO – Palestine Liberation Organization) bei. Die PLO war 1964 als politischer und militärischer Dachverband der Guerillaorganisationen gegründet worden, die für einen unabhängigen arabischen Staat Palästina kämpften. 1969 ließ sich Arafat an die Spitze der PLO wählen, deren Vorsitz er bis zu seinem Tod 2004 innehatte. Seine Fatah wurde die stärkste Gruppierung innerhalb der PLO, die sich unter Arafat zu einer Art Exilregierung der Palästinenser entwickelte.

In den späten 1960er- und 1970er-Jahren machte die PLO vor allem mit verheerenden Terroranschlägen in Israel und außerhalb (etwa bei den Olympischen Spielen in München 1972) und Flugzeugentführungen auf sich aufmerksam. Ende der 1980er-Jahre dann der Wandel: 1988 schwor Arafat offiziell dem Terror ab und ließ erkennen, dass er bereit sei, das Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Dieser Schritt machte eine Annäherung zwischen Israel und der PLO möglich: 1993 erkannten sich beide Seiten gegenseitig an. Dafür wurde Arafat

gemeinsam mit seinen israelischen Vertragspartnern, Premierminister Jizchak Rabin und Außenminister Schimon Peres, 1994 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. 1996 wurde er zum Präsidenten der palästinensischen Autonomiegebiete gewählt.

Doch die Vision vom Frieden erwies sich als verfrüht. In Arafats Fatah grassierte die Korruption, was beim palästinensischen Volk zunehmend auf Kritik stieß. Dadurch gewann die radikalislamische Hamas an Zulauf, die im offiziellen Friedenskurs der PLO einen Verrat an der palästinensischen Sache sah. Zudem wurde Arafat durch seine Verstrickung in den Terror seit Ausbruch der zweiten Intifada im Herbst 2000 für die Israelis zur politischen Unperson.

Als er im November 2004 starb, war ein eigener Palästinenserstaat in weite Ferne gerückt. Nachfolger Arafats als Palästinenserpräsident wurde sein enger Vertrauter Mahmud Abbas.

Nicole Alexander

Im Lauf der Jahre sollten sich die Siedlungen in den besetzten Gebieten, die von der damals regierenden linken Arbeitspartei in begrenztem Maß geduldet und mit der Regierungsübernahme durch den rechtsgerichteten Likud 1977 aktiv gefördert wurden, allerdings zu schwerwiegenden „Tatsachen auf dem Boden“ entwickeln.

Für die palästinensische Bevölkerung hatte und hat der Siedlungsbau eine immer stärkere Zerstückelung ihres Territoriums, den Wegfall von landwirtschaftlicher Anbaufläche und einen erschwerten Zugang zu Wasser zur Folge. Fragt man Palästinenser, was in ihren Augen besonders dazu beitrug, dass die PLO Ende der 1980er-Jahre erstmals eine Zweistaatenlösung – also die Teilung des historischen Palästina in einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen Staat – zu akzeptieren begann, lautet die Antwort: „Die Siedlungen, die uns langsam die Luft nahmen.“ Später galten sie – und gelten bis heute – als Hindernisse im Friedensprozess.

Annäherung ab 1990

Anfang der 1990er-Jahre kam es zu einer Annäherung zwischen Israelis und Palästinensern. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. In Israel hatten die erste Intifada (arab.; zu Deutsch: Abschütteln) von 1987, ein weitgehend ziviler Aufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung, sowie eine wachsende interne Kritik an dieser Besatzung zu einem allmählichen Umdenken geführt. Weltpolitisch aber war es das Ende des Kalten Krieges, das sich als „Fenster der Gelegenheiten“ präsentierte, weil die arabische Welt plötzlich ohne sowjetischen Schutzpatron und dazugehörige Waffenlieferungen dastand. Die Kassen der PLO waren leer.

Der Golfkrieg von 1991, der auf die Invasion Kuwaits durch den Irak folgte, hielt zudem neue Lehren für die Israelis bereit. Die Vereinten Nationen hatten vergeblich versucht, den irakischen Diktator Saddam Hussein zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen. Internationale Truppen unter Führung der USA starteten daraufhin einen Militäreinsatz gegen den Irak. Als Antwort darauf schoss der Irak Raketen vom Typ „Scud“ auf Israel ab. Ein Teil davon schlug in Städten wie Tel Aviv und Haifa ein, kostete mehrere Menschen das Leben und führte zu der Erkenntnis, dass strategische Tiefe allein keine ausreichenden Sicherheitsgarantien mehr bietet. Mit der Friedenskonferenz von Madrid Ende Oktober 1991 begann eine neue Etappe des nahöstlichen Friedensprozesses: Erstmals nahmen an einer Nahostkonferenz sowohl Israel als auch Jordanien, dessen Delegation palästinensische Vertreter angehörten, Syrien und der Libanon teil.

Osloer Verträge

Während diese Gespräche aber auf der Stelle traten, handelten israelische Regierungsmitarbeiter und hochrangige Vertreter der PLO in Norwegen in aller Abgeschlossenheit die Osloer Verträge aus, in denen sich beide Seiten erstmals gegenseitig anerkannten. Das war aber nur der Anfang eines Prozesses, der den Israelis Frieden und den Palästinensern einen eigenen Staat in Aussicht stellte.

Am 13. September 1993 unterzeichneten der israelische Premierminister Jizchak Rabin und PLO-Chef Jassir Arafat das Oslo-I-Abkommen, zwei Jahre später folgte das Oslo-II-Abkommen. Darin wurde unter anderem die schrittweise Übertragung von Territorium und politischen Zuständigkeiten an die Palästinenser vereinbart, die im Mai 1999 mit einem Friedensvertrag abgeschlossen werden sollte. Was Rabin antrieb, war die Vorstellung einer neuen Zweiteilung im Nahen Osten – in moderate und fundamentalistische Regime: Ihm ging es um die Schaffung eines Sicherheitsringes um Israel, das Verträge mit den Palästinensern, mit Jordanien (das Friedensabkommen wurde im Oktober 1994 unterzeichnet) und später auch mit Syrien und dem Libanon anstreben sollte.

So würde der Nahe Osten aus einem befriedeten Kern und einem Ring aus weiter entfernten feindlichen Staaten wie dem Iran und Irak bestehen. Israel würde mit den moderaten Arabern gemeinsame Front machen – gegen die Extremisten in der Region, die alle gleichermaßen bedrohten.

Die Umsetzung der Osloer Verträge aber erwies sich als äußerst schwierig. Die Siedlerbewegung und generell die Angst vor Terror heizten die interne Stimmung gegen Rabin an, der Anfang November 1995 von einem fanatischen religiösen Israeli ermordet wurde. Wenig später erschütterte eine Welle von palästinensischen Selbstmordanschlägen das Land und verhalf Likud-Chef Benjamin Netanjahu zum Wahlsieg. Doch auch der verhandelte. Er unterzeichnete 1998 das Wye-Abkommen, das eine Ausweitung der palästinensischen Selbstverwaltung vorsah. Dieser Schritt stellte einen ideologischen Meilenstein dar, weil damit erstmals ein rechter Politiker Abschied von der Vorstellung eines „Großisrael“ – das eben auch das Westjordanland und den Gazastreifen mit einschließt – nahm.



Einer der Streitpunkte zwischen Israelis und Palästinensern ist der Siedlungsbau.

Foto: picture alliance / landov / DEBBIE HILL

Zweite Intifada

1999 kam es erneut zum Regierungswechsel: Der Chef der Arbeitspartei, Ehud Barak, stellte Frieden mit den Palästinensern innerhalb von 15 Monaten in Aussicht.

Doch die Verhandlungen von Camp David 2000 unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton scheiterten unter anderem daran, dass sich Israelis und Palästinenser nicht über den territorialen Zuschnitt eines künftigen Palästinenserstaates einigen konnten. Es folgte im Herbst 2000 eine zweite – diesmal hoch bewaffnete – Intifada. Diese sogenannte Al-Aqsa-Intifada brachte Likud-Chef Ariel Scharon an die Macht, der hart zurückschlug.

Als Infrastrukturminister unter Netanjahu hatte Scharon in den Jahren zuvor den Siedlungsbau massiv gefördert. Im Sommer 2005 aber stieß

Der Siedlungsbau jenseits der Grünen Linie gehört zu jenen Streitfragen, mit denen sich auch viele Freunde Israels schwertun. „In der Siedlungsfrage sind wir uns einig, dass wir uns nicht einig sind“, sagte die deutsche Kanzlerin, als Benjamin Netanjahu sie 2012 in Berlin besuchte. Das hat sich auch seither nicht geändert.

Im Ausland gilt das israelische Siedlungswesen vielen schlechthin als „das“ Hindernis für den Frieden. Auch wird der Vorwurf zunehmend lauter, dadurch würde der Zweistaatenlösung ein Ende gesetzt, weil die Fakten auf dem Boden bald unumkehrbar wären. Aus Protest werden in einigen EU-Ländern israelische Produkte, die im Westjordanland hergestellt werden, expliziert als solche etikettiert. Und nach den im Juli 2013 verabschiedeten EU-Leitlinien zu Israel sollten ab 2014 keine israelischen Unternehmen oder Organisationen, die ihren Sitz im Westjordanland, in Ostjerusalem oder auf den Golanhöhen haben, gefördert werden. Palästinensische Organisationen, denen sich zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen angeschlossen haben, verlangen generell einen Boykott israelischer Waren (Kampagne Boycott, Divestment and Sanctions), was wiederum jene Stimmen befeuert, die die Auffassung vertreten, hinter der Siedlungskritik verberge sich oft eine grundsätzliche Ablehnung Israels.

Für die meisten Israelis sind die Siedlungen weit weg, sie fahren dort nicht hin und würden dort nie leben wollen. Viele opponieren aber nur schwach, wenn die Regierung (und bisher waren das alle) neue Bauvorhaben ankündigt. Ihnen gilt die Anwesenheit der Siedler sowohl als strategischer Puffer, der das israelische Zentrum schützt, als auch als potenzielles Verhandlungsgut. Vor allem wird genau unterschieden, wo gebaut wird. Tatsächlich finden viele Bautätigkeiten in den großen Siedlungsblöcken statt, die bei einem Abkommen (im Zuge eines Gebietsaustauschs) ohnehin der israelischen Seite zugeschlagen würden. In diesen Blöcken lebt auch die Mehrheit der Siedler. 2016 wurde die Zahl der Siedler im Westjordanland auf 350 000 beziffert. Hinzu kommen 300 000 Israelis, die in jenen Teilen Jerusalem leben, die Israel im Sechstagekrieg 1967 von Jordanien eroberte und später annektierte – was von den meisten Ländern der Welt nicht anerkannt wurde.

Die jüdische Bevölkerung im Westjordanland wuchs 2015 somit um vier Prozent – das ist doppelt so viel wie diesseits der Grünen Linie. Mit solchen Zahlen versuchen Siedlervertreter ihr Projekt als erfolgreich zu verkaufen, während es aber wichtig ist, genauer hinzuschauen. Denn 2015 – ebenso wie in den vorhergehenden fünf Jahren – waren 90 Prozent der 15 523 neu hinzu gekommenen Siedler auf natürlichen Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Insgesamt lässt sich seit 1996 ein drastischer Rückgang in der Zahl an israelischen „Migranten“ feststellen, die ins Westjordanland gezogen sind (von 6000 im Jahr 1996 auf nur 2000 im Jahr 2014).

Nach israelischer Lesart liegen die Siedlungen gar nicht in „besetztem“, sondern „umstrittenem Gebiet“, weil es vor 1967 im Westjordanland keine palästinensische Souveränität gab. Israel und die Palästinenser machten somit beide legitime historische Ansprüche geltend. „Juden haben tiefe historische und emotionale Verbindungen zu dem Land, und da ihre rechtlichen Ansprüche denen der Palästinenser mindestens ebenbürtig sind, ist es für Juden nur natürlich, dass sie Häuser in Gemeinden in diesen Gebieten bauen, wie es die Palästinenser in ihren tun“, betont Jeffrey S. Helmreich in einer Schrift für das Jerusalem Center for Public Affairs.

Vom biblischen Großisrael redet aber heute kaum jemand mehr. Dass ausgerechnet ein Mann wie Ariel Scharon, der Vater des Siedlerbaus, als Premierminister 2005 den Abzug der 6500 Siedler aus dem Gazastreifen vollzog, war für die religiösen Ideologen der Siedlerbewegung ein tiefer Schock, von dem sich viele bis heute nicht erholt haben. Zudem haben Siedler, deren Orte heute jenseits der Sperranlage liegen, deren Bau als ein klares politisches Signal aufgefasst. Die Frage ist, ob ein Abzug aus dem Westjordanland ähnlich ruhig über die Bühne gehen würde wie der aus Gaza – oder ob die größere Zahl an Siedlern dazu führen könnte, dass es bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen gibt. Sicher ist: Falls eines Tages die Armee nicht mehr da sein sollte, um sie zu schützen, würden viele Siedler von sich aus das Feld räumen. Nur wenige Israelis glauben heute jedoch, dass ihnen ein umfassendes Abkommen oder ein einseitiger Rückzug aus dem Westjordanland Frieden bringen würde.

Gisela Dachs

er mit der einseitigen Räumung aller jüdischen Siedlungen im Gaza-Streifen seine einstigen Siedlerschützlinge vor den Kopf. Auch Scharon erkannte letztlich, dass die Besatzung der palästinensischen Gebiete nicht im Interesse Israels liegt. Schon aus demografischen Gründen müsse Israel sich von den Palästinensern trennen, lautete nun die Staatsräson, um seinem Selbstverständnis als jüdischer und demokratischer Staat gerecht zu werden. Denn die langfristigen Optionen eines „Großisrael“ sind klar: Entweder Israel annektiert die besetzten Gebiete und macht die dort ansässigen Palästinenser zu seinen Staatsbürgern. Dann aber wäre es aufgrund der großen Zahl der Palästinenser – in Gaza und dem Westjordanland leben knapp vier Millionen – und ihrer hohen Geburtenrate in absehbarer Zeit kein jüdischer Staat mehr. Oder Israel annektiert die besetzten Gebiete, ohne den dort lebenden Palästinensern die israelische Staatsbürgerschaft zu geben. Dann aber wäre es kein demokratischer Staat mehr.

Scheitern aller bisherigen Lösungskonzepte

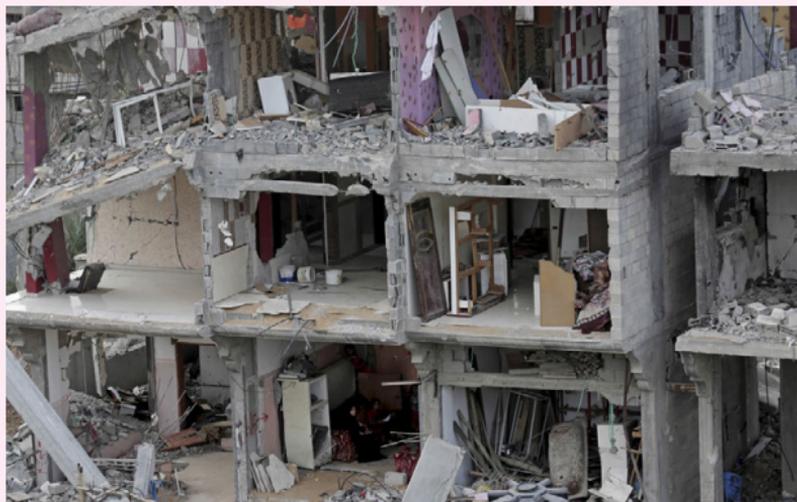
Im Umgang mit den Palästinensern hat Israel in den vergangenen Jahrzehnten also mehrere Wege ausprobiert. Sie haben sich alle mehr oder weniger als Sackgassen erwiesen. Nachdem die Rechten zunächst erkennen mussten, dass ihre Ideen eines „Großisrael“ illusorisch waren, da die besetzten Gebiete zunehmend zur Last für Israel wurden, erlebten dann auch die Linken die Grenzen ihrer Friedenshoffnungen.

Denn die Übereinkunft von Oslo gilt zwar im Westen bis heute als beispielhaft. In Israel aber schaut man mit höchst gemischten Gefühlen darauf zurück. Damals übergab die israelische Regierung erstmals Verantwortung für die allgemeine Sicherheit an die Polizei der palästinensischen Autonomiebehörde. Der Albtraum, den die Gegner des Abkommens an die Wand gemalt hatten, wurde wahr: Die Waffen dieser Polizei richteten sich vor allem in der zweiten Intifada im Herbst 2000 auch gegen Israelis.



Nachdem erneut wiederholt Raketen aus dem Gazastreifen insbesondere den Süden Israel trafen, wie hier in Kfar Azza, ...

Foto: picture alliance / dpa / Abir Sultan



... reagierte das israelische Militär mit der Operation Protective Edge im Juli 2014. Zerstörte Häuser nahe Gaza-Stadt

Foto: picture alliance / AP Photo / Adel Hana

Schließlich erwies sich aber auch das – dritte – Konzept der einseitigen Trennung als problematisch, weil nach dem Abzug aus Gaza im Jahr 2005 militante Hamas-Milizen grenznahe Ortschaften wie Sderot erst recht mit immer größeren Raketen beschossen. Der Rückzug aus Gaza gilt vielen in Israel als gescheiterte Aktion, die Iran den Weg zu Israels Grenzen geebnet habe. Iran unterstützt Hamas, und Hamas attackiert Israel, so die Lesart.

Daher entschloss sich Israel im Dezember 2008 zum Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen, deren Raketen als existenzielle Bedrohung gesehen werden, weil sie ganz Israel erreichen können. Vier Jahre später kam es erneut zum militärischen Schlagabtausch. Im November 2012 gelangen die Raketen der Hamas erstmals auch bis Tel Aviv, ebenso bei der insgesamt 50 Tage währenden Konfrontation im Sommer 2014, die als die bisher längste in die Geschichte eingegangen ist. Entdeckt wurde dabei auch die Existenz von Tunneln als eine neue strategische Waffe der Hamas. Sie reichten bis weit in das israelische Territorium hinein und sollten es potenziellen Angreifern ermöglichen, direkt in Ansiedlungen aufzutauchen. Seither warnen besonders die israelischen Militärs vor dem Konfliktpotenzial, das ein von allen Seiten weitgehend abgeriegelter und überbevölkerter Gazastreifen in sich birgt. Wobei jedoch nicht nur die Grenze zu Israel geschlossen ist, sondern auch die zu Ägypten.

2015 gab es Berichte über stillschweigende Verhandlungen zwischen Israelis und Hamas-Vertretern über mögliche Arrangements, die – wenn auch keinen Frieden – so zumindest einen Modus Vivendi darstellen könnten, um die Wahrscheinlichkeit künftiger militärischer Auseinandersetzungen zu verringern.

Die faktische Zweiteilung der palästinensischen Gebiete in das von der Fatah regierte Westjordanland und dem von der Hamas beherrschten Gazastreifen hat ein Abkommen mit Israel noch schwieriger gemacht.

Premierminister Netanjahu gehörte einst zu den Gegnern von Oslo. Doch auch er rang sich mit seiner Rede an der Universität Bar-Ilan (Ramat-Gan), kurz nach den Wahlen 2009, zumindest zu einem prinzipiellen Bekenntnis zur Zweistaatenlösung durch. Damit hatte seine Likud-Partei ein altes Dogma aufgegeben. Zu einer echten Annäherung kam es allerdings nicht. Und als Netanjahu 2013 – und dann nochmals 2015 – in seinem Amt bestätigt wurde, war die arabische Welt längst nicht mehr die alte.

Als die arabischen Demonstranten erst das Regime in Tunesien und dann in Ägypten stürzten, war man in Israel zunächst erleichtert, dass es bei den Protesten „nicht um uns geht“. Zugleich aber beunruhigten die Risiken: Was soll an die Stelle der bisherigen stabilen Ordnungen treten? Für Israel haben die Umstürze in der Region die Bedrohungslage unkalkulierbar gemacht. Islamistische Terrororganisationen befinden sich heute vielerorts direkt hinter der Landesgrenze: im ägyptischen Sinai, im Libanon und in Syrien.

Die Sichtweise der israelischen Politik auf die arabischen Umstürze lässt sich in zwei Schulen aufteilen. Die eine rät zum Abwarten bis sich die Nebel gelichtet haben und sieht den eigenen Handlungsspielraum als weitgehend beschränkt. Die andere drängt zum Handeln und Fühler ausstrecken, gerade weil so vieles im Umbruch ist.

Regionaler Kontext

Dass eine Einigung zwischen Israelis und Palästinensern nur funktionieren kann, wenn auch die anderen arabischen Nachbarn mitmachen, ist heute klarer denn je. Zumal die palästinensischen Gebiete mittlerweile ja auch noch in zwei verfeindete Lager zerfallen sind: einmal in das von der gemäßigten Fatah mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas an der Spitze regierte Westjordanland und zum anderen in den von der radikalislamischen Hamas kontrollierten Gazastreifen. Während ausländische Beobachter beim Nahostkonflikt meist nur die schwierigen bilateralen Beziehungen

zwischen Israelis und Palästinensern vor Augen haben, sehen sich die Israelis immer in einem größeren, regionalen Kontext. Über die komplizierten Machtverhältnisse im Nahen Osten sagte einmal der aus dem Irak stammende israelisch-jüdische Schriftsteller Sami Michael: „Israel ist eine militärische Supermacht. In dieser Hinsicht sind die Palästinenser bloß eine störende Mücke. Die Mücke kann den Elefanten verrückt machen, und der Elefant ist unfähig, sie zu fangen und zu Tode zu erdrücken. Aber gleichzeitig ist Israel, trotz seiner Macht, auch bloß eine Mücke verglichen mit dem panarabischen Elefanten, der im Zuschauerraum sitzt und jede Minute des Spektakels genießt. Die weitere arabische Welt ist bereit, die Mücke in der Arena zu opfern, solange sie die Nerven des israelischen Dickhäuters trifft.“

Seit den Umstürzen in der arabischen Welt haben die Palästinenser allerdings an Wichtigkeit verloren. Längst wurde klar, dass ihr Konflikt nicht „der“ zentrale des gesamten Nahen Ostens ist, sondern nur einer von vielen. Die meisten Staaten sind heute mit sich selbst beschäftigt. Fast überall in der Region werden interne oder grenzübergreifende Kriege und Konflikte – zwischen Sunniten und Schiiten, zwischen Moderaten und Fundamentalisten – ausgetragen. Und die Kämpfer des „Islamischen Staates“, die zwar längst auch im Westen Terroranschläge verüben, ermorden im Namen ihrer fanatischen Ideologie vor allem andere Muslime.

Damit aber haben sich auch für Israel neue mögliche politische Partnerschaften aufgetan. Ganz oben auf der Liste steht dabei das mächtige Saudi-Arabien, das hinter den Kulissen schon jetzt mit Israel Kontakt unterhält und von ihm mit nachrichtendienstlichen Informationen versorgt wird. Es ist jedoch fraglich, ob eine offizielle Annäherung ohne echte Fortschritte im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt möglich wäre.

Vermittlungsversuche hat es in diesem Zusammenhang mit der saudischen Friedensinitiative schon 2002 gegeben. Sie könnte zumindest als Grundlage

für eine Lösung dienen, wenn sie auch in ihrer bisherigen Form – insbesondere die Forderung nach Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge – für die israelischen Regierungen als inakzeptabel galt. Dieser Plan sieht vor, dass Israel von den arabischen Staaten anerkannt wird – im Austausch gegen einen israelischen Rückzug auf die Grenzen von 1967, eine einvernehmliche Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage und der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Was die Region ebenfalls strategisch durcheinander geschüttelt hat, waren die iranischen Bemühungen, zur Atommacht zu werden. Premierminister Benjamin Netanjahu ist sogar überzeugt, dass eine solche Bombe nicht nur die Existenz Israels bedrohte, sondern „die Welt verändern“ und zu einem gefährlichen atomaren Rüstungswettlauf in der Region führen würde. Mit solchen Sorgen steht Netanjahu längst nicht allein da. Vor den hegemonialen Bestrebungen des Iran fürchten sich auch Länder wie Saudi-Arabien, die Golfstaaten und der Irak. Während man im Westen vor allem die Vorteile des von den USA ausgehandelten Abkommens mit Teheran gepriesen hat, richtet man in der Region das Augenmerk auf dessen lange Terrorarme, die etwa in Syrien oder im Jemen mit am Werk sind.

„Bitachon“ – hebräisch für „Sicherheit“ – gehört zu jenen Wörtern, die für Israelis eine besondere Bedeutung haben. Jedes Kind ist an die Türsteher vor der Schule, dem Kino und dem Supermarkt gewöhnt, die einen genauen Blick auf die Besucher und in deren Taschen werfen. Steht irgendwo ein verlassenes „Objekt“ herum, dauert es nicht lange, bis Passanten die Polizei rufen, die dann vorsichtshalber erst einmal das Gebiet abriegelt, bevor sie feststellen lässt, ob sich in dem verdächtigen Gegenstand Sprengstoff verbirgt.

Seit jeher gehören Gefahren zum Leben in Israel, was die Menschen aber nie daran gehindert hat, am Alltag festzuhalten. „Trotz allem Normalität“, heißt die Devise. Nach Anschlägen sieht das Straßenbild wenig später wieder aus wie zuvor; wenn im Norden oder Süden Raketen fallen, funktioniert das Landeszentrum wie gewohnt. Und in Tel Aviv funktionierten die Schulen trotz Raketenalarm im November 2012 normal weiter.

Auch – oder gerade – in Ausnahmezuständen legen die Israelis eine betonte Gelassenheit an den Tag. Das wurde ihnen schon während ihres Militärdienstes beigebracht: In Panik zu verfallen, gilt in der Armee als besonders kontraproduktiv. Man sollte sich durchaus fragen, wie sich Deutsche oder Franzosen verhalten würden, wären sie auf Dauer ähnlichen Bedrohungen ausgesetzt. Zwei konkrete Beispiele: In Israel gab es zwischen 2000 und 2004 durchschnittlich an jedem zehnten Tag ein Selbstmordattentat und täglich zehn Anschläge mit Schusswaffen. In Sderot und Umgebung gehört es für die Menschen seit vielen Jahren zur Routine, sich bei Luftschutzalarm in weniger als zwanzig Sekunden in Sicherheit zu bringen. Solchen Terror zu erleben, ist etwas grundsätzlich anderes, als ihn aus sicherer Entfernung zu kommentieren.

Die Hamas wurde 1987 von Scheich Achmed Jassin im Gazastreifen gegründet und entwickelte sich rasch zur einflussreichsten radikalen islamischen Organisation in den besetzten Gebieten. Übersetzt bedeutet Hamas „Glaubenseifer“, zugleich ist der Name eine arabische Abkürzung für „Islamische Befreiungsbewegung“.

Die Hamas, die von Syrien und dem Iran unterstützt wird, negiert das Existenzrecht Israels, lehnt die Zweistaatenlösung ab und fordert ein auf islamischen Gesetzen beruhendes Gemeinwesen in Palästina. Ihr militärischer Arm kämpft gegen Israel mit Selbstmordattentaten und Raketenangriffen. Zugleich agiert sie als eine Art Wohlfahrtsorganisation in den besetzten Gebieten.

Die Hamas verstand sich von Anfang an als Alternative zur PLO. Mit dem Abschluss der Osloer Verträge 1993 /1995 machte sich die PLO unter Jassir Arafat in den Augen der Hamas zur Verräterin an der palästinensischen und islamischen Sache. Mit zahlreichen Terroranschlägen in Israel versuchte die Hamas durchaus erfolgreich, den Friedensprozess zu untergraben.

2005 wurde die Hamas zu einer Partei. Bei den Wahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten im Januar 2006 errang sie die absolute Mehrheit, bildete aber unter internationalem Druck eine Regierung der nationalen Einheit mit der Fatah. Im Juni 2007 brachte sie den Gazastreifen gewaltsam unter ihre Kontrolle. Seither sind die palästinensischen Autonomiegebiete politisch in den von der Hamas beherrschten Gazastreifen und das von der Fatah regierte Westjordanland gespalten.

International ist die Hamas nicht anerkannt, die EU und zahlreiche Staaten wie die USA, Australien und Kanada stufen sie als Terrororganisation ein.

Nicole Alexander

— Hisbollah

Die Hisbollah ist eine militante schiitische Gruppierung im Libanon, die sich dem Kampf gegen den Staat Israel und der Unterstützung der Palästinenser verschworen hat.

Der Name bedeutet »Partei Gottes«. Die antiwestliche Hisbollah wurde nach dem Einmarsch Israels in den Libanon 1982 auf Betreiben des Irans gegründet mit dem Ziel, die israelische Besatzung zu bekämpfen.

Als oberste geistliche Autorität wird der iranische Ajatollah Chamenei angesehen, politischer Führer der Hisbollah ist Scheich Hassan Nasrallah, der auch den Oberbefehl über die Milizen der Gruppierung hat. Ihre Stärke im Libanon leitet sich aus dem hohen Bevölkerungsanteil der Schiiten (35 bis 50 Prozent) ab.

Nach dem Abzug der israelischen Armee aus der Sicherheitszone im Südlibanon im Mai 2000 übernahm die Hisbollah, die von Syrien und dem Iran unterstützt wird, die Kontrolle über das Gebiet, von wo aus sie immer wieder Angriffe auf israelische Ziele unternahm. Erst mit dem Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon nach dem zweiten Libanonkrieg vom Sommer 2006 kam es nur noch selten zu Attacken.

1985 wurde die Hisbollah zur Partei und seit 1992 ist sie im libanesischen Parlament vertreten. Seit 2005 war sie mehrmals an der Regierung beteiligt. Außerdem agiert sie, ähnlich wie die Hamas in den palästinensischen Gebieten, als eine Art Wohlfahrtsorganisation.

Der Umgang mit der Hisbollah ist umstritten. Die USA, Kanada und Israel stufen sie als Terrororganisation ein, ebenso wie im März 2016 die Arabische Liga. Die EU führt seit Juli 2013 den militärischen Arm, die Hisbollah-Miliz, in ihrer Liste der Terrororganisationen.

Nicole Alexander

Sperranlage

Im europäischen Visier ist dabei besonders die sogenannte Sperranlage, die Israels Regierung zum Schutz vor Selbstmordattentätern aus dem Westjordanland errichten ließ. Die Sperranlage, mit deren Bau im Juli 2003 begonnen wurde, ist zum Großteil ein Zaun, manchmal aber auch ein Betonmonster, das an manchen Stellen tief durch palästinensisches Gebiet schneidet. Umstritten ist vor allem der Verlauf – eben nicht entlang der Grünen Linie, die Israel vom Westjordanland trennt, sondern in schlängelnder Form um so manche israelische Siedlung herum. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag sieht darin einen Verstoß gegen internationales Recht.

Die Initiatoren kamen allerdings aus dem linken politischen Spektrum. Denn nur wenn der Terror aufhöre, so ihr Argument während der zweiten Intifada im Herbst 2000, hätten Leute wie sie überhaupt wieder eine Chance, bei der Bevölkerung Unterstützung für erneute Friedensgespräche zu bekommen. Die rechten Parteien hingegen stemmten sich anfangs gegen das Projekt, weil sie darin – trotz aller Beteuerungen, es handle sich nicht um eine politische Grenze – die Preisgabe des Gebiets jenseits des Zauns und damit auch der dortigen jüdischen Siedlungen sahen.

Doch der Druck der Bevölkerung wuchs, und so blieb der rechten Regierung unter Premierminister Ariel Scharon nichts anderes übrig, als sich auf diese Weise von den Palästinensern zu trennen. An mehreren Stellen wurde mittlerweile der Verlauf des Zauns, der etwa zwölf Prozent des Westjordanlands vom palästinensischen Territorium abtrennt und viele Dörfer von ihren Feldern abschneidet, nach Entscheidungen des israelischen Obersten Gerichtshofs, der auch von den Palästinensern in den besetzten Gebieten angerufen werden kann, korrigiert. In manchen Zeitungskarikaturen tauchte die mehr als 700 Kilometer lange Sperranlage deshalb auch schon als ein mobiles Gebilde auf Rädern auf. Die geplante Länge beläuft sich auf rund 650 Kilometer, wobei 20 Prozent noch nicht gebaut sind.



Im Juni 2002 starben bei diesem Selbstmordattentat in Jerusalem 18 Menschen, unter ihnen Jugendliche auf dem Weg zur Schule. Zum Schutz vor solchen Anschlägen errichteten die Israelis die Sperranlage, ...



... die international umstritten ist und an dieser Stelle nahe Jerusalem das palästinensische Flüchtlingslager Schuafat von dem benachbarten jüdischen Pisgat Seev trennt.

— Leben mit dem Terror

Im Alarmfall bleiben den Einwohnern Tel Avivs 90 Sekunden, um Schutz zu suchen. Entweder in einem Treppenhaus ohne Fenster, im Bunker oder notfalls nur auf dem Boden liegend mit den Armen über dem Kopf. Das wissen auch die Kleinsten schon. Dann wartet man auf den dumpfen Knall. Wobei man nicht unbedingt hören kann, ob die Geschosse vom Abwehrsystem abgefangen werden oder auf dem Boden landen. Die Explosionen klingen ähnlich.

Die Sirenen prägen im Sommer 2014 fünfzig Tage lang den Alltag. Während des mittlerweile dritten Gazakriegs feuert die Hamas 4564 Raketen auf Israel ab. 3641 explodieren auf dem Boden, der Rest wird abgewehrt. Nicht überall und immer kann die Raketenabwehr im Einsatz sein. Das tödliche Schicksal des vierjährigen Daniel Tregerman im Kibbutz an der Grenze zu Gaza wird im kollektiven Gedächtnis bleiben, weil er es nicht rechtzeitig schaffte, innerhalb der 15 Sekunden Warnzeit vom Wohnzimmer in den Schutzraum zu laufen. Er ist einer der sechs zivilen Opfer in Israel. Ein Wunder, dass nicht viel mehr passierte.

Verglichen mit dem Süden leben die Tel Aviver in Luxus. Im Schutz der „Eisernen Kuppel“ müssen sie „nur“ aufpassen, dass nach einer Sirene keine Raketenteile auf sie niederprasseln. Deshalb soll man nach der Explosion noch eine Zeitlang im Versteck ausharren. Andererseits kann man nie ganz sicher sein, ob bei einem ganzen Raketenbündel tatsächlich alle Geschosse abgewehrt werden können.

Das Streben nach Normalität nimmt so ganz unterschiedliche Züge an. Eine Mutter ruft im Schwimmbad an, um zu klären, ob im Alarmfall genug Zeit wäre, aus der Mitte des Beckens in den Bunker zu laufen. Man rät ihr ab. In der Surfgruppe wiederum wird den besorgten Eltern versichert, dass die Kinder sich im Notfall auf die nächste Welle stürzen würden, also noch rechtzeitig aus dem Wasser kämen, um sich bäuchlings mit den Händen über dem Kopf hinter eine Mauer zu legen. Beruhigend ist das nicht. Jedenfalls wissen die Teilnehmer jetzt genau, wie Rauchspuren aussehen, die ein Raketenabschuss hinterlässt. Sie sind weiß und sehen aus wie dünne



Vorbereitung auf den Ernstfall: In Beer Tuvia im Süden Israels zeigt eine Soldatin vom Heimatschutz während einer Übung im Februar 2013, wie die Gasmaskе gehandhabt werden muss.

Wölkchen, sind aber keine. Im Fernsehen wird über die Entdeckung von Terror-Tunnel berichtet, die bis weit in israelisches Territorium hineinreichen. An einem Nachmittag gibt es einen Anschlag auf einen Bus im Zentrum von Tel Aviv.

Trotz der Ferien melden sich die Lehrer per WhatsApp-Gruppe bei den Schülern. Ihre Botschaften sollen beruhigen, aber auch das notwendige Durchhaltevermögen stärken. Den meisten Kindern fällt das Einschlafen schwer. Manche nassen wieder ins Bett. Die Kleinen fragen, ob und wann es wieder eine Sirene geben wird und ob sie jetzt immer so weiterleben müssten. Sie sorgen sich, dass sie nachts nicht aufwachen, wenn die Sirene ertönt. Sie wollen plötzlich bei den Eltern schlafen. Was ist, erkundigen sie sich, wenn sie gerade in der Badewanne sitzen, schaffen sie es dann noch bis ins Treppenhaus zwei Stockwerke tiefer? Macht die Hamas nachts oder am Wochenende manchmal Pause?

Sieben Wochen sind eine lange Zeit. Sie ist geprägt von dem monotonen Tonfall, mit dem die Radioprogramme regelmäßig unterbrochen werden, um einen Alarm zu melden. Einmal versucht ein prominenter Chefkoch, ein Rezept durchzugeben, was schließlich einen Lachanfall beim Moderator auslöst, weil sein Interviewpartner gezwungen ist, immer wieder von vorn mit dem Aufzählen der Zutaten anzufangen. Mit Humor lässt sich der Alltag leichter meistern, der ja durchaus weitergeht und weitergehen muss. Die Israelis sind darin geübt.

Nach draußen ist diese Ambivalenz oft schwer zu vermitteln. Dass man gar nicht so arm dran ist, schon gar nicht verglichen mit der palästinensischen Zivilbevölkerung, die – ironischerweise außer der israelischen Armee – niemand zu verschonen versucht und auch nicht schützen will. Dass man aber trotzdem auf Dauer nicht so leben möchte und leben kann. Dass all die Vorschläge von links bis rechts in Israel oder aus dem Mund aller möglichen Besserwisser im Ausland vielleicht den Schlüssel zu einer besseren Zukunft parat halten, vielleicht aber auch nicht.

Gisela Dachs

Rufe nach einer Schließung der noch bestehenden Lücken werden immer dann laut, wenn palästinensische Attentäter aus dem Westjordanland in Israel Anschläge verüben. So mahnte Premierminister Benjamin Netanjahu nach einer Welle von Messerattacken im Februar 2016 an, die Barriere zu vervollständigen. Zugleich schlug er vor, ganz Israel mit einem Sicherheitszaun zu umgeben, um es vor Eindringlingen zu schützen. Damit stieß er jedoch im Ausland wie auch in Israel auf Kritik.

Im Sicherheitsestablishment aber ist man sich sicher: Der Zaun hat sich als wirksames Mittel gegen Terror erwiesen. Ein in der Bevölkerung oft zitierter Spruch lautet: Ein Zaun oder eine Mauer lasse sich wieder abreißen, von Bomben zerfetzte Menschen hingegen nicht wieder zum Leben erwecken. Und moderate israelische Politiker sehen in der Sperranlage zudem ein wichtiges politisches Signal, weil sie ja eine Teilung des Landes grundsätz-

lich vorweggenommen habe. Sie argumentieren zudem, dass sich die palästinensische Seite ja im Fall eines künftigen Palästinenserstaates ohnehin an die Vorstellung einer klaren Trennung zwischen beiden Ländern werde gewöhnen müssen. Solche Dilemmata zwischen universalen humanitären Ansprüchen und nationalem Sicherheitsdenken stellen sich für Israel häufig. Über sie wird auch oft in den Medien kritisch debattiert, besonders wenn Beobachter den Eindruck haben, dass militärische Reflexe bei den Abwägungen die Oberhand gewonnen haben; wenn also im Namen von Sicherheit zu leichtfertig mit Menschenrechten umgegangen wird.

Interessant in diesem Zusammenhang aber ist, dass in den vergangenen Jahren zunehmend hochrangige Militärs die Rolle des moralischen Kompasses übernehmen – und damit ein Gegengewicht zu rechtspopulistischen Politikern bilden. Während in den meisten Ländern die politische Klasse das Verteidigungsestablishment überwacht und in seine Schranken verweist, passiert nun in Israel gerade das Gegenteil. Es sind die Armeechefs und die Verantwortlichen für die Geheimdienste, die aggressive Politiker mit Verweis auf Moral und Menschenrechte zu beruhigen suchen.

Sichtbar wurde dieser Konflikt in der Affäre um den Soldaten Elor Azariah vom 24. März 2016. Dieser hatte auf einen auf dem Boden liegenden verwundeten palästinensischen Attentäter, der zuvor auf einen seiner Kameraden eingestochen hatte, geschossen und ihn getötet. Während der Generalstabschef Eisenkott das Verhalten Azariahs als einen Verstoß gegen die „Werte der Armee“ verurteilte, der geahndet werden müsse, stellten sich rechte Politiker hinter Azariah. „Die Soldaten der israelischen Verteidigungskräfte, unsere Kinder, sind mit mörderischen Attacken durch Terroristen konfrontiert, die sie töten wollen. Sie müssen Entscheidungen in Jetzt-Zeit treffen“, konterte Netanjahu, der auch den Vater Azariahs anrief, um ihm beizustehen. Das kam nicht gut an bei den Generälen. Auch in komplexen Situationen dürfe man nicht die Nerven verlieren, hieß es.

Gezielte Tötungen

Ein Diskussionspunkt sind etwa die international umstrittenen sogenannten gezielten Tötungen von Funktionären militanter Organisationen in den besetzten Gebieten – hat Israel das Recht, auf diese Weise einfach Selbstjustiz zu üben? Diese Frage wäre leichter zu verneinen, wenn es die Möglichkeit gäbe, solchen terroristischen Drahtziehern auf legale Weise den Prozess zu machen. Ein Auslieferungsantrag wird da allerdings kaum Erfolg haben. Auch besteht keine Hoffnung, dass der Täter vor ein palästinensisches Gericht gestellt wird.

Was aber ist Israel seinen – ermordeten und lebenden – Bürgerinnen und Bürgern in dieser Hinsicht schuldig? In den asymmetrischen Kriegen gegen die Hisbollah-Miliz und die islamistische Hamas setzt Israel auf Abschreckung: Für einen Angriff auf sein Territorium muss die andere Seite einen hohen Preis bezahlen.

Doch diese Logik geht nicht immer auf. Schließlich setzen die radikalen Milizen ja gerade darauf, dass Bilder von palästinensischen Opfern die Weltöffentlichkeit gegen Israel aufbringen. Jede israelische Regierung weiß, dass sie von ihrer Bevölkerung und dem Rest der Welt für die von ihr verantworteten Toten zur Rechenschaft gezogen werden wird – für unschuldige Palästinenser, die im Kreuzfeuer umkommen, ebenso wie für israelische Soldaten, die auf einer solchen Mission ihr Leben lassen müssen.

Zwei Dimensionen des Terrors

Die Grundfragen lauten: Darf bei solchen Operationen der Tod von unschuldigen Zivilisten mit in Kauf genommen werden? Oder müsste eine solche Militäroperation so gezielt angelegt sein, dass dieses Risiko gegen null geht, auch wenn dadurch die eigenen Soldaten stärker gefährdet werden?

Kann – oder muss nicht sogar? – das in Israel geltende grundsätzliche Folterverbot aufgehoben werden, wenn eine sogenannte tickende Bombe

von einem geplanten Anschlag weiß und dieser durch die Preisgabe dieses Wissens im letzten Moment verhindert werden könnte?

Oder in Bezug auf den Armeedienst im Westjordanland: Wie viel Geduld muss ein 18-jähriger Soldat am Checkpoint aufbringen, wenn sich ihm eine verdächtige Person nähert? Greift er zu früh zur Waffe, könnte er einen Unschuldigen treffen, greift er zu spät nach ihr, besteht die Gefahr, dass er sein eigenes Leben verliert.

Die meisten Israelis wissen, dass der Terror zwei Dimensionen hat. Da ist einmal der israelisch-palästinensische Konflikt, der mit einem Abkommen zumindest offiziell ein Ende finden könnte. Zum anderen aber gibt es fundamentalistische Bedrohungen, die sich ganz generell gegen den Westen richten, als dessen Vorfront Israel immer schon gegolten hat. Beides lässt sich nicht immer so leicht unterscheiden.

Solange aber Israel als Besatzungsmacht definiert bleibt, wird dies seinen noch so legitimen Kampf gegen Terror immer überschatten. Vor allem in Europa herrscht heute die Meinung vor, dass militärische Gewalt nicht der Weg sei, um Konflikte zu lösen, und dass es eine direkte Verbindung zwischen Besatzung und Gewalt gebe. Hinzu kommt, dass sich in den vergangenen Jahren auch die israelische Siedlerjugend und ihre Sympathisanten radikalisiert haben. Mit sogenannten „Preisschild“-Aktionen gerieten arabische Ziele ins Visier, von rassistischen Schmierereien und Brandsätzen in Moscheen bis hin zu vereinzelt mörderischen Anschlägen, die 2015 offiziell als „jüdischer Terror“ deklariert und von der Regierung scharf verurteilt wurden.

— Die Streitkräfte – nationaler Mythos mit Imageproblemen

Den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Außen- und der Innensicht auf die Armee macht eine Frage deutlich, die Touristen den Israelis immer wieder gern stellen: Ob ihnen denn die Anwesenheit von bewaffneten Soldaten im Alltag keine Angst mache? Im Gegenteil, lautet dann die Antwort: „Wir fühlen uns geschützt.“ Außerdem sind die Uniformierten ja ihre Kinder, Ehemänner, Verwandten, Freunde.

Der Militärdienst gehört zum Alltagsleben in Israel. Nirgendwo sind Zivilgesellschaft und Armee so eng miteinander verknüpft wie hier. Der fliegende Wechsel zwischen dem Berufsalltag – etwa als Jurist in einer Rechtsanwaltskanzlei oder als Arzt in einem Krankenhaus – und dem Einsatz als Reservesoldat ist ganz normal.

Die vielen Kriege, der Kampf gegen den Terror und die jahrzehntelange Besetzung der palästinensischen Gebiete haben in der Gesellschaft Spuren hinterlassen und tragen dazu bei, dass die Israelis viel militärischer denken und fühlen, als es die Bürgerinnen und Bürger anderer westlicher Staaten tun, mit denen sie vom Lebensstil her ansonsten durchaus vergleichbar sind.

Zahal – zu Deutsch: Verteidigungsarmee Israels – ist eine Volksarmee. Die Mehrheit der jüdischen Israelis leistet ihren Pflichtwehrdienst ab, der für Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren nun erstmals reduziert wurde. Nach einem Regierungsbeschluss von 2015 sollen männliche Soldaten künftig nur noch zwei Jahre und acht Monate dienen. Wer allerdings zu den Spezialkräften und Eliteeinheiten will, muss sich weiterhin für volle drei Jahre melden. Der Wehrdienst für Frauen zwischen 18 und 26 Jahren wurde hingegen von bisher 24 Monaten auf 28 Monate verlängert. Für Soldatinnen in Kampfeinheiten dauert der Dienst ebenfalls drei Jahre. Um den Personalmangel auszugleichen, setzt man in Zukunft auch auf Roboter.

— Die Armee in Daten und Zahlen

Die israelische Verteidigungsarmee Zahal (hebräisch; Abkürzung für: Zva Haganah le-Jisrael) wurde am 31. Mai 1948 gegründet. Sie gliedert sich in Heer, Luftwaffe und Marine. Diese sind einem vereinigten Oberkommando unterstellt, dem Generalstab. An seiner Spitze steht der Generalstabschef, der dem Verteidigungsminister verantwortlich ist. Während im Heer sowohl Berufssoldaten als auch Wehrpflichtige dienen, bestehen Luftwaffe und Marine nur aus Berufssoldaten.

Die Truppenstärke der Armee wird von der israelischen Regierung geheim gehalten. Das Institute for National Security Studies (Tel Aviv) gibt die Anzahl der aktiven Soldaten mit 176 500 an. Davon dienten 133 000 beim Heer, 34 000 bei der Luftwaffe und 9500 bei der Marine. Im Kriegsfall kann zudem innerhalb von 24 Stunden knapp eine halbe Million Reservisten mobilisiert werden. Damit hat Israel weltweit den höchsten Anteil von Soldatinnen und Soldaten an der Bevölkerung.

Die allgemeine Wehrpflicht dauert seit 2015 für Männer 32 Monate, für Frauen 28 Monate. Wer wehrpflichtig und -tauglich ist, wird in der Regel mit 18 Jahren eingezogen. Wer allerdings von den Männern zu den Spezialkräften und Eliteeinheiten will, muss wie bisher drei Jahre dienen. Für Soldatinnen in Kampfeinheiten dauert der Dienst ebenfalls drei Jahre.

Im Mai 2016 betrug die Anzahl der „in den Kriegen Israels und durch Terror“ Gefallenen 23 447 Menschen.

Der Verteidigungshaushalt ist traditionell hoch. 2011 belief er sich auf 15 Prozent des Gesamthaushalts. Die Militärausgaben betrugen 12,6 Milliarden Euro. Den Anteil des Wehretats am Bruttoinlandsprodukt bezifferte die Weltbank im gleichen Jahr auf 6,8 Prozent.

Als offenes Geheimnis gilt, dass Israel über Atomwaffen verfügt. Je nach Quelle sollen sich zwischen 100 und 300 Atomsprengköpfe in israelischem Besitz befinden.

Nicole Alexander/Gabi Gumbel

Sie können Aufgaben übernehmen, die bisher von Soldaten bearbeitet werden mussten. So gibt es beispielsweise schon Roboter, die automatisch Schrauben an Flugzeugen lösen und schließen.

Männliche Reservisten werden – je nach Dienstgrad – mehrere Wochen im Jahr und bis zu einem maximalen Alter von 45 Jahren eingezogen. Der Reservedienst betrifft auch unverheiratete bzw. kinderlose Frauen bis zum 24. Lebensjahr.

Die Armeezeit, die in der Regel niemand missen will, gilt als Teil der persönlichen Entwicklung und des Alltags. Wer aus Gewissensgründen verweigert, muss ins Gefängnis. Alternativen sind bisher nicht vorgesehen. Dennoch ist es heute viel leichter als früher, um den Wehrdienst herumzukommen – nur knapp 78 Prozent der jungen jüdischen Männer werden gegenwärtig tatsächlich eingezogen.



Die Israelis sind an die Präsenz bewaffneter Soldaten und Soldatinnen gewöhnt: Szene in der Sheinkin Straße in Tel Aviv.



Zu den Aufgaben der israelischen Soldaten gehört die Kontrolle an den Checkpoints.

Trotzdem bleibt denen, die nicht gedient haben, eine Lücke im Lebenslauf, die manche später bereuen. Das Stigma ist zwar nicht mehr so stark wie einst, aber die Armeezeit kann bei der Jobsuche immer noch entscheidend sein. Denn der Wehrdienst gilt nicht nur als unerlässliche Pflichterfüllung in einem Staat, dessen Bedrohung außer Frage steht. Er ist zugleich auch Teil der Sozialisierung in einem Einwanderungsland. In den israelischen Streitkräften treffen nicht nur die verschiedensten Gesellschaftsschichten aufeinander – europäische und orientalische Juden, Sabres und Einwanderer, arme und reiche Israelis. Hier lernen auch Neuankömmlinge Hebräisch, holen Schulabschlüsse nach oder machen eine Ausbildung.

Verstärkt seit 2012 wird in Israel über eine „Wehrpflicht für alle“ debattiert. Damit sind vor allem junge ultraorthodoxe Männer gemeint, die an Talmudschulen studieren und deshalb bisher (vgl. S. 38) aus historischen

Gründen nicht eingezogen wurden. Zusätzlich wird über die Einführung eines obligatorischen Zivildienstes für alle, die nicht dienen, debattiert. Im Juli 2013 beschloss das israelische Kabinett, dass ab 2017 ultraorthodoxe Männer im Alter von 21 Jahren zum Militär einberufen werden – das Vorhaben wurde jedoch durch die spätere Regierungsbeteiligung ultraorthodoxer Parteien erst einmal gebremst.

Beim israelischen Militär dienen auch israelische Drusen und – auf freiwilliger Basis – Beduinen. Vom Wehrdienst ausgenommen sind die arabischen Israelis. Zwar könnten sie freiwillig dienen, was sie vereinzelt auch tun. Allerdings stellt dies in doppelter Hinsicht ein Problem dar. Zum einen betrachtet sie die Armee als Sicherheitsrisiko, zum anderen gelten sie in der arabischen Gesellschaft Israels als Verräter.

Wer jedoch nicht gedient hat, muss damit rechnen, nicht überall einen Job zu bekommen – oder seine Arbeit sogar zu verlieren. So entließ die israelische Eisenbahnbehörde im April 2009 vierzig arabische Arbeiter, weil nach einer damals neuen Regelung nur noch Israelis, die Armeedienst geleistet hatten, als Schienenwärter arbeiten sollten. Dieser Beschluss, der auch Wehrdienstverweigerer und Späteinwanderer betroffen hätte, wurde allerdings vor Gericht für unzulässig erklärt und die Entlassung daraufhin zurückgenommen.

Die Armeezeit öffnet auch Türen zu wichtigen Karrieren. So werden hier Netzwerke geknüpft, die oft ein Leben lang halten und später im Beruf hilfreich sein können. Das gilt vor allem für die Hightechindustrie. Und vielen hochrangigen Berufsoffizieren wiederum diente ihre Position in der Armee als Sprungbrett in die große Politik. Diese Verbindung hat allerdings in den vergangenen Jahren nachgelassen. In der Knesset 2013 saßen jedenfalls noch nie so viele Abgeordnete mit zivilem Hintergrund. Prominente Figuren, die sich als Militär einen Namen gemacht haben, bleiben aber potenzielle Kandidaten für das Amt des Premierministers. Darunter

[...] Seit vier Jahrzehnten müssen junge Israelis in Uniform nicht nur ihren Staat vor Terroristen schützen, sondern leisten auch ihren Beitrag zur Besatzung der palästinensischen Zivilbevölkerung. Offiziell müssen sie dabei der Doktrin der Streitkräfte folgen. Dort steht: „Angehörige der Zahal benutzen ihre Waffen nur im Sinne ihres Auftrages und nur im notwendigen Maß. Sie behalten ihre Menschlichkeit selbst im Kampf. [...]“

Hebre Ideale – doch zweifeln heute viele, ob die Armee diesem Anspruch noch gerecht werden kann. Wenn aber eine Armee ihren moralischen Kompass verliere, sei es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Gesellschaft verrohe, fürchtet Jael Pas-Melamed, eine linksliberale Kolumnistin der Tageszeitung „Maariv“. „In dieser Checkpoint-Kultur sind die Soldaten allmächtig. Das Westjordanland ist eine Umgebung, in der es für jede etwas komplizierte Situation menschlichen Zusammenlebens eine gewaltsame Lösung gibt.“ Den Arabern könne man ja mal zeigen, was ein richtiger Mann sei. Nach ihrer Entlassung aus der Armee würden diese ehemaligen Soldaten es dann ebenjenen Mitbürgern zeigen, die den gleichen Parkplatz wollten oder es auf den bequemeren Liegestuhl am Strand abgesehen hätten.*

„So ist das in einem Besatzungsregime: Es macht aus guten Menschen erhebelich weniger gute“, schrieb Pas-Melamed in einem ihrer Artikel. Es werde Zeit, dass die Armee sich dieser Probleme annehme, sonst müsse die israelische Gesellschaft sich bald vor sich selbst fürchten, prophezeite sie düster.

[...] Niemand könne wirklich wissen, welche Auswirkungen der Militärdienst und die Besatzungspolitik auf die Gesellschaft wirklich hätten, sagt die Psychologin Nufar Jischai-Karin. Denn ist der lebensgefährliche Fahrstil der Israelis auf die Besatzung zurückzuführen? In Rom und Mexiko-Stadt werde nämlich auch nicht besser Auto gefahren – ohne Besatzung. Es spielten dabei einfach zu viele Faktoren eine Rolle. Dennoch: „Dass viele ehemalige Soldaten unter ihren Erlebnissen leiden – seien es Kriegserinnerungen oder der Dienst in den besetzten Gebieten –, das ist Fakt. Auch die Beteiligten in meinem Bericht klagten über Schlaflosigkeit, Alpträume, Angstzustände und Schuldgefühle.“

Mit ihrer Abschlussarbeit in klinischer Psychologie hat die zurückhaltende junge Frau viel Staub aufgewirbelt. Im Rahmen ihres Militärdienstes wurde sie 1990 im damals noch besetzten Gazastreifen als Beraterin eingesetzt, die Soldaten bei ihren Problemen helfen sollte. Schon damals habe sie gesehen, wie willkürliche Gewalt Teil des Alltags der Soldaten wurde, erzählt sie. [...] Für ihre Studie führte sie lange Gespräche mit 21 Soldaten, die sie aus ihrer Militärzeit kannte. [...]

Was sie ihr erzählten, war furchtbar: „Das Wichtigste ist, wie die Last des Gesetzes von dir abfällt“, zitiert sie einen Soldaten. „Du hast das Gefühl, du seist das Gesetz. Du bist das Gesetz. Du entscheidest. Du bist Gott.“ [...] Jischai-Karin kam in ihrem Bericht zu einem schrecklichen Schluss: „An einem bestimmten Punkt ihres Militärdienstes hat die Mehrheit der Befragten es genossen, anderen Gewalt zuzufügen.“

Die Gründe dafür folgten durchaus normalen psychologischen Verhaltensmustern: „Gewalttätiges Verhalten war eine Möglichkeit, aus der Routine auszubrechen. Außerdem hatte die Armee die Truppen einfach sich selbst überlassen, sie waren viel zu lange ohne Training im Einsatz. Die Situation ermöglichte, ja provozierte solches Verhalten.“ An dem Verhalten der Soldaten sei deshalb an sich nichts Überraschendes. „Sie haben weder von vornherein ein höheres Gewaltpotenzial als andere Menschen, noch sind sie psychologisch resistenter gegen diese traumatischen Ereignisse, selbst wenn sie Täter sind.“

Solche Erkenntnisse schrecken die israelische Gesellschaft nicht zuletzt deshalb auf, weil die Zahal eine wahre Volksarmee ist. [...] Auch die Eltern von Jonathan W. wissen nichts von dem, was er in seiner Armeezeit getan und gesehen hat. Sie wissen auch nicht, dass er sich irgendwann [...] an die Organisation Schowrim Schtika (Das Schweigen brechen) gewendet hat, um das Erlebte zu Protokoll zu geben. Mehr als 500 Zeugnisse von Soldaten hat Schowrim Schtika mittlerweile gesammelt. Es sind fürchterliche Geschichten darunter. „Immerhin war ich nicht gewalttätig“, versichert Jonathan [...] Doch nicht aus dem Sinn gehen ihm die Augen eines kleinen Mädchens, das eines Tages mit seiner Puppe den Checkpoint durchqueren wollte: „Ich kann nicht erklären, was mit mir passierte. Ich musste die

Puppe natürlich auf Sprengstoff kontrollieren, das ist notwendig. Aber die Puppe war aus Stoff und ganz weich, und es war deutlich, dass da nichts drin war, und da habe ich trotzdem ein Messer genommen und ihr den Kopf abgeschnitten.“

Er schweigt. „Ich war 19 oder so und war von mir selbst schockiert. Seitdem weiß ich, dass hier nichts so eindeutig ist, wie man denkt. Ich bin ein Zweifler.“ Zweifler aber seien in Kriegszeiten nicht sehr gefragt. [...]

*Michael Borgstede, „Der Preis des Krieges“,
in: Die Welt vom 13. Januar 2009*

** Maariv erscheint mittlerweile
nur noch online;
zudem gibt es noch eine
gedruckte Wochenendausgabe.*

der ehemalige Generalstabschef und Verteidigungsminister Moshe Ya'alon, der nach seinem forcierten Rücktritt 2016 ankündigte, ganz oben wieder Verantwortung übernehmen zu wollen.

Risse in der glänzenden Fassade

Nachdem deutsche Offiziersanwärter bei einem Israelaufenthalt zwei Wochen mit Bodentruppen-Einheiten verbracht hatten, waren sie beeindruckt von der „hohen Motivation“ der Wehrpflichtigen. Außerdem fiel ihnen auf, dass viele Soldaten häufig per Handy mit ihren Müttern telefonierten. In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung Israels wurde die Armee unhinterfragt verehrt und dadurch gleichsam zum Mythos. Heute muss sie sich kritische Fragen gefallen lassen. „Die Medien von heute lassen nicht mehr zu, dass der Preis eines Krieges vor der Öffentlichkeit versteckt werden kann“, sagt der Soziologe Jaron Esrachi. „Das macht jeden einzelnen Gegner eines offenbar unnötigen Krieges viel effektiver.“

Schon in den 1990er-Jahren hatte die glänzende Fassade Risse bekommen, weil sich immer mehr Rekruten und Reservisten einfach nicht mit ihrer Rolle als Besatzungssoldaten in den seit 1967 von Israel kontrollierten palästinensischen Gebieten identifizieren konnten. Solche Stimmen

werden gehört, vor allem wenn sie wie im Fall des berühmten „Pilotenprotestbriefs“ vom September 2003, in dem 27 Reservisten der Luftwaffe die „zivilen Kollateralschäden“ bei Vergeltungsschlägen gegen Funktionäre militanter Organisationen wie der Hamas anprangerten, von prestigeträchtigen Armeeteilen stammen. Eine wichtige und zunehmend umstrittene Rolle spielt heute die Nichtregierungsorganisation Showrim Sticka (Das Schweigen brechen). Sie fordert Soldaten dazu auf, von ihren eigenen Erfahrungen und Übergriffen in den besetzten Gebieten zu berichten. Während sich die Organisation zunächst der Aufmerksamkeit einer breiten Bevölkerung sicher sein konnte, stieß ihr Engagement in den vergangenen Jahren immer mehr auf Kritik, auch weil viele ihrer Aktivitäten zunehmend vor einem fremden Publikum im Ausland stattfanden.

Neue Herausforderungen

Dass die Armee heute ganz neuen Herausforderungen – in asymmetrischen Kriegen gegen gut gerüstete Milizen – gegenübersteht, hat die militärische Auseinandersetzung 2006 gegen den Libanon gezeigt, in deren Verlauf die Hisbollah den Raketenbeschuss mehrerer Städte im Norden Israels wochenlang fortsetzte und eine Million Israelis zur Flucht ins Innere des Landes oder in die Bunker zwang. Nach einer harschen Kritik am Missmanagement dieses Krieges waren dann aber die verantwortlichen Militärs viel rückttritts- und reformwilliger als die politischen Instanzen, die ebenfalls in Verruf geraten waren. Es ging darum, sich so schnell und effektiv wie möglich zu rehabilitieren. Denn ohne das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger kann die Armee nicht funktionieren.

— Israel und Deutschland – schwieriges Verhältnis auf Entspannungskurs

In den israelischen Altersheimen ist der Holocaust alles andere als ein Kapitel in den Geschichtsbüchern. Da ist etwa Chanja S. aus Polen, die nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager Auschwitz ins Land kam. Als sie ihren 95. Geburtstag in Ramat Gan bei Tel Aviv feierte und ihre wenigen Verwandten zu Besuch kamen, freute sie sich besonders über die kleinen Gäste. Denn sie selbst konnte keine Kinder bekommen. Daran ist der KZ-Arzt und NS-Kriegsverbrecher Josef Mengele schuld, der an ihrem Körper und dem ihres Zwillingbruders grausam experimentiert hat.

Kein Geld der Welt vermag solche Verbrechen wieder gutzumachen – es kann allenfalls die problematischen Lebensumstände lindern. Darauf zielte das in beiden Ländern umstrittene „Wiedergutmachungsabkommen“ ab, das Bundeskanzler Konrad Adenauer und der israelische Außenminister Mosche Scharett im September 1952 in Luxemburg unterzeichneten. Es bildete zugleich den Grundstein dafür, dass sich mit den Jahren – über die Gräben des Holocaust hinweg – erstaunlich gute und stabile bilaterale Beziehungen entwickeln konnten. So gilt Deutschland in Israel heute sogar als zweitwichtigster Verbündeter – gleich nach den USA.

Das bedeutet aber nicht, dass die Beziehungen „normal“ seien. Vielmehr hat sich das schwierige Verhältnis mittlerweile entspannt. Wie sehr sogar, mag eine Fernsehwerbung der israelischen Fluggesellschaft El Al von Juni 2008 illustrieren. Zu sehen war ein offensichtlich schwuler Israeli, der im Bademantel und mit Schoßhund auf dem Sofa sitzt und über die Bedrohung durch die Hisbollah im Norden und die Hamas im Süden klagt. „Da habe ich doch einfach Lust, nach Berlin zu fliegen“, sagt er.

Die deutsche Fluggesellschaft Lufthansa, die bei den Israelis mittlerweile sehr beliebt ist, hätte sich das sicherlich nicht getraut. Und auch viele



Grundstein für die deutsch-israelischen Beziehungen: die Unterzeichnung des „Wiedergutmachungsabkommens“ am 10. September 1952 in Luxemburg

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo / SZ Photo



Musik- und Filmprojekt von Jugendlichen aus Deutschland und Israel, organisiert von interkult unterwegs e.V., Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. und der Ironi Alef High School, Tel Aviv

Foto: ConAct

Deutsche, die zunächst eine gewisse Scheu hatten, nach Israel zu reisen, sind immer wieder erstaunt, wie freundlich und offen ihnen auch – oder gerade – ältere Israelis begegnen.

Diese kämen sicher nicht auf die Idee, ihnen persönlich irgendwelche Schuld anzulasten – sofern sie nicht schon so alt sind, dass sie die Nazizeit bewusst miterlebt haben, aber solche Besucher sind ja heutzutage selten. Auch Chanja S. spricht bis heute gern Deutsch, das sie als Tochter aus polnisch-jüdischem Hause, in dem die deutsche Sprache und Kultur traditionell gepflegt wurden, natürlich gut kann.

Außenstehende mag es überraschen, wie selbstverständlich der Umgang miteinander geworden ist. Zumindest an der Oberfläche. Wer am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, zum Empfang des deutschen Botschafters kommt, muss mit einem großen Andrang rechnen. Vielen israelischen Führungskräften gilt Deutschland heute politisch und wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch als zweitwichtigster Partner nach den USA. Es gibt mittlerweile über hundert Städte- und Kreispartnerschaften, einen regen Jugendaustausch und Reisebetrieb sowie sehr enge kulturelle und zivilgesellschaftliche Verbindungen.

Die alten Jeckes unter den Gästen aber werden von Jahr zu Jahr weniger. Das sind jene Juden aus Deutschland, die viel zu dem Brückenschlag beigetragen haben. Die meisten haben an der Sprache und Kultur ihrer einstigen Heimat festgehalten, freuen sich über deutsche Besucher und wissen genau zwischen dem Deutschland von damals und heute zu unterscheiden. Wer jedoch in die Zukunft blickt, muss sich das Verhalten der jüngeren Israelis näher ansehen.

Ein Gradmesser ist ihr neuer Drang, Deutsch zu lernen. Wer am Abend kurz vor Beginn der Sprachkurse die geschwungene Treppe zum Tel Aviver Goethe-Institut hinaufsteigt, wird empfangen von einer bunten

— „Wiedergutmachungsabkommen“

Im September 1951 bekannte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) vor dem Deutschen Bundestag zu Schuld und Verantwortung des deutschen Volkes an den NS-Verbrechen sowie zur prinzipiellen Verpflichtung der Bundesrepublik zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung gegenüber Israel und dem jüdischen Volk.

Ein Jahr später unterzeichneten Adenauer und der israelische Außenminister Mosche Scharett das Luxemburger Abkommen, das auch als „Wiedergutmachungsabkommen“ bezeichnet wird, in Israel spricht man vom Reparationsabkommen. Darin verpflichtete sich die Bundesrepublik zu Zahlungen in Höhe von drei Milliarden DM, die vor allem in Form von Warenlieferungen innerhalb von zwölf Jahren an Israel geleistet werden sollten. Am gleichen Tag wurde mit dem Dachverband der jüdischen Diaspora, der „Jewish Claims Conference“, ein Übereinkommen über die Zahlung von 450 Millionen DM geschlossen.

Das Abkommen war auf beiden Seiten umstritten. 80 Prozent der Israelis lehnten es ab. Die Opposition warf Ministerpräsident David Ben Gurion vor, mit der Annahme des „Blutgeldes“ aus Deutschland die Würde der Opfer zu missachten. Doch der hielt an dem Übereinkommen fest, da der junge Staat für seinen Aufbau auf die Zahlungen aus Deutschland dringend angewiesen war.

Deutsche Kritiker auch aus der Regierungskoalition argumentierten, Israel habe kein Recht auf Entschädigung, da es während der NS-Herrschaft noch gar nicht existiert habe. Fast die Hälfte der Deutschen hielt das Abkommen zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung für überflüssig, lediglich elf Prozent fanden es richtig. Nur mit den Stimmen der sozialdemokratischen Opposition gelang es Adenauer, am 18. März 1953 im Bundestag eine knappe Mehrheit für die Ratifizierung des Abkommens zu bekommen. Wenige Monate später fanden die ersten Warenlieferungen nach Israel statt. Zugleich begann die Bundesrepublik mit der Zahlung direkter Entschädigungsgelder und Renten an Überlebende des Holocaust.

Nicole Alexander

Gruppe junger Israelis, die alle ihre ganz persönlichen Gründe haben, hier zu sein. Alex, 27 Jahre alt, ist Pianist und will sich an einer Hochschule für Musik in Deutschland auf eine internationale Karriere vorbereiten. Der 20-jährige Tal macht noch seinen Armeedienst und will einfach eine zusätzliche Sprache lernen. Er möchte Biologie studieren, aber erst später. Vorher will er erst einmal „herausfinden, wie es woanders ist, und dann vielleicht sogar dort bleiben. Wer weiß.“ Berlin hat er während eines Studentenaustauschs kennengelernt. Für ihn ist das heute die Hauptstadt Europas.

Jahrelang galt es als Herausforderung, die junge Generation in Israel für deutsche Themen zu interessieren. Das sei mittlerweile anders, betont Amos Dolav, Programmdirektor des Goethe-Instituts. Denn die Berührungssängste würden allmählich verschwinden. Den Grund sieht er in der – in den 1990er-Jahren – entspannteren politischen Lage und in der Globalisierung. „Nicht zuletzt das Kabelfernsehen hat Israel weltoffener, was eben auch heißt, Deutschland gegenüber offener gemacht.“ Dazu trägt auch bei, dass junge Israelis heute, sofern sie es sich leisten können, nach dem Armeedienst zu ihrer sogenannten großen Reise aufbrechen. Diese führt sie in der Regel nach Indien oder Südamerika, wo sie nicht selten zum ersten Mal auch auf deutsche Gleichaltrige treffen.

Die Geschichte des besonderen deutsch-israelischen Verhältnisses spiegelt auch die jeweiligen Veränderungen innerhalb der beiden Gesellschaften wider: Ob es um den Umgang mit der Vergangenheit geht, um die Rolle des Holocausts im nationalen Selbstverständnis, die sich wandelnde eigene Identität oder den Einfluss des europäischen Einigungsprozesses.

Was Israelis und Deutsche somit nach dem Krieg – wenn auch aus entgegengesetzter Perspektive – einte, war ein kollektives und privates Schweigen hinsichtlich der Vergangenheit. Das israelische Establishment hatte in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung kein Ohr für Verfolgungs-

geschichten. Man wollte kein Opfer mehr sein und alle Kräfte nutzen, um eine neue Identität aufzubauen und in die Zukunft zu blicken.

Den Überlebenden war es ohnehin lange schwergefallen, über diese Zeit zu reden. Erst im Alter verspüren manche den Drang, ihre Erlebnisse doch noch der Nachwelt zu vermitteln. Was sie mit ihren Kindern nicht taten, holen sie mit den Enkeln nach (siehe auch Seite 145).

Je mehr Zeit verstreicht, desto wichtiger wird in Israel die Erinnerung an den Holocaust. So nimmt der alljährliche Holocaustgedenktag seit den frühen 1990er-Jahren eine zentrale Stelle im Bewusstsein jüngerer Israelis ein – und zwar selbst unter jenen jungen israelischen Juden, deren Eltern einst aus arabischen Ländern eingewandert waren. Auch sie identifizieren sich mit der Verfolgungsgeschichte der europäischen Juden.

Aber das gewachsene Interesse am Holocaust der Jungen geht nicht mit einer stärkeren Ablehnung Deutschlands einher. Man kauft heute ohne Zögern deutsche Waren, begeistert sich für deutschen Fußball, der – wie bei der Weltmeisterschaft 2014 – bei Public Viewings mit flatternden deutschen Fahnen übertragen wird. In der deutsch-israelischen DJ-Szene werden per Internetübertragung zusammen Partys gefeiert, Gastauftritte deutscher DJs in Israel und israelischer in Deutschland gehören dazu. In den Kinos wurden in den letzten Jahren viele deutsche Filme gezeigt, nicht im Nischenprogramm, sondern als Teil einer Hitliste. Deutschland, neben Berlin insbesondere der Schwarzwald, gehört auch mit zu den beliebtesten Reisezielen.

Vier Flugstunden beträgt die Entfernung zwischen Israel und Deutschland. Das kann wenig sein, wenn die jungen Menschen überrascht feststellen, wie ähnlich sie sich im Lebensstil und in ihren Geschmäckern sind. Aber auch eine riesige Distanz, wenn es um die Lehren aus ebenjener Vergangenheit geht, die für beide Seiten so identitätsstiftend sind: Denn wo

Drei Dinge kann ein in Berlin lebender Israeli heutzutage unternehmen: ein Buch in einer reichhaltig ausgestatteten hebräischen Bibliothek ausleihen, seine Kinder mit anderen israelischen Kindern spielen lassen und in einem der zahlreichen israelischen Restaurants der Stadt Hummus essen – um dort vielleicht gleichzeitig die neueste Ausgabe eines hebräischen Magazins zu lesen, das sich mit dem Leben in Berlin beschäftigt.

Fand 2007 ein monatliches Treffen, der sogenannte israelische Tisch, selten mehr als ein Dutzend Teilnehmer, so ist zehn Jahre später der Berlin-Kalender in der Stadt lebender Israelis voll mit Buchvorstellungen, Diskussionsrunden und kulturellen Veranstaltungen.

Diese Entwicklung ist sowohl Spiegelbild als auch Ergebnis der boomenden israelischen Gemeinschaft in Berlin. Von nur einigen hundert Israelis in den 1980er-Jahren stieg die Zahl derer, die die Stadt ihre Heimat nennen, auf rund 15 000 bis 20 000. Die genaue Zahl ist schwer zu schätzen: Viele Israelis leben dort mit ihrem europäischen Reisepass (über den eine große Zahl von ihnen verfügt), und oft ist nicht klar, wer tatsächlich dauerhaft in Berlin wohnt oder wer nur zeitweilig die Stadt besucht, um der Hitze und dem Stress der Sommermonate in Israel zu entfliehen. Der Trend ist aber offensichtlich: „Junge Israelis ziehen direkt von Petach Tikwa, einem kleinen israelischen Vorort, hierher nach Berlin – statt nach Tel Aviv“, berichtete kürzlich Ela Shechter, eine junge israelische Studentin.

Die Gründe, warum Israelis in Scharen nach Berlin ziehen, um dort zu leben, sind vielfältig: Während das Leben in der Heimat immer teurer wird, ist Berlin vergleichsweise erschwinglich geblieben. Während sich Israelis in einigen Ländern aus politischen Gründen möglicherweise nicht willkommen fühlen, empfängt sie Deutschland mit offenen Armen und einer Mischung aus Schuldgefühlen und Faszination. Darüber hinaus gibt es einen ganz pragmatischen Grund: Die deutsche Regierung bewilligt Israelis (und auch anderen) Visa – etwa, um einige Zeit die deutsche Sprache zu lernen oder sich künstlerisch in Deutschland zu betätigen. Andere europäische Länder legen eine wesentlich striktere Einreisepolitik an den Tag.

Sieht man sich die sehr beliebte Facebook-Gruppe „Israelis in Berlin“ durch, fällt einem sofort die Masse an Neuankömmlingen ins Auge. Regelmäßig stößt man auf die Mitteilung: „Wir haben uns entschieden, den Schritt zu tun. Wünscht uns Glück. Und solltet ihr von einer freien Wohnung hören – lasst es uns wissen.“ Manchmal folgt ein Facebook-Post, der den schicksalhaften Gesprächstermin in der Ausländerbehörde beschreibt (oftmals heutzutage in Begleitung eines israelischen Helfers = fixer) oder um Ratschläge zum nachbarschaftlichen Umfeld und zu Mietverträgen bittet. Erfahrene Mitglieder der israelischen Community bieten auf dieser Plattform ihre Hilfe an und erklären den Neuankömmlingen das Leben in Berlin mit seinen „do’s and don’ts“. Die Facebook-Gruppe hat ca. 10 000 Mitglieder.

Durch die stetig wachsende israelische Community und die steigende Zahl an israelischen Touristen ist Berlin im israelischen Verständnis zum Symbol geworden: Es steht für ein erschwingliches Leben, aber auch für den links-orientierten, liberalen Lebensstil, nach dem einige streben.

2014 war ganz Israel in Aufruhr, nachdem ein in Berlin lebender Israeli ein Foto auf Facebook postete: Das Bild zeigte einen Pudding, der in einem deutschen Supermarkt für 19 Cent erhältlich war. Er ähnelte stark dem in Israel hergestellten, sehr beliebten Pudding Milky, für den man dort jedoch 75 Cent ausgeben muss. „The milky affair“ (die Milky-Affäre) trat in Israel eine große öffentliche Debatte los – Patriotismus, die Geschichte Israels und das Thema Zionismus bestimmten die Schlagzeilen. Yair Lapid, ein führender Politiker, beschuldigte junge Israelis, „den einzigen Staat, den die Juden jemals gehabt haben, einfach aufzugeben – für ein paar Annehmlichkeiten in Berlin“. „Geb‘ nach Berlin“ ist in Israel seither zu einem beliebten Schimpfwort gegenüber politisch links stehenden Israelis geworden. Nicht ohne Grund: In einer Umfrage der Hebräischen Universität Jerusalem und der Universität in Wuppertal von 2015 bezeichneten sich 70 Prozent der in Deutschland ansässigen Israelis als „links“.

Derselben Umfrage ist zu entnehmen, dass 80 Prozent der in Deutschland lebenden Israelis sich als „säkular“ einstufen. Dies erklärt möglicherweise den Mangel an Austausch zwischen den Israelis und den in Berlin bestehenden jüdischen Gemeinden. Auch die Sprachbarriere zwischen diesen beiden



Auslöser für Debatten nicht nur über Lebenshaltungskosten, sondern auch über Patriotismus und Zionismus: der »Milky«-Pudding, hier in einem Supermarkt in Sderot

Gruppen spielt hierbei eine Rolle: Die meisten der 20 000 Berliner Juden sind russischsprachig, und viele der Israelis sind gerade erst dabei, Deutsch zu lernen. Nur selten und eher zufällig treffen die beiden Gruppen in Synagogen oder Gemeindezentren aufeinander.

Stattdessen schaffen sich die Israelis in Berlin ihre „eigenen“ Treffpunkte: zum Beispiel das israelische Restaurant Kanaan im nördlichen Randbereich des Prenzlauer Bergs. Bar, der Restaurantmanager, erzählte kürzlich an einem Nachmittag, er habe keinerlei Probleme, neue Mitarbeiter innerhalb der israelischen Gemeinschaft zu finden; auch an israelischen Gästen mangle es nicht: „Du weißt, wie es ist – Israelis wollen sich wie zu Hause fühlen; deshalb kommen sie hierher und essen Hummus.“ Sein Geschäft boomt.

*Assaf Uni lebt als israelischer freier Journalist in Berlin und Tel Aviv
Aus dem Englischen übersetzt.*



Staatspräsident Rivlin verfolgt gemeinsam mit jungen Fußballspielern aus Jerusalem in seiner Residenz das EM-Spiel Deutschland – Slowakei 2016.

Foto: Mark Neymar / GPO / Flash90



Berlin ist für viele junge Israelis zu einem Hotspot geworden. In ihrem Cafe „Gordon“ in Neukölln bieten die beiden israelischen Besitzer und DJs auch Platten ihres Labels an.

Foto: picture alliance / dpa / Jens Kalaene

die Deutschen immer noch gern „Nie wieder Krieg“ rufen, heißt es bei den Israelis „Nie wieder Auschwitz“.

Bei Begegnungen zwischen Israelis und Deutschen stehen die israelische Gegenwart und die deutsche Vergangenheit immer mit im Raum. Das führe dazu, stellt Grischa Alroi-Arloser, israelischer Bundesgeschäftsführer der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung, fest, dass Israelis sich Deutschen gegenüber offener als umgekehrt verhalten, weil sie ihnen im Normalfall „nur“ Vergangenes entgegenhalten können und sie sich bewusst sind, dass es keine persönliche Verantwortung der Nachgeborenen gibt. Deutsche hingegen sind auch einzelnen Israelis gegenüber zunehmend distanziert, weil sie ihnen kollektive Verantwortung für die heutige Politik Israels gegenüber den Palästinensern aufbürden, die in Deutschland oft auf Unverständnis stößt.

Eine andere Ungleichzeitigkeit, die das deutsch-israelische Verhältnis prägt, hat mit der generellen Entwicklung beider Länder im Hinblick auf die Selbstbetrachtung zu tun. Israelis hätten lange den Schild einer „überaus selbstbewussten nationalen Selbsträsentation“ benutzt, schrieb der 2008 verstorbene Psychologe Dan Bar-On, die aber längst eine kritische und schmerzhaft Phase der Neubewertung durchlaufe. Deutschland hingegen könne sein Wiedererstarken als wichtigste wirtschaftliche und politische Macht Europas feiern, nachdem es eine lange Periode internationaler und interner Kritik durchlaufen hat.

Für junge Israelis ist das heutige Berlin, wie im Übrigen auch für viele Gleichaltrige in aller Welt, zu der Metropole schlechthin mutiert. Es gibt unterschiedliche Angaben zu der Zahl der Israeli, die gegenwärtig in der deutschen Hauptstadt leben. Sie wird auf zwischen 17 000 bis 30 000 geschätzt. Viele sind Künstler, aber längst nicht nur. Zu ihnen gehört Dikla Lvinger, die mit 24 dorthin umgezogen ist, wo einst ihr Urgroßvater Erich Magnus als Prokurist beim Ullstein-Verlag beschäftigt war. 1934 floh er ins dama-

lige Palästina. Auf dieser Basis konnte sich seine Urenkelin einen deutschen Pass ausstellen lassen. In Berlin lernt sie erst einmal die Sprache. Jetzt studiert sie Philosophie und Erziehungswissenschaften.

Heute ist also möglich, was vor noch gar nicht allzu langer Zeit völlig undenkbar gewesen wäre. „Das Verdikt gegen das Wort Normalisierung wird brüchig – in Israel“, hat der frühere Leiter des hiesigen Goethe-Instituts Georg Blochmann vorsichtig formuliert. Manchmal fragt man sich, angesichts von so viel Berlin-Begeisterung, ob es sich da nicht um eine Wiederauflage von unerwiderter Liebe handelt?



Das Bauhaus in Dessau beeinflusste weltweit das künstlerische und architektonische Denken und Arbeiten. Häuser im Stil des Bauhauses finden sich auch in Tel Aviv.

Tipp: Das Goethe-Institut macht mit seiner **SPURENSUCHE** Spuren deutsch-israelischer Beziehungen anhand von identifizierbaren Orten in Israel sichtbar, hörbar und erlebbar.

*Unter www.goethe.de/israel/spurensuche können diese Orte besucht werden. Auf der Website gibt es zudem einen Link zur **iPhone-App**, mit der das Projekt mobil wird.*

Die erste Begegnung mit dem Holocaust findet für Israelis im Kindergarten statt. Wenn einmal im Jahr, am Jom Ha Schoah, dem nationalen Holocaustgedenktag, eine Sirene das Land zwei Minuten lang zum Stillstand bringt, stehen auch die Kleinen mit auf. Von Fakten bleiben sie jedoch noch verschont.

Einige Jahre später werden sie dann in der Schule Näheres über jene Vergangenheit erfahren, die sie auf so schreckliche Weise mit den Deutschen verbindet. Das Interesse der Jugendlichen an diesen Geschehnissen ist heute größer denn je. Und je mehr Zeit verstreicht, desto wichtiger ist auch der Platz, den die Erinnerung an den Holocaust in der israelischen Identität einnimmt. Schlagzeilen verursachten 2012 Nachkommen von Überlebenden, nachdem sie sich als Zeichen der Solidarität dieselben KZ-Nummern auf ihren Arm tätowieren ließen.

Erst 1953 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das Yad Vashem in Jerusalem zur offiziellen nationalen Gedenkstätte zur Erinnerung an den Holocaust bestimmte. Zwei Jahre zuvor hatte das israelische Parlament den Beschluss gefasst, einen Gedenktag an die Opfer des Holocaust einzurichten, der seither alljährlich in der Woche zwischen Pessach und Unabhängigkeitstag – also im April oder Anfang Mai – stattfindet. Doch erst 1959 wurde der Jom Ha Schoah gesetzlich als nationaler Gedenktag verankert.

Während noch in den 1970er-Jahren der Unabhängigkeitstag für junge Israelis der bedeutungsvollere Feiertag gewesen sei, so der Psychologieprofessor Dan Bar-On, habe in den frühen 1990er-Jahren der Jom Ha Schoah diese Rolle übernommen – und zwar selbst bei den jungen israelischen Juden, deren Eltern einst aus arabischen Ländern eingewandert sind. Auch sie identifizieren sich mit der Verfolgungsgeschichte der

Yad Vashem ist die zentrale nationale Holocaustgedenkstätte Israels. Sie wurde 1953 durch einen Knessetbeschluss ins Leben gerufen und befindet sich auf dem „Berg der Erinnerung“ im Westen Jerusalems. Der hebräische Ausdruck „Yad Vashem“ bedeutet wörtlich übersetzt „ein Denkmal und ein Name“ und stammt aus dem Buch Jesaja 56,5: „Und denen will ich in meinem Hause und in meinen Mauern ein Denkmal und einen Namen geben.“

Aufgabe der Gedenkstätte ist es, die Geschichte der Juden im Holocaust zu dokumentieren, das Andenken an die sechs Millionen Opfer zu bewahren und durch Veranstaltungen, Projekte, Forschung und Publikationen das Vermächtnis des Holocaust den nächsten Generationen zu übermitteln. Zu dem weitläufigen Komplex gehören verschiedene Denkmalstätten, ein Museum, eine Bibliothek, ein Zentralarchiv und ein Forschungszentrum.

Im März 2005 wurde ein neuer Museumsbau eröffnet, der von dem israelisch-kanadischen Architekten Mosche Safdie entworfen wurde. Das 180 Meter lange, schmale Gebäude stilisiert einen Nagel, der in den „Berg der Erinnerung“ getrieben wurde. Anhand von Videoinstallationen, Exponaten und Fotografien dokumentiert die Ausstellung den Völkermord an den europäischen Juden. Sie mündet in die „Halle der Namen“, in der die Namen und persönlichen Daten der jüdischen Opfer des Holocaust gesammelt werden.

Das zentrale Denkmal in Yad Vashem ist die „Halle der Erinnerung“. In den schwarzen Basaltfußboden des schlichten Baus, der bis auf die ewige Flamme in seiner Mitte leer ist, sind die Namen einiger nationalsozialistischer Konzentrations- und Vernichtungslager eingraviert. Der Weg dorthin führt durch die „Allee der Gerechten unter den Völkern“, die an nicht jüdische Personen und Organisationen erinnert, die unter Lebensgefahr versucht haben, Juden vor dem Holocaust zu bewahren.

Mehr als zwei Millionen Menschen besuchen Yad Vashem pro Jahr. Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos. Im Internet unter www.yadvashem.org.il.

Nicole Alexander



In der „Halle der Namen“ in Yad Vashem erinnern hunderte von Fotos an die ermordeten jüdischen Frauen, Männer und Kinder.

europäischen Juden. Dieser Vorgang belegt den dramatischen Wandel in Israel hinsichtlich der kollektiven Erinnerung an den Holocaust.

Verdrängung der Vergangenheit

Denn lange Zeit herrschte – ähnlich wie in Deutschland – auch in Israel über diese Zeit Schweigen. In den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung hatte das Establishment kein offenes Ohr für grausame Verfolgungsgeschichten. Man wollte eine neue Identität aufbauen, in die Zukunft blicken und vor allem kein Opfer mehr sein. Die Überlebenden blieben aber nicht nur mit ihren Erinnerungen allein und schwiegen, sie mussten sich zudem auch kritische Fragen gefallen lassen wie: „Wieso habt ihr euch wie Lämmer zur Schlachtbank führen lassen?“

Manche hätten ihnen damals sogar misstraut, erzählte der 2011 verstorbene Vorsitzende des Dachverbands der Organisationen der Holocaust-

Eichmann-Prozess



Adolf Eichmann 1961 vor Gericht.

Der SS-Obersturmbannführer Karl Adolf Eichmann war als Leiter des „Judenreferates“ im Reichssicherheitshauptamt einer der Hauptverantwortlichen für die systematische Deportation und Ermordung von etwa sechs Millionen Juden unter der NS-Herrschaft. Im Zuge der „Endlösung der Judenfrage“ organisierte er die Transporte jüdischer Menschen in Konzentrations- und Vernichtungslager in ganz Europa.

Nach Kriegsende flüchtete Eichmann nach Argentinien. Dort wurde er 1960 vom israelischen Geheimdienst aufgespürt, der ihn nach Israel entführte, da es zwischen Israel und Argentinien kein Auslieferungsabkommen gab.

Der Prozess gegen Eichmann fand von April bis Dezember 1961 vor dem Jerusalemer Bezirksgericht unter dem Vorsitz von Mosche Landau statt. Hauptankläger war der israelische Generalstaatsanwalt Gideon Hausner. Der deutsche Anwalt Robert Servatius übernahm Eichmanns Verteidigung. Eichmann, der keinerlei Reue zeigte, wurde in allen 15 Anklagepunkten schuldig gesprochen, zum Tod durch den Strang verurteilt und im Mai 1962 hingerichtet.

Der Eichmann-Prozess, in dessen Verlauf auch Überlebende der Konzentrationslager als Zeugen aussagten, fand große internationale Aufmerksamkeit und führte der Weltöffentlichkeit das Ausmaß der deutschen Schuld vor Augen. Zugleich löste er erstmals seit Kriegsende eine breite Debatte über den Holocaust in der deutschen Öffentlichkeit aus.

Nicole Alexander

überlebenden in Israel, Noah Flug. „Wie konnte es sein, dass sie nicht ermordet wurden wie alle anderen?“ Erst nach dem Eichmann-Prozess 1961, der die erschütternden Zeugenaussagen von Überlebenden der Konzentrationslager via Rundfunk in die Wohnungen hineinrug, verstummten solche Fragen.

Dieser verständnislose Umgang mit der Vergangenheit hatte in Israel Konsequenzen, die bis ins Innere der Familien drangen. Die Überlebenden, die mit ihren Kindern ohnehin nicht gern über ihre Vergangenheit sprachen, verdrängten die Erinnerungen, so gut sie es konnten, gaben aber an ihre Nachkommen ein Unbehagen weiter. Dennoch – oder gerade deswegen – sei der Holocaust immer schon ein zentraler Bestandteil der israelischen Identität gewesen, behauptet der Journalist Pierre Heumann, „eben weil er so krampfhaft in einer vermeintlich kommunikationsfreien Zone versteckt wurde“.

Neu erwachtes Interesse

Heute ist allen bewusst, dass mit den letzten Überlebenden in absehbarer Zeit auch die letzten Zeitzeugen verschwinden werden. Dass man sich heute so stark für ihr Schicksal interessiere, führte Flug auch auf ihre höhere Bedürftigkeit im Alter zurück – und mit einem weltweiten Interesse am Holocaust, das heute viel größer sei als unmittelbar nach 1945: „Welcher deutsche Jugendliche fragte damals schon seinen Vater: Bist du Wächter in Auschwitz gewesen oder warst du in der SS?“

Viele Überlebende füllen das einstige Schweigen gegenüber ihren Kindern heute durch Gespräche mit ihren Enkeln aus. Im hohen Alter verspüren manche plötzlich den Drang, doch noch ihre Erlebnisse für die Nachwelt aufzuschreiben. Und die Wissbegierde der Nachkommen ist groß. Unterstützt wird sie von den Lehrplänen in der Schule. So müssen sich alle Siebtklässler im Rahmen eines halbjährigen Forschungsprojektes mit ihren Wurzeln beschäftigen.



Israelische Schüler vor dem „Denkmal der Deportierten“ in Yad Vashem. Das Interesse der jungen Generation am Holocaust ist heute größer denn je.

Foto: picture alliance/dpa / Jörg Schmitt



Israelische Jugendliche auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz. Ein Besuch der Gedenkstätte ist für junge Israelis ein zutiefst prägendes Erlebnis.

Foto: picture alliance/dpa / Andrzej Grygiel

Fragen wie „Woher kommt meine Familie, wie viele ihrer Mitglieder haben den Holocaust überlebt, wo sind sie jetzt?“ sind Teil der israelischen Identität geworden. Der Literaturkritiker Efraim Sicher sieht darin ein „Erwachsenwerden der israelischen Gesellschaft“. Diese sei überhaupt – anders als früher – heute in der Lage, individuellen Identitäten und Erinnerungen breiten Raum zuzugestehen.

Nicht unumstritten sind in Israel indes die Klassenfahrten nach Auschwitz, die jedes Jahr von rund 25 000 israelischen Jugendlichen unternommen werden. Es handelt sich um ein einschneidendes Erlebnis, das für viele das Verhältnis zum Staat Israel neu prägt. Manche sind von einem solchen Besuch des ehemaligen Vernichtungslagers aber schlichtweg so überfordert, dass es ihnen auch keinen Schutz mehr bietet, wenn sie sich dort in die israelische Flagge einwickeln. In jedem Fall bedeutet diese direkte Verbindung – von der Vernichtung zur rettenden Heimatstätte – ein ganz zentrales Element im heutigen israelischen Selbstverständnis. Solche Fahrten verfolgen auch nationale Ziele wie die Stärkung der Motivation vor der Einberufung in die Armee. Dagegen und noch aus anderen Gründen hat sich nun zumindest an einer Schule – dem historischen Gymnasium Herzylia in Tel Aviv – Widerstand gereg. Deren Leitung und Elternvertretung haben 2016 gemeinsam beschlossen, dass die Jugendlichen des betroffenen Jahrgangs künftig – statt nach Polen – in Israel herumreisen sollen, um die hiesigen Gesellschaftsgruppen aus der Nähe kennenzulernen.



Demonstration gegen den zweiten Libanonkrieg am 21. Juli 2006 in Berlin.
Laut einer Umfrage im Frühjahr 2012 halten 59 Prozent der Deutschen Israel für ein aggressives Land.

Der Betrachter von außen sieht Israel gern durch die Brille seiner eigenen Identität und Vergangenheit. Deshalb reden Europäer, wenn sie den Nahen Osten meinen, häufig über sich selbst. Im Fall der Deutschen liegt es auf der Hand, dass dabei der Holocaust – ausgesprochen oder unausgesprochen – immer präsent ist.

Um den komplexen Nahostkonflikt an sich geht es oft nur bedingt. Die eigene Haltung und Gefühlslage spielen bei der Betrachtung häufig eine wichtigere Rolle als oftmals verwirrende Fakten. Da gibt es den einen Deutschen, der aufgrund der NS-Vergangenheit seines Landes eine besondere Verantwortung gegenüber Israel fühlt und deshalb einseitig Partei für den jüdischen Staat ergreift, und den anderen, der seine historische Unbefangenheit unter Beweis stellen will und Israel daher vorschnell und besserwisserisch verurteilt.

Und es ist längst eine Binsenweisheit, dass sich bei vielen etwa angesichts der umstrittenen israelischen Militäreinsätze in den besetzten Gebieten eine Art Erleichterung einstellt, die auf einer seltsamen Gleichung fußt: Wenn die Israelis Schlimmes tun, dann reduziert das doch die Last, die aufgrund des millionenfachen Mordes an den Juden während der NS-Zeit auf den Deutschen ruht. Hinzu kommt das Gefühl, man selbst habe seine Lektion aus der Geschichte gelernt. Das stärkt das Selbstwertgefühl.

Die Kluft zwischen Betrachter und Betroffenen macht eine Umfrage der EU-Kommission von 2003 deutlich. Danach sahen immerhin 65 Prozent der Deutschen (und 59 Prozent aller Europäer) in Israel „eine Gefahr für den Weltfrieden“. Und einer Umfrage vom Frühjahr 2012 zufolge, die das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Magazins „Stern“ vor der Nahostreise von Bundespräsident Joachim Gauck im Mai 2012 durchführte, sagten 59 Prozent der Befragten, Israel sei ein aggressives Land. 70 Prozent erklärten, es verfolge seine Interessen ohne Rücksicht auf andere Länder und nur 21 Prozent zeigten sich überzeugt, dass die israelische Regierung die Menschenrechte achte. Diese hohen Prozentzahlen lassen sich auf objektive Tatbestände allein nicht zurückführen, vielmehr spielen bei ihrem Zustandekommen Entlastung und Schuldabweisung eine große Rolle.

Die Kritik an Israel wird immer dann besonders laut, wenn es um die Einschätzung von Gefahren und den Umgang damit geht. Die Diskussion um das iranische Atomprogramm, durch das sich Israel in seiner Existenz bedroht sieht, ist nur ein Beispiel. Während Deutschland bisher gegenüber dem Regime in Teheran an einer Politik des „kritischen Dialogs“ festhält, drängt Israel zu Sanktionen gegenüber dem Iran und schließt auch einen Militärschlag nicht aus. Von hier jedoch den Israelis zu unterstellen, sie würden das iranische Volk auslöschen wollen, wie es Günter Grass in einer Umkehrung der Bedrohungslage mit seinem „Israel-Gedicht“ getan hat, ist es ein weiterer Weg, der sich nur durch tiefer liegende Hassmotive erklären lässt.

Aus sicherer Entfernung lassen sich die universalen humanistischen Grundsätze, die viele Deutsche nach dem Holocaust verinnerlicht zu haben glauben, leicht hochhalten und gegebenenfalls eben auch – oder gerade – gegen Israel wenden.

Unterschiedliche Wahrnehmung

Dazu gehört der Versuch von Menschenrechtsorganisationen, israelische Soldaten wegen des Vorwurfs, Kriegsverbrechen begangen zu haben, vor ein internationales Gericht in Europa zu stellen. Als „lawfare“ – eine Abwandlung des englischen Wortes „warfare“ (Kriegsführung), wörtlich übersetzt „Rechtsführung“; gemeint ist die Anwendung des internationalen Rechts als eine Art Waffe – bezeichnen manche israelische Wissenschaftler, die sich mit der heutigen Rolle von NGOs beschäftigen, das Verfahren. Dabei gehe es weniger darum, am Ende eine tatsächliche Verurteilung zu erreichen. Ziel sei es vielmehr, das Thema ununterbrochen in den Medien zu halten.

Der durchschnittliche Israeli erlebt dieses Vorgehen als Doppelmoral. „Die Amerikaner können im Irak einmarschieren, die Russen gegen die Tschetschenen vorgehen und die Nato kann Belgrad bombardieren. Aber über uns will man nach dem Gazakrieg richten“, so eine verbreitete Meinung. Unmut ruft bei vielen Israelis auch die Tatsache hervor, dass ausländische Medien oft erst dann über Raketenangriffe auf israelische Städte durch die Hamas oder Hisbollah berichten, wenn ein israelischer Gegenangriff erfolgte.

Und während in den israelischen Medien frei und kritisch darüber berichtet wird, wenn die eigenen Soldaten offensichtlich Unrecht begehen, stehen die Taktiken ihrer Gegner in ihren Gesellschaften nicht offen zur Debatte. Dabei sind sowohl Hamas als auch Hisbollah Meister in der Inszenierung ihrer vermeintlichen Opferrolle und schrecken auch nicht vor der Haltung zurück: Je mehr Tote im eigenen Lager, desto besser, weil auf diese Weise das Image Israels beschädigt wird. Vermisst wird von vielen Israelis eine ähnliche permanente ausländische Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite in den arabischen Ländern, denn dies würde einen besseren Einblick in all jene Staaten vermitteln, mit denen sie sich in der Region „arrangieren“ müssen.

Wie aber kommt es zu dieser unterschiedlichen Wahrnehmung in Israel einerseits und außerhalb Israels andererseits? Der Philosoph Mosche Halberthal erklärt dies mit der „Kluft zwischen den aktuellen Bildern etwa aus dem

Gazakrieg Anfang 2009 und der geopolitischen Situation. Da steht ein Kamerateam des arabischen Fernsehsenders Al Jazeera am Eingang zum Schifa-Krankenhaus in Gaza und zeigt, wie die Verwundeten hineingebracht werden. Dem ausländischen Fernsehzuschauer vermitteln solche Bilder den Eindruck, dass der Goliath Israel diese armen Leute zerschmettert. Die israelische Sicht ist eine ganz andere. Für die Israelis sind Hamas und Hisbollah, deren Raketen letztlich ganz Israel erreichen können, die Speerspitze einer viel größeren, unsichtbaren Bedrohung. Sie fühlen sich wie der winzige David gegenüber einem immensen muslimischen Goliath. Die Frage ist: Wer ist hier David und wer ist Goliath?“

Die Medien, die sich in ihrer Berichterstattung überwiegend auf den Nahostkonflikt beziehen und andere Aspekte des Lebens in Israel oft außer Acht lassen, spielen also eine große Rolle bei der Wahrnehmung Israels im Ausland.

In Israel sorgt man sich, dass in Zukunft die Grenze zwischen legitimer Kritik an israelischer Politik und gezielten Delegitimierungsversuchen – vor allem auch aus intellektuellen linken Kreisen in Europa – verwischt werden könnte. Dazu gehören Boykottaufrufe gegen eine Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet, zum Teil sogar von israelischen Postzionisten mit unterstützt. Kritisiert wird da im Kern aber nicht nur die Besatzungspolitik, sondern der jüdische Staat als solcher ist im Visier.

Überhaupt erscheint vielen Europäern, die davon ausgehen, dass sie nun endlich veraltete Kategorien wie Kolonialismus, Imperialismus und Nationalismus überwunden und hinter sich gelassen hätten, das zionistische Projekt „eine sichere Heimstätte für die Juden“ als ein „verspätetes Gebilde“.

Sie glauben, wie Hermann Kuhn, Politiker von Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Bremen, 2004 in einem Beitrag mit dem Titel „Israel und Europa: Bestandsaufnahme einer Entfremdung“ analysierte, dass Israel „aus der europäischen Erfolgsgeschichte seit 1945 nichts gelernt hat, das aber alles hätte lernen müssen, weil es ja aus Europa kam und ‚Fleisch von seinem Fleisch‘ ist“. Nur haben die Israelis – im Gegensatz zu den Europäern heute – immer noch ganz

reale Feinde. Israels Existenz ist nach wie vor nicht gesichert. Interessant aber ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass auch die schärfsten europäischen Kritiker eines israelischen Nationalstaates kein Problem mit der Forderung nach einem nationalen Palästinenserstaat haben.

Aber darf man Israel als Deutscher denn überhaupt kritisieren? Diese Frage wird häufig gestellt. In vielen Fällen drückt sie echte Unsicherheit aus. Oft hat sie aber auch rhetorischen Charakter und birgt den unterschwelligen, aber unbegründeten Vorwurf in sich, jeder kritische Einwand würde von israelischer Seite doch nur als Antisemitismus-Beweis abgetan. Denn in der Regel sind es vor allem Tonfall und Wortwahl, die über die Grenze zwischen legitimer Kritik israelischer Politik und – offenem oder verstecktem – Antisemitismus bestimmen.

Der einstige Dissident und heutige Vorsitzende der Jewish Agency, Natan Scharanski, hat hier den aktuellen Diskurs mit geprägt. Er definiert Antisemitismus als ein Überschreiten der Grenze zu den drei Ds: doppelter Standard, Dämonisierung und Delegitimierung. Auf die iranische Bedrohung angewandt liest sich das dann so: Sorge dich nicht um eine iranische Atombombe, diese ist keine Bedrohung, sondern schau dir den jüdischen Staat an, da sitzen die Typen, die gefährlich sind.

Gisela Dachs

Es kommt nicht von ungefähr, dass Israel zu jenen Ländern gehört, in denen besonders viele Auslandsjournalisten tätig sind. Hier spielt sich oft im Kleinen ab, was die Welt im Großen beschäftigt: Das Nebeneinander von Religionen, das Aufeinandertreffen von Orient und Okzident, uralter Tradition und westlicher Moderne, die Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft. In dieser Hinsicht ist Israel eine Art Laboratorium, wo einem vieles bekannt vorkommt, man sich aber auch leicht in der Einschätzung täuschen kann. Denn oft greift das eigene Raster nur begrenzt – so lässt sich eben die arabische Minderheit nur bedingt mit den türkischstämmigen Deutschen vergleichen.

Ähnlich geht es einem mit der Religion. Wie lässt sich erklären, dass Israel im Grunde ein ganz und gar säkularer Staat ist, aber das Oberrabbinat trotzdem darüber entscheidet, wer heiraten darf, und dass manche ultra-orthodoxe Juden den Staat zwar ablehnen, sich aber trotzdem in die Knesset wählen lassen? Ebenso gibt es weltliche Israelis, die furchtbar gern nicht koschere Meeresfrüchte essen, aber nie einen Bissen Schweinefleisch zu sich nehmen würden. Jeder nach seinen Regeln und seiner Fassung.

In den Medien lässt sich diese Vielschichtigkeit meist nicht vermitteln, das würde den Rahmen der Berichterstattung sprengen. Deshalb lohnt sich die Reise vor Ort, die den Besucher am Ende in der Regel mit mehr Fragen als Antworten zurücklässt. Er soll sich trösten lassen. Denn auch in Israel stellt man sich ständig alte und neue Fragen. 68 Jahre nach seiner Gründung ist der Staat immer noch im Werden. Allerdings: Im Gegensatz zu den zionistischen Gründervätern empfindet heute kein Israeli mehr Begeisterung darüber, in seinem Staat zu leben. Dieser ist längst selbstverständlich geworden, auch wenn seine Existenz immer noch nicht gesichert scheint.



„Amerika ähnlich zu sein“, ist der Traum vieler Israelis – so Seev Zachor, ehemals Leiter des Sapir Colleges in Sderot.

Foto: picture alliance/dpa/ Abir Sultan

Amerikanisierung

Das einstige kollektive Ethos hat lediglich als historische Referenz überlebt: Der Kibbuz hat sein Gesicht geändert, die „hebräische“ Landarbeit wurde erst den Palästinensern überlassen und ist nach zwei Intifadas, die zum fast völligen Bruch zwischen der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung geführt haben, nun fest in Händen von Gastarbeitern aus Thailand. Illegale Zuwanderer aus aller Welt erledigen die Arbeiten, die kaum ein Israeli heute mehr machen will: Die Alten werden von Filipina betreut, Chinesen bauen Häuser, Afrikaner putzen. In dieser Hinsicht ist Israel ein nach westlichen Maßstäben normales Land geworden.

„Der israelische Traum heute heißt, Amerika ähnlich zu sein“, sagt Seev Zachor, der in den 1970er-Jahren Sekretär von Staatsgründer David Ben Gurion war und bis 2010 das Sapir College in Sderot leitete. Vielleicht sei das Ende des Traums, in Israel einen „neuen Menschen“ zu schaffen, kein Unglück, fügt er hinzu. „Vielleicht entwickelt sich hier eine Gesellschaft wie alle anderen in der westlichen Welt und vielleicht liegt der israelische Erfolg auf

paradoxe Weise gerade darin, den jüdischen Gelehrten der Diaspora in die unspektakuläre, banale Gestalt eines Menschen wie alle anderen verwandelt zu haben, einfach in einen normalen Menschen in einer normalen Gesellschaft, die in sich selbst die erreichbare israelische Wirklichkeit verkörpert.“

Vorbei sind auch die Zeiten, in denen sich Israel als die alleinige Heimat aller Juden betrachtete. Niemand predigt heute mehr, dass sie unbedingt in Israel leben sollten, um den jüdischen Staat zu stärken – dieses alte ideologische Denken ist passé, ohne dass Israel allerdings zu einem Land geworden wäre, das sicher in die Zukunft blickt. Man fühlt sich weiterhin oder vielleicht sogar noch stärker bedroht als früher, was aber die Zuversicht nicht bremst, mit den Herausforderungen schon fertig zu werden.

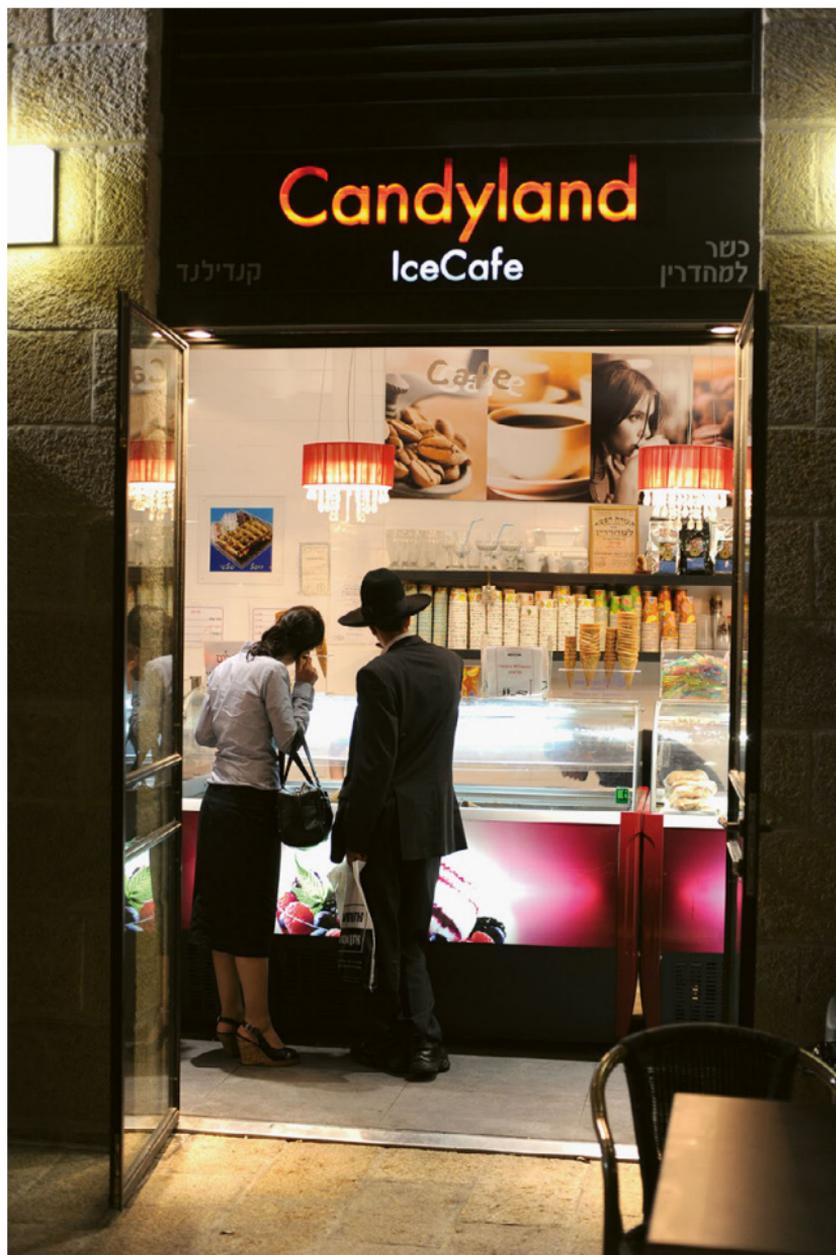
In denselben Umfragen, die diesen Optimismus immer wieder bestätigen (Israel zählt demnach mit zu den glücklichsten Nationen der Welt), wird aber zugleich ein anderer Trend deutlich, den man auch in europäischen Ländern gut kennt, den sich Israel aber viel weniger als alle anderen Staaten leisten kann: Ein tiefes Misstrauen in die Institutionen des Staates und in seine Führungsschichten oder, anders gesagt, eine weit verbreitete Politikverdrossenheit. Dieses Gefühl entlud sich in den sozialen Protesten vom Sommer 2011 mit Forderungen nach einer neuen Politik und neuen Gesichtern, die ja dann auch den Wahlkampf im Januar 2013 prägten. Die Sorge um die Sicherheit wog dann letztlich aber doch schwerer als soziale Gerechtigkeit. Das zeigten die konsekutiven Erfolge von „Mr. Security“ Benjamin Netanjahu, der 2013 und 2015 jeweils zum Ministerpräsidenten wiedergewählt wurde.

Viele Israelis machen heute außerdem von dem Recht Gebrauch, die einstige Staatsbürgerschaft ihrer verfolgten Großeltern wiederzuerlangen – und sind somit im Besitz eines (zusätzlichen) EU-Passes. Die Gründe sind vor allem pragmatischer Art. Damit lässt es sich besser auf der Welt herumreisen; mit einem Studium im europäischen Ausland lassen sich

auch die hohen israelischen Studiengebühren umgehen. Für manche ist es – bewusst oder unbewusst – auch eine Art Versicherungsschein. Falls alles ganz schlimm kommen sollte, hätten sie wenigstens Anspruch darauf, in einem EU-Land zu leben.

68 Jahre nach seiner Geburt hat der Staat Israel auch nach hiesigen Maßstäben das Rentenalter erreicht. Dennoch bleiben viele Probleme ungelöst und viele Fragen offen. Ari Shavit diagnostiziert in seinem Buch „Mein gelobtes Land“ sechs Befürchtungen, die seit Beginn des Jahrtausends den Lebenshunger der Israelis dämpfen: die Vorstellung, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht in absehbarer Zeit beendet wird. Dass die strategische Hegemonie ihres Landes in der Region bedroht sein könnte; die Angst, dass die Legitimität des jüdischen Staates untergraben wird; die Vermutung, dass es innerhalb einer zutiefst gewandelten Gesellschaft zu Spaltung und Polarisierung kommt; die Beobachtung, dass deren liberal-demokratische Fundamente zu bröckeln beginnen; und zuletzt die Erkenntnis, dass die wechselnden Regierungen des Landes nicht in der Lage waren, mit solchen grundlegenden Problemen wie Besatzung und sozialer Desintegration fertigzuwerden und sich das so schnell auch nicht ändern wird.

Die Antworten können nur in einem permanenten Suchprozess gefunden werden. Israel ist ein einzigartiges Experiment, das längst noch nicht abgeschlossen ist – und vielleicht gerade deshalb für viele so unfassbar und fesselnd zugleich. Israel ist oft anstrengend und stressig, aber dafür sehr lebendig. Tatsächlich leben hier sehr viele Menschen, die wie Jongleure alles auf einmal versuchen. Viele haben bereits jung eine Familie oder wollen früh eine gründen, sie studieren gleichzeitig und arbeiten dafür nach dem Unterricht als Nachtwächter oder Kellner. Viele leben nach dem Motto, „Carpe Diem“ (zu Deutsch: Nutze den Tag), man lebt heute, wer weiß was morgen sein wird. Das symbolisiert eine unterschwellige Prekarität, die aber auch viel Dynamik und Potenzial zu Veränderung in sich birgt.



Nicole Alexander, aktualisiert von Gabi Gumbel

— ***Alijah*** (Plural: Alijot, hebräisch; „Aufstieg“) Ursprünglich bezeichnete der Begriff den Aufstieg der frommen Juden zum Tempel in Jerusalem, später wurde er allgemein für die Einwanderung von Juden aus der Diaspora nach Palästina bzw. Israel verwendet. Auch die fünf Einwanderungswellen nach Palästina zwischen 1882 und 1948 werden jeweils Alijah genannt. Das Gegenteil von Alijah ist Jeridah (hebräisch; „Abstieg“), die Auswanderung.

— ***Arabische Liga*** Zusammenschluss von 21 arabischen Staaten (Syrien wird seit März 2013 offiziell von der Nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte vertreten) und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) mit Sitz in Kairo. Ziel der Arabischen Liga, die am 22. März 1945 gegründet wurde, ist die Förderung der Zusammenarbeit ihrer Mitglieder in politischen, militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen.

— ***Aschkenasi*** (Plural: Aschkenasim) Im Mittelalter war Aschkenas die hebräische Bezeichnung für Deutschland, in hebräischen Kreuzzugschroniken und Briefen orientalischer Gemeinden werden die Deutschen Aschkenasim genannt. Ab dem 13./14. Jahrhundert wurde der Begriff auf die Juden aus Deutschland, die zu dieser Zeit in großer Zahl nach Osteuropa emigrierten, und deren Nachkommen übertragen und umfasste dann auch die aus Frankreich, England und Norditalien stammenden Juden im Gegensatz zu den Sephardim, den von der Iberischen Halbinsel vertriebenen Juden. Später zählten auch die Juden aus den USA zu den Aschkenasim.

— ***Assimilation*** (lateinisch; „Angleichung“) Ein infolge der Aufklärung hauptsächlich von Westeuropa ausgehender Angleichungsprozess der Juden an ihre nicht jüdische Umwelt in politischer, gesellschaftlicher und kultureller

Hinsicht. Da die Assimilation den Verzicht auf spezifisch jüdische Werte und Traditionen beinhaltet, war sie von Anfang an innerjüdisch umstritten.

— **Beduinen** In Israel gibt es (2015) etwa 210 000 Beduinen, muslimische Wüstennomaden, die zum Großteil im Süden des Landes in der Negevwüste leben. Seit den 1960er-Jahren versucht der Staat Israel, die Beduinen sesshaft zu machen. Seither lebt die Mehrzahl von ihnen in sieben eigens gegründeten und offiziell anerkannten Städten im Negev, die allerdings zu den ärmsten Gemeinden des Landes zählen. Die Lebenssituation in den sogenannten illegalen Beduinendörfern ist noch schlechter.

— **Bodenrecht** Rund 93 Prozent des israelischen Bodens gehören dem Staat oder quasi-staatlichen Einrichtungen. Im Grundgesetz über die öffentlichen Böden von 1960 wurde festgelegt, dass sie vorzugsweise verpachtet statt verkauft werden sollen. Mit 75 Prozent ist der Staat Israel der größte Besitzer an Grund und Boden, der von der „Israel Lands Administration“ (ILA) verwaltet wird. Seit seiner Gründung 1901 hat zudem der zionistische „Jewish National Fund“ Land in Palästina privatrechtlich erworben und an jüdische Siedler verpachtet. Seit 1960 wird dieses Land – etwa 13 Prozent des Staatsgebiets – ebenfalls von der ILA verwaltet, die es ausschließlich Juden zur Nutzung überließ. Im Jahr 2000 entschied der Oberste Gerichtshof, dass diese Beschränkung illegal sei. Die restlichen zwölf Prozent des Bodens befanden sich bis zur Staatsgründung im Besitz von Palästinensern, die 1948/49 flohen oder vertrieben wurden. Es wurde 1953 einer „Development Authority“ übertragen, die es zum Großteil verpachtet oder verkauft hat – ein angesichts des ungeklärten Rückkehrrechts der Flüchtlinge umstrittenes Vorgehen.

— **Davidstern** (hebräisch: Magen David – „Schild Davids“) Die zwei Dreiecke, die ein Hexagramm bzw. einen sechszackigen Stern bilden, waren in biblischer Zeit ein dekoratives, nicht spezifisch jüdisches Symbol. 1527 wurde der Davidstern erstmals als Symbol der jüdischen Gemeinde in Prag

verwendet, fand in der Folge zunehmend Verbreitung als Symbol jüdischer Identität und wurde durch den Zionismus zum Symbol der jüdischen Nationalbewegung. Seit 1949 ist er das offizielle Emblem der Nationalflagge Israels.

— ***Diaspora*** (griechisch; „Zerstreuung“) Bezeichnung für – freiwilliges oder erzwungenes – jüdisches Leben außerhalb Palästinas bzw. Israels. Synonym mit der Bezeichnung Diaspora werden auch die Begriffe Galut (hebräisch) oder Exil (lateinisch) verwendet. Nach zionistischer Auffassung sollten alle Juden den Zustand der Diaspora überwinden und nach Palästina bzw. Israel einwandern.

— ***Drusen*** Ethnische und religiöse Gemeinschaft, die sich im 11. Jahrhundert vom schiitischen Islam abgespalten hat und im Libanon, in Syrien und in Israel lebt. Ihre Religion gebietet ihnen, dem Land gegenüber, in dem sie leben, loyal zu sein. Nach Angaben der zentralen israelischen Statistikbehörde CBS beläuft sich die Anzahl der Drusen in Israel (einschließlich Golan) auf 129 800. Sie sind als eigenständige Religionsgemeinschaft anerkannt und die drusischen Männer unterliegen der Wehrpflicht. Die auf den Golanhöhen lebenden Drusen werden allerdings nicht zum Armeedienst eingezogen.

— ***Eichmann-Prozess*** siehe Seite 148

— ***Einwanderungsbehörde*** siehe Jewish Agency

— ***Entwicklungsstädte*** Städtische Neugründungen ab 1950, die gezielt gefördert wurden, um die vielen jüdischen Einwanderer, die in den jungen Staat strömten, aufzufangen und gleichmäßig über das Land zu verteilen. Allerdings wurde das Ziel, den anfangs niedrigen wirtschaftlichen Status dieser Städte zu heben, oft nicht erreicht. Insgesamt gibt es in Israel 32 Entwicklungsstädte.

— **erste Intifada** (arabisch; „Abschütteln“, „Erhebung“) Zunächst weitgehend ziviler Aufstand (Boycott jüdischer Waren, Streikaktionen) der Palästinenser in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten, der im Dezember 1987 in Gaza begann und auf das Westjordanland übergriff. Auf das Einschreiten der israelischen Armee hin griffen vor allem jugendliche Palästinenser die Soldaten mit Steinen und Brandsätzen an und errichteten Straßenblockaden. Die erste Intifada klang erst mit dem Oslo-Abkommen von 1993 ab, in dem sich Israel und die PLO gegenseitig anerkannten.

— **Fatah** siehe Seite 100 (Jassir Arafat)

— **Gazakrieg** Als Reaktion auf den fortwährenden Raketenbeschuss auf israelisches Gebiet durch die Hamas vom Gazastreifen aus begann die israelische Armee am 27. Dezember 2008 die Operation „Gegossenes Blei“. Im Verlauf der Militäroffensive im Gazastreifen, die Mitte Januar 2009 mit einer einseitigen Waffenstillstandserklärung Israels endete, kamen nach palästinensischen Angaben 1200 Menschen ums Leben, über 5000 wurden verletzt. Über 4000 Häuser wurden zerstört und die Infrastruktur schwer beschädigt. – Mit einer weiteren Militäroperation („Säule der Verteidigung“) reagierte Israel erneut im November 2012 u. a. auf verstärkten Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen. Offiziell begann die Operation am 14. November mit der gezielten Tötung des Militärführers der Hamas, Ahmed al-Dschabari. Im Lauf der Auseinandersetzungen erreichten die Raketen aus dem Gazastreifen auch erstmals Tel Aviv und Jerusalem. Am 8. Juli 2014 begann als Reaktion auf den anhaltenden Raketenbeschuss Israels durch die Hamas und andere militante Gruppierungen aus dem Gazastreifen die Operation „Starker Fels“, die nach 50 Tagen am 26. August 2014 mit einer unbefristeten Waffenruhe endete. Es starben mehr als 2000 Menschen und die Infrastruktur Gazas wurde weitgehend zerstört.

— **Gazastreifen** Rund 360 Quadratkilometer großes Küstengebiet am östlichen Mittelmeer, das an Israel und im Süden an Ägypten grenzt. Seinen geografischen Zuschnitt erhielt der Gazastreifen mit dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Ägypten nach dem ersten Nahostkrieg von 1948/49, bis 1967 stand das Gebiet unter ägyptischer Militärverwaltung. Im Gazastreifen mit seinem Zentrum Gaza-Stadt leben (2016) nach Schätzungen rund 1,76 Millionen Palästinenser. Er wurde 1967 von Israel besetzt und steht heute im Innern formal unter Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Seit Juni 2007 wird er von der Hamas kontrolliert.

— **Gelobtes Land** In der jüdischen und christlichen Tradition Bezeichnung für das Abraham und seinen Nachkommen von Gott verheißene Land Kanaan, in das die Israeliten zwischen dem 12. und 14. Jahrhundert v. Chr. eingewandert waren; auch Heiliges Land oder Palästina genannt.

— **Golanhöhen** Ein etwa 1250 Quadratkilometer großes Hochland im Südwesten Syriens, das von Israel im Juni 1967 besetzt und im Dezember 1981 annektiert wurde. Für die Besetzung macht Israel vor allem militärstrategische Gründe geltend, da Syrien vor 1967 vom Golan aus immer wieder israelisches Territorium beschoss. Israel und Syrien befinden sich seit 1948 im Kriegszustand, haben aber Waffenstillstandsabkommen geschlossen.

— **Gräber der Patriarchen** In der Höhle Machpela in Hebron befindet sich nach biblischer Überlieferung die Ruhestätte der drei Stammväter der Israeliten Abraham, Isaak und Jakob und ihrer Frauen Sara, Rebekka und Lea. Die Gräber der Patriarchen sind eine der heiligsten Stätten des Judentums.

— **Großisrael** Ein Teil der Politiker des rechten Spektrums fordert, dass Israel vom Mittelmeer bis an den Jordan reicht, also neben dem israelischen Staatsgebiet auch die palästinensischen Gebiete Gazastreifen und Westjordanland umfasst.

— **Grüne Linie** Waffenstillstandslinie des ersten Nahostkrieges von 1948/49, die Israel vom Westjordanland bzw. Gazastreifen trennt. Sie gilt im Rahmen der Zweistaatenlösung als mögliche Grenze zwischen dem Staat Israel und einem zukünftigen palästinensischen Staat.

— **Halacha** (hebräisch; „Gehen“, „Wandeln“) Die Halacha ist die Gesamtheit der mündlich und schriftlich überlieferten Bestimmungen des Judentums. Sie regelt das Leben der Juden in allen Lebensbereichen entsprechend den jüdischen Traditionen.

— **Hamas** siehe Seite 114

— **Hebräer/neuer Hebräer** Im Tanach, der hebräischen Bibel, werden die Angehörigen des Volkes Israel als Hebräer bezeichnet. Die im Zuge der zionistischen Bewegung ab dem Ende des 19. Jahrhunderts nach Palästina strömenden jüdischen Pioniere und ihre im Land geborenen Kinder betrachteten sich als deren Nachkommen und bezeichneten sich daher als neue Hebräer.

— **Hisbollah** siehe Seite 115

— **Holocaust** (griechisch; „Ganzopfer“, „Brandopfer“) Bezeichnung für die planmäßige Ausgrenzung, Deportation und Ermordung von etwa sechs Millionen Juden im nationalsozialistischen Machtbereich 1933 bis 1945. Der überwiegend im angelsächsischen Bereich verwendete Begriff wurde erstmals 1944 von einem amerikanischen jüdischen Publizisten zur Bezeichnung des NS-Völkermords gebraucht. In Israel selbst

hat sich der Begriff „Schoah“ als die übliche Bezeichnung für den Holocaust etabliert.

— **IDF** (Abkürzung für englisch „Israel Defence Forces“ – „Israels Verteidigungsstreitkräfte“) Häufig gebrauchte Bezeichnung für die israelische Armee (siehe Zahal).

— **Ivrit** (hebräisch; „Hebräisch“) Erste Amtssprache des Staates Israel, die auf dem biblischen Hebräisch basiert, das sich auch während der Diaspora als Sprache des Gebets und der Theologie erhielt. Bereits im Zuge der Aufklärung wurde versucht, das Hebräische um neue Worte und moderne Ausdrücke anzureichern. In Palästina verfolgte der Publizist und Forscher Elieser Ben Jehuda (1858–1922) konsequent und mit Erfolg das Ziel, Hebräisch in eine moderne Alltagssprache umzuwandeln und das daraus entstandene Ivrit als wichtigste Landessprache durchzusetzen.

— **Jaffa-Orangen** Die Zitrusfrucht war der erste israelische Exportschlager. Schon vor der Staatsgründung wurden Jaffa-Orangen vom Hafen Jaffa aus per Schiff nach Europa transportiert und avancierten rasch zum Markenzeichen des jungen Landes.

— **Jecke** (Plural: Jeckes, jiddisch; „deutscher Jude“) In Palästina bzw. Israel wurden und werden die aus dem deutschsprachigen Raum eingewanderten Juden als Jeckes bezeichnet.

— **Jeridah** (hebräisch; „Abstieg“, im Gegensatz zu Alijah – „Aufstieg“) Die Auswanderung von Juden aus Palästina/Israel.

— **Jewish Agency for Palestine** (englisch; „Jüdische Vertretung für Palästina“), seit 1948 „Jewish Agency for Israel“. Das 1922 gebildete Exekutivorgan der Zionistischen Weltorganisation (ZWO) vertritt die Interessen der jüdischen Bevölkerung Palästinas gegenüber Großbritannien

und dem Völkerbund und ab 1947 gegenüber den Vereinten Nationen. Heute ist sie vor allem als Einwanderungsbehörde und Bindeglied zwischen Israel und den Juden in der Diaspora von Bedeutung. So ist sie für die Organisation der Einwanderung nach Israel und die Integration der Einwanderer sowie für die Unterstützung zionistischer Organisationen in der Diaspora zuständig.

— **Jiddisch** Sprache der Aschkenasim, die ihren Ursprung im Mittelalter hat. Zunächst wurde sie nur gesprochen, ab dem späten 13. Jahrhundert schriftlich tradiert. Das Jiddische ist eine Mischsprache, die in Phonetik und Grammatik auf mittel- und oberdeutschen Dialekten beruht, während sich ihr Wortschatz aus deutschen, slawischen, hebräischen und romanischen Elementen zusammensetzt. Zu einer modernen Verkehrs- und Literatursprache wurde Jiddisch im 19. und 20. Jahrhundert. Durch den Holocaust wurde die Sprache fast ausgelöscht. Bei einer wachsenden Zahl von Ultraorthodoxen in Israel gewinnt sie als Kommunikationsmittel heute an Bedeutung, weil bei ihnen Hebräisch als heilige Sprache gilt und deshalb im Alltag nicht gesprochen werden darf.

— **Jischuv** (hebräisch; „bewohntes Land“) Bezeichnung für die jüdische Gemeinschaft Palästinas vom Beginn der zionistisch motivierten Einwanderung um 1882 bis zur Staatsgründung im Mai 1948. Der Jischuv war eine autonome politische Gemeinschaft, die mit ihren Institutionen die Staatsgründung vorbereitete und eine wichtige Grundlage für den späteren Staat darstellte.

— **Jom Ha Schoah** (hebräisch; „Tag der Katastrophe“) Am nationalen Gedenktag für die Opfer der Schoah bleiben Restaurants, Kinos, Diskotheken und Theater abends geschlossen, die Fahnen wehen auf Halbmast, vielerorts werden Kerzen entzündet. Morgens um zehn Uhr ertönt eine Sirene, woraufhin im ganzen Land die Menschen für zwei Minuten im stillen Gedenken verharren. An der zentralen Gedenkfeier in Yad Vashem

nehmen neben Überlebenden und ihren Angehörigen die höchsten Repräsentanten Israels teil.

— **Jom Kippur** (hebräisch; „Tag der Versöhnung“) Höchster jüdischer Feiertag, der in der Synagoge verbracht und an dem streng gefastet und um Vergebung für die im letzten Jahr begangenen Sünden gebetet wird. An diesem Tag steht das Leben in Israel quasi still.

— **Jom-Kippur-Krieg** Israelische Bezeichnung für den vierten Nahostkrieg, von den Arabern Oktober- oder Ramadankrieg genannt. Der Krieg begann am 6. Oktober 1973 und damit am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur mit einem Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens auf Israel. Nach anfänglichen territorialen Gewinnen der Angreifer konnte Israel das Blatt rasch wenden, die syrische Armee vom Golan vertreiben und tief nach Ägypten vorstoßen. Am 22. Oktober 1973 trat auf Druck der USA ein Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien in Kraft. Trotz ihrer militärischen Niederlage wurde der Krieg zu einem politischen Erfolg für die arabischen Staaten: Er zeigte, dass Israel nicht unverwundbar war.

— **Jored** (Plural Jordim, hebräisch; „Absteiger“) Bezeichnung für Juden, die aus Palästina bzw. Israel auswanderten/auswandern.

— **Kibbuz** (Plural Kibbuzim, hebräisch; „Sammlung“, „Siedlung“) Landwirtschaftliche Gemeinschaftssiedlung, die auf genossenschaftlichem Eigentum, kollektiver Arbeit und basisdemokratischen Strukturen beruht. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Kinderbetreuung und alle anderen Dienstleistungen werden vom Kibbuz bereitgestellt. Ursprünglich hatten seine Mitglieder, die Kibbuzniks, keinen Privatbesitz. Das hat sich inzwischen grundlegend geändert: Weit mehr als die Hälfte der 256 Kibbuzim sind privatisiert.

— **Kiddusch** (hebräisch; „Heiligung“) Lob- und Segensspruch bei einem Becher Wein, der am Vorabend des Schabbat oder eines Festes gesprochen wird.

— **Klagemauer** Westteil der Umfassungsmauer des herodianischen Tempelbezirks in Jerusalem, der bei der Zerstörung des zweiten Tempels 70 n. Chr. intakt geblieben ist. Seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts gilt die 48 Meter lange und 18 Meter hohe Klagemauer als ein Ort der Versammlung und des Gebets der Juden. Nach dem ersten Nahostkrieg von 1948/49 annektierte Jordanien die Altstadt von Jerusalem; damit war Juden der Zugang zur Klagemauer verwehrt. Nach der Eroberung und Besetzung Ostjerusalems durch Israel im Juni 1967 wurde vor der Klagemauer ein weitläufiger Platz geschaffen, auf dem Männer und Frauen in getrennten Bereichen beten. Die Klagemauer ist heute der bedeutendste jüdische Wallfahrtsort und ein nationales Symbol Israels.

— **Knesset** (hebräisch; „Versammlung“) Israelisches Parlament mit Sitz in Jerusalem. Der Knesset gehören 120 Abgeordnete an.

— **koscher** (hebräisch; „geeignet“, „tauglich“) Als kosher im Sinn von „rituell rein“ werden Nahrungsmittel bezeichnet, die nach den jüdischen Speisevorschriften erlaubt sind und ihnen entsprechend zubereitet wurden. So müssen reine und somit erlaubte Tiere rituell geschlachtet werden, der Verzehr von Meeresfrüchten und Schweinefleisch ist generell verboten.

— **Libanon** Die Beziehungen zwischen Israel und dem Libanon sind von Konflikten und Kriegshandlungen geprägt. In den 1970er-Jahren war der Norden Israels Terroraktionen durch die PLO ausgesetzt, die sich im Südlibanon eine Operationsbasis geschaffen hatte. 1978 besetzte Israel einen Grenzstreifen im Südlibanon, um Nordisrael vor diesen Terrorangriffen zu schützen. Im Juni 1982 begann Israel eine große Invasion im Libanon mit dem Ziel, die PLO, die Teile des Libanon kontrollierte, von dort zu ver-

treiben – was ihr auch gelang. Allerdings verstrickte sich die israelische Armee dabei in den libanesischen Bürgerkrieg und wurde mitverantwortlich an den Massakern, die christlich-libanesischen Milizen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila im September 1982 verübten. Die genaue Zahl der Opfer – überwiegend unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder – ist nicht bekannt, die Angaben schwanken zwischen 800 und 3000. Bis 1985 zog sich Israel aus dem größten Teil des Libanon zurück, behielt aber die Kontrolle über einen schmalen Streifen im Südlibanon. Diese sogenannte Sicherheitszone diente als Puffer vor Angriffen militanter libanesischer Gruppen auf Nordisrael. Dennoch kam es immer wieder zu Raketenbeschuss vor allem durch die proiranische Hisbollah-Miliz. Im Mai 2000 wurde die Sicherheitszone von der israelischen Armee geräumt. Als Reaktion auf einen Überfall der Hisbollah auf eine israelische Patrouille, bei dem mehrere israelische Soldaten getötet und zwei entführt wurden, begann Israel im Juli 2006 den zweiten Libanonkrieg, der erst nach mehrwöchigen Kämpfen mit einem Waffenstillstand vorläufig endete. Im Lauf der Kriegshandlungen verloren mehr als 1100 Libanesen und 162 Israelis ihr Leben.

— **Masorti-Bewegung** (hebräisch; „traditionell“) Neben der Orthodoxie und dem Reformjudentum eine der drei großen religiösen Strömungen innerhalb des zeitgenössischen Judentums. Die Masorti-Bewegung bemüht sich, eine sowohl zeitgemäße als auch die Traditionen des Judentums achtende Religionspraxis zu verwirklichen. Dabei schlägt sie einen Mittelweg ein zwischen der Reformbewegung, die radikale Neuerungen etwa im Ablauf des Gottesdienstes durchgesetzt hat, und der Orthodoxie, die sich als strikte Bewahrerin der jüdischen Tradition versteht. In der Masorti-Bewegung sind Frauen und Männer gleichberechtigt und Frauen sind als Rabbinerinnen und Kantorinnen tätig.

— **Menorah** (hebräisch; „Leuchter“) Der siebenarmige Leuchter gehörte zum Kultgerät im ersten und zweiten Tempel. Nach der Zerstörung des

Letzteren 70 n. Chr. wurde die Menorah als Beute nach Rom gebracht und ist seither verschollen. Sie war schon in der Antike das am häufigsten verwendete Symbol des Judentums. Im Mittelalter wurde sie zum Symbol für den dritten Tempel der messianischen Zeit und damit für die Hoffnung auf den Messias. Seit 1948 ist sie eines der Staatssymbole Israels.

— **Mizrachim** (hebräisch; „Die Östlichen“) Bezeichnung für die Juden, die aus den islamischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens stammen, wie zum Beispiel Ägypten, Syrien, dem Iran, Irak, Libanon, Jemen, sowie für die Juden aus Nordafrika, die keine Sephardim sind. Die meisten Mizrachim haben nach der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 ihre Heimat verlassen und sind nach Israel eingewandert.

— **Mossad** 1951 gegründeter israelischer Geheimdienst mit Hauptsitz in Tel Aviv, zuständig für Auslandsaufklärung (darin dem Bundesnachrichtendienst vergleichbar) und Geheimoperationen, etwa bei der Bekämpfung von Terroristen. Neben dem Inlandsgeheimdienst Schabak und dem militärischen Nachrichtendienst Aman ist der Mossad eine der drei Säulen des israelischen Geheimdienstnetzes.

— **Negev** Bezeichnung für den wüstenhaften Süden Israels, der mit rund 12 000 Quadratkilometern etwa 60 Prozent der Landesfläche umfasst. Der Negev mit seinem Zentrum Beersheba erstreckt sich zwischen dem Hafen Elat am Golf von Akaba, dem Toten Meer und dem Gazastreifen.

— **Oberrabbinat** Oberstes Entscheidungsgremium in Fragen der jüdischen Religion und des jüdischen Lebens in Israel mit Sitz in Jerusalem. Das Oberrabbinat nimmt die Aufsicht über die Tätigkeiten religiöser Instanzen, die Ernennung von Rabbinern und Religionslehrern, die Prüfungen zur rabbinischen Ordination und die Qualifikation der Richter an den jüdischen religiösen Gerichten wahr.

— ***Oberster Gerichtshof*** Höchste richterliche Instanz mit Sitz in Jerusalem. Die Urteile des Obersten Gerichtshofs, der als oberstes Berufungsgericht in zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten und als oberstes Verwaltungsgericht fungiert, sind für alle anderen Gerichte bindend. Seine Mitglieder – zurzeit (2016) sind es 15 – werden vom Staatspräsidenten auf Vorschlag eines Richterwahlausschusses ernannt, der aus drei Richtern des Obersten Gerichts, zwei Ministern, zwei Knessetabgeordneten und zwei Vertretern der Anwaltskammer unter Vorsitz des Justizministers besteht.

— ***Olim*** (Singular: Oleh, hebräisch; „Aufsteiger“) Bezeichnung für jüdische Einwanderer nach Israel (siehe Alijah).

— ***Orthodoxe*** (griechisch; „Rechtgläubige“) Streng religiöse Juden, die die Bestimmungen der Halacha im Alltag befolgen und sich zum Beispiel stets koscher ernähren. Für die orthodoxen Juden wurde die Thora unmittelbar von Gott offenbart. Nach ihrem Selbstverständnis gilt es, die jüdische Tradition unverändert zu bewahren. Innerhalb der Orthodoxie werden viele unterschiedliche Gruppen unterschieden, sodass die Bezeichnung eher als Sammelbegriff zu verstehen ist.

— ***Osloer Abkommen / Osloer Verträge*** Nahe der norwegischen Hauptstadt Oslo fanden zwischen Israel und der PLO Geheimgespräche statt, die 1993 zur gegenseitigen Anerkennung und zu einem Grundsatzabkommen führten. Dieses sogenannte Oslo-I-Abkommen leitete einen Prozess ein, bei dem Israel nach und nach Territorium und politische Zuständigkeiten in den besetzten Gebieten an die zu diesem Zweck gebildete Palästinensische Autonomiebehörde (PA) übergeben sollte. Im September 1995 kam es zum Interimsabkommen („Oslo II“), das die stufenweise Rückgabe von Gazastreifen und Westjordanland an die Palästinenser sowie den Aufbau und die Selbstverwaltung der palästinensischen Autonomiegebiete präziserte.

— **Palästina** (griechisch/lateinisch; „Philisterland“; arabisch „Filastin“; hebräisch „Erez Israel“) Die Bezeichnung Palästina für das biblische „Kanaan“, das in der jüdisch-christlichen Tradition auch „Gelobtes Land“ bzw. „Heiliges Land“ genannt wird, stammt aus dem 2. Jahrhundert n. Chr. Palästina erstreckt sich vom Libanongebirge im Norden bis zum Golf von Akaba im Süden, von der Mittelmeerküste im Westen bis zu den Bergländern östlich des Jordangraben. Kernland sind die Gebiete nördlich der Linie Gaza – Beersheba – Totes Meer mit den drei historischen Landschaften Judäa, Samaria und Galiläa. Bis 1922 – damals wurde Palästina britisches Völkerbundmandat – war es nie eine politische Einheit und hatte daher auch keine eindeutigen Grenzen.

— **Pessach** Eines der wichtigsten und ältesten Feste des Judentums, mit dem der Auszug der Israeliten aus Ägypten und der darauf basierende Bund Gottes mit seinem Volk gefeiert werden. Traditionell wird während der sieben Festtage im März/April nur ungesäuertes Brot gegessen, um daran zu erinnern, dass der Auszug so rasch erfolgen musste, dass zum Säuern des Brotes keine Zeit blieb.

— **PLO** siehe Seite 100 f. (Jassir Arafat)

— **Rabbiner** Ursprünglich war ein Rabbiner ein unentgeltlich arbeitender religiöser Lehrer des Judentums, heute ist er ein von einer jüdischen Gemeinde als Religionslehrer, Prediger und Seelsorger angestellter Geistlicher.

— **Reformjudentum** Neben der Orthodoxie und der Masorti-Bewegung eine der drei großen religiösen Strömungen innerhalb des zeitgenössischen Judentums. Das Reformjudentum versucht, die jüdische Religion mit moderner Lebensweise in Einklang zu bringen: Die Bedeutung der praktischen Sozialethik wird betont, viele jüdische Traditionen hingegen werden als veraltet abgelehnt. Seinen Ausgang nahm es Anfang des 19. Jahrhunderts in den jüdischen Gemeinden Deutschlands und breitete sich dann in

den Ländern Mittel- und Westeuropas sowie den USA aus. Die Gottesdienste wurden verkürzt und ganz oder teilweise in der jeweiligen Landessprache gehalten, Orgel, Predigt und Kanzel von den Christen übernommen und die Geschlechtertrennung in den Synagogen aufgehoben. Heute zählt das Reformjudentum knapp zwei Millionen Anhänger, vor allem in den USA ist es stark vertreten.

— **Roter Davidstern** (hebräisch: Magen David Adom – „Roter Schild Davids“) 1930 gegründete Rettungsorganisation, die in ihren Aufgaben dem Roten Kreuz christlicher Länder entspricht und seit Juni 2006 vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) als nationale Hilfsgesellschaft anerkannt ist.

— **Rückkehrgesetz** 1950 von der Knesset verabschiedetes Gesetz, das jedem Juden weltweit das Recht zugesteht, nach Israel einzuwandern und die israelische Staatsbürgerschaft zugesprochen zu bekommen.

— **Schabbat** (hebräisch; „Ruhe“) Wöchentlicher jüdischer Ruhe- und Feiertag zur Erinnerung an das Ruhen Gottes am siebten Tag der Erschaffung der Welt. Der Schabbat beginnt Freitagabend nach Einbruch der Dämmerung und endet Samstagabend bei Dunkelheit. Traditionell ist der Schabbat ein Tag der Ruhe, des Studiums, der Freude und des Friedens; es gilt ein Arbeitsverbot.

— **Schekel** Ursprünglich eine Gewichtseinheit für die Zahlung in Gold und Silber, die bereits im 3. Jahrtausend in Babylonien verwendet und von dort nach Kanaan eingeführt wurde. Seit der Zerstörung des Tempels 70 n. Chr. hatten die Juden keine eigene Währung, und der Schekel geriet in Vergessenheit. Ab 1897 Bezeichnung für den von den Mitgliedern der Zionistischen Weltorganisation zu entrichtenden Jahresbeitrag. 1980 wurde der Schekel als israelische Währung eingeführt, 1985 dann – als Mittel zur Währungsstabilisierung – der Neue Israelische Schekel (NIS).

— **Schoah** (hebräisch; „Katastrophe“, „Untergang“) Der biblische Begriff wurde erstmals 1942 in einer Erklärung der Jewish Agency für den Völkermord an den Juden im nationalsozialistischen Machtbereich verwendet. Spätestens mit der Staatsgründung 1948 hatte er sich als die in Israel übliche Bezeichnung für den Holocaust etabliert. Der Schoah wird in Israel alljährlich am Jom Ha Schoah gedacht.

— **Schtetl** (jiddisch; „Städtchen“) Bezeichnung für die jüdischen Kleinstadtgemeinden in Osteuropa, in denen die Juden gemäß ihrer Religion und weitgehend isoliert von der christlichen Umwelt lebten. Das Schtetl, in dem jiddisch gesprochen wurde, stellte eine eigenständige jüdische Lebenswelt dar und bildete die Hochburg der ostjüdischen Kultur. Der Holocaust löschte das Schtetl aus.

— **Sechstagekrieg** Israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 dauernden Krieg zwischen Israel einerseits und Ägypten, Syrien und Jordanien andererseits, in dessen Verlauf Israel das Westjordanland mit Ostjerusalem, den Gazastreifen und die Golanhöhen eroberte.

— **Sepharde** (Plural: Sephardim, hebräisch; „Spanier“) Bezeichnung für die Juden spanisch-portugiesischer Herkunft, die Ende des 15. Jahrhunderts von der Iberischen Halbinsel vertrieben wurden und sich anschließend in Südosteuropa, Nordafrika, Asien, aber auch in Holland, England, Nordwestdeutschland und Amerika niederließen. Heute – nicht ganz korrekt – als Sammelbegriff für Juden aus orientalischen Ländern gebräuchlich.

— **Schabak** (auch Schin Bet genannt) 1948 gegründeter israelischer Inlandsgeheimdienst, der auch für die besetzten Gebiete zuständig ist. Zu seinen Aufgaben zählen unter anderem Spionageabwehr, Terrorismusbekämpfung und der Schutz wichtiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

— **Siedlungen** Bezeichnung für die Wohngebiete jüdischer Israelis, die nach dem Sechstagekrieg 1967 in den in diesem Krieg besetzten Gebieten errichtet wurden. 2016 leben 350 000 Siedler im Westjordanland und circa 300 000 in Ostjerusalem. Die Siedlungen auf der Sinaihalbinsel und im Gazastreifen wurden 1982 bzw. 2005 von Israel geräumt. (siehe auch Seite 105)

— **Sinaikrieg** Israelische Bezeichnung für den zweiten Nahostkrieg, der Ende Oktober 1956 mit einem Angriff Großbritanniens, Frankreichs und Israels auf Ägypten begann. Auslöser war die ägyptische Blockade der Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt. Britische und französische Truppen besetzten den von Ägypten zuvor verstaatlichten Suezkanal, Israel den Gazastreifen und weite Teile des Sinai. Im November 1956 wurden Großbritannien, Frankreich und Israel auf Druck der USA gezwungen, ihre Truppen in mehreren Etappen wieder abzuziehen. Sein wichtigstes Kriegsziel – die Schwächung des ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abd al-Nasser, dessen Aufrüstungspolitik Anlass zur Sorge gab – hatte Israel nicht erreicht, im Gegenteil: Abd al-Nasser stieg zur Führungsfigur in der arabischen Welt auf.

— **Sperranlage** Eine mehr als 700 Kilometer lange Absperrung zwischen Israel und dem Westjordanland, mit deren Bau 2003 begonnen wurde und die bis heute nicht fertiggestellt ist. Umstritten ist vor allem der teilweise von der Grünen Linie abweichende Verlauf der Sperranlage, die von vielen Israelis als „Sicherheitszaun“ und von den Palästinensern oft als „Apartheid-Mauer“ bezeichnet wird.

— **Status-quo-Vereinbarung** 1947 zwischen der zionistischen Führung und der ultraorthodoxen Partei „Agudat Jisrael“ (AJ, hebräisch; „Vereinigung Israels“) getroffene Vereinbarung über die Einhaltung religiöser Vorschriften und die Zuständigkeit des Rabbinats in Personalstandsfragen im künftigen jüdischen Staat. Nachdem die Bestätigung dieser Vereinbarung

von 1955 bis 2009 fester Bestandteil eines jeden Koalitionsvertrages war, fehlte eine entsprechende Bekräftigung in der Koalitionsvereinbarung vom März 2013.

— **Synagoge** (griechisch; „Versammlungsort der Gemeinde“) Die sich versammelnde jüdische Gemeinde und ihr Versammlungsort, das Gottesdienstgebäude. Die Synagoge war von Anfang an ein Mehrzweckbau: Sie dient zu Gebet, Studium und Unterricht, manchmal auch als Gerichtsgebäude und gesellschaftliches und kulturelles Zentrum der Gemeinde.

— **Talmud** (hebräisch; „Lernen“, „Lehre“, „Studium“) Sammlung von Kommentaren und Diskussionen von Gelehrten zu Grundsatzfragen der jüdischen Religion, die in den ersten fünf Jahrhunderten n. Chr. entstand. Der Talmud, neben der hebräischen Bibel das Hauptwerk des Judentums, enthält neben philosophischen Fragen und Glaubenssätzen auch Vorschriften und Gebote. Es gibt einen Jerusalemer und einen Babylonischen Talmud.

— **Tanach** Die Heilige Schrift (Bibel) des Judentums, die aus drei Hauptteilen besteht: Thora („Weisung“), Nebiim („Propheten“) und Ketubim („Schriften“). Die christlichen Kirchen haben in ihren Kanon der Bibel den Tanach mit einigen Abweichungen als sogenanntes Altes Testament übernommen.

— **Thora** (hebräisch; „Lehre“, „Unterweisung“) Im weiteren Sinne bezeichnet Thora die gesamte jüdische Bibel, den Tanach, im engeren Sinne den ersten und wichtigsten Teil des Tanach, die fünf Bücher Mose (Pentateuch). Die Lesung aus dem Pentateuch gilt als Zentrum des religiösen Lebens im Judentum.

— **Ultraorthodoxe** Die Ultraorthodoxen zählen zum orthodoxen Judentum. Wie die Orthodoxen halten sie sich streng an die Regeln der Halacha. Im Unterschied zu diesen gilt den Ultraorthodoxen weltliches Wissen aber als unwesentlich, Pflicht des Mannes ist es, sich sein Leben

lang dem Studium der heiligen Bücher zu widmen. Ein weiterer Unterschied zu den Orthodoxen besteht darin, dass die Ultraorthodoxen den Staat Israel ablehnen, weil sie glauben, dass ein Judenstaat nur vom Messias errichtet werden kann.

— ***Unabhängigkeitskrieg*** Israelische Bezeichnung für den ersten Nahostkrieg 1948/1949, von den Arabern „Nakba“ (arabisch; „Katastrophe“) genannt. Der offene Krieg brach mit der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 aus, die auf dem von der arabischen Welt abgelehnten UN-Teilungsplan von 1947 basierte. Ägypten, Transjordanien, Syrien, der Irak und der Libanon griffen daraufhin Israel an, das sich erfolgreich zur Wehr setzte und im Lauf der militärischen Auseinandersetzungen Gebiete hinzugewann, die seither zum international anerkannten Staatsgebiet Israels gehören. 1949 schlossen Israel und seine unterlegenen Kriegsgegner bilaterale Waffenstillstandsabkommen. Ein Friedensschluss erfolgte nicht, da die arabischen Staaten direkte Verhandlungen mit Israel ablehnten.

— ***Unabhängigkeitstag*** Nationalfeiertag, an dem an die Erklärung der Unabhängigkeit am 14. Mai 1948 erinnert wird. Die offiziellen Feierlichkeiten werden traditionell auf dem Herzl-Berg in Jerusalem abgehalten. Das ganze Land ist mit Fahnen geschmückt, auf Plätzen und Straßen finden Volksfeste statt.

— ***UN-Teilungsplan*** Bezeichnung für die UN-Resolution vom 29. November 1947, nach der das Mandat Großbritanniens über Palästina baldmöglichst beendet und Palästina in einen jüdischen und in einen palästinensischen Staat geteilt werden sollte. Jerusalem war als neutrale Enklave gedacht. Obwohl nur teilweise verwirklicht, gilt der UN-Teilungsplan bis heute als völkerrechtliche Legitimation sowohl des Staates Israels als auch des palästinensischen Rechtsanspruchs auf einen eigenen Staat.

— **Westjordanland** Gemeinsam mit dem Gazastreifen bildet das rund 5800 Quadratkilometer große Westjordanland (englische Bezeichnung: West Bank), das im Osten im Jordan und im Toten Meer seine natürliche Begrenzung hat, die palästinensischen Gebiete. Im UN-Teilungsplan von 1947 wurde das Gebiet den Palästinensern zugesprochen, im ersten Nahostkrieg von 1948/49 wurde es von Jordanien besetzt und später annektiert. Im Junikrieg von 1967 eroberte Israel das Westjordanland. In den Osloer Verträgen von 1993 und 1995 wurde zwischen Israel und der PLO der stufenweise Übergang zur palästinensischen Selbstverwaltung der West Bank vereinbart, deren Umsetzung nur teilweise gelang. Das von der gemäßigten Fatah regierte Westjordanland mit seinem Zentrum Ramallah wird von der PLO und der internationalen Gemeinschaft neben dem Gazastreifen als Kerngebiet eines im Rahmen der Zweistaatenlösung zu bildenden palästinensischen Staates gesehen.

— „**Wiedergutmachungsabkommen**“ siehe Seite 136

— **Yad Vashem** siehe Seite 146

— **Zabar / Sabre** Süß schmeckende Kaktusfrucht mit stacheliger Außenhaut; Bezeichnung für in Israel geborene Juden, die nach dem Volksmund äußerlich hart, innen aber ganz weich sind.

— **Zahal** (hebräische Abkürzung für Zva Haganah le-Jisrael, Armee zur Verteidigung Israels, englische Abkürzung: IDF) Israels Streitkräfte, die am 31. Mai 1948 gegründet wurden. Höchste militärische Instanz in Israel ist der Chef des Generalstabs, der wiederum dem Verteidigungsminister verantwortlich ist.

— **Zion** Ursprünglich Name für einen Hügel Jerusalems und die auf ihm angelegte Burg, die von David erobert und danach Davidstadt genannt wurde. Später wurde dann auch der angrenzende Tempelberg

Zion genannt und der Begriff schließlich auf ganz Jerusalem und Israel angewandt. Seit Beginn der jüdischen Diaspora steht Zion für die Sehnsucht nach einer Rückkehr in die biblische Heimat.

— **zionistisch / Zionismus** siehe Seite 13

— **Zionistische Weltorganisation (ZWO)** 1897 in Basel gegründete internationale Organisation mit dem Ziel, die Juden der Diaspora in einem jüdischen Gemeinwesen in Palästina zusammenzuführen.

— **zweite Intifada** Als zweite Intifada oder Al-Aqsa-Intifada (nach der Al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg in Ostjerusalem) wird der militante Aufstand der Palästinenser im Herbst 2000 bezeichnet. Auslöser der gewalttätigen Auseinandersetzungen waren der demonstrative Besuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg Ende September 2000 und die massive Niederschlagung der palästinensischen Proteste, die ihm folgten.

— **Zweistaatenlösung** Auf dem UN-Teilungsplan von 1947 basierende Option für die Lösung des Nahostkonflikts, nach der es neben dem israelischen Staat einen palästinensischen Staat geben soll. Vor allem international hat sich die Zweistaatlichkeit als Lösungsmodell durchgesetzt. Weitgehender Konsens besteht darüber, dass der künftige palästinensische Staat im Wesentlichen den Gazastreifen und das Westjordanland umfassen soll. Strittige Fragen sind vor allem der genaue Grenzverlauf, der künftige Status von Jerusalem sowie die Zukunft der jüdischen Siedlungen in Ostjerusalem und im Westjordanland.

— Zeittafel

19. Juni 1947 Die Jewish Agency schließt mit den religiösen Parteien die sogenannte Status-quo-Vereinbarung.

29. November 1947 Die UN-Vollversammlung stimmt für die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat und für die Internationalisierung Jerusalems. Die Palästinenser lehnen den UN-Teilungsbeschluss ab. In Palästina bricht daraufhin ein Bürgerkrieg aus.

14. Mai 1948 Das britische Mandat über Palästina endet. In Tel Aviv erklärt David Ben Gurion die Unabhängigkeit des Staates Israel.

15. Mai 1948 bis Juli 1949 Der Bürgerkrieg entwickelt sich nach dem Angriff mehrerer arabischer Staaten zum ersten Nahostkrieg (in israelischer Terminologie „Unabhängigkeitskrieg“).

1948 bis 1951 Jüdische Masseneinwanderung nach Israel aus arabischen Staaten, insbesondere aus Ägypten, dem Irak und dem Jemen, sowie aus Polen und Rumänien.

25. Januar 1949 Wahlen zur 1. Knesset.

Februar bis Juli 1949 Israel schließt Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten, dem Libanon, Transjordanien und Syrien.

23. Januar 1950 Die Knesset erklärt (West-)Jerusalem zur Hauptstadt Israels.

5. Juli 1950 Die Knesset verabschiedet das Rückkehrgesetz.

10. September 1950 Jordanien annektiert das Westjordanland und Ostjerusalem.

10. September 1952 Israel und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen das Luxemburger Abkommen über „Wiedergutmachung“.

1956 Zweiter Nahostkrieg („Sinaikrieg“ / „Suezkrise“) zwischen Ägypten auf der einen, Großbritannien, Frankreich und Israel auf der anderen Seite.

1955 bis 1957 Jüdische Einwanderung nach Israel vor allem aus Nordafrika.

14. März 1960 Erstes Treffen von David Ben Gurion und Konrad Adenauer in New York.

1961 In Jerusalem findet der Eichmann-Prozess statt.

1964 Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) wird gegründet.

12. Mai 1965 Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen diplomatische Beziehungen auf.

5. bis 10. Juni 1967 Dritter Nahostkrieg („Sechstagekrieg“) zwischen Israel einerseits und Ägypten, Syrien und Jordanien andererseits; Israel besetzt die Sinaihalbinsel, das Westjordanland mit Ostjerusalem, die Golanhöhen und den Gazastreifen.

1. September 1967 Die arabischen Staaten verabschieden in der sudanesischen Hauptstadt die Khartum-Resolution. Sie enthält die „drei Neins“: Nein zu Frieden mit Israel, Nein zur Anerkennung Israels, Nein zu Verhandlungen mit Israel.

Oktober 1973 Vierter Nahostkrieg („Jom-Kippur-Krieg“) zwischen Ägypten und Syrien auf der einen und Israel auf der anderen Seite.

20. November 1977 Der ägyptische Staatspräsident Anwar as-Sadat hält eine Rede vor der Knesset.

26. März 1979 Ägypten unterzeichnet als erstes arabisches Land einen Friedensvertrag mit Israel.

30. Juli 1980 Die Knesset verabschiedet das Grundgesetz, in dem das „vereinigte Jerusalem“ zur Hauptstadt Israels erklärt wird.

30. September 1980 Das Israelische Pfund wird durch den Israelischen Schekel (IS) ersetzt.

14. Dezember 1981 Israel annektiert die Golanhöhen.

25. April 1982 Israel zieht sich vollständig vom Sinai zurück.

1982 *Fünfter Nahostkrieg („Libanonkrieg“). Ziel des israelischen Einmarsches im Libanon ist die Schwächung der PLO, die von Beirut aus ihre Angriffe auf Siedlungen im Norden Israels koordiniert. Obwohl Israel sein Ziel erreicht, wird der Krieg wegen der hohen Zahl der zivilen Opfer und massiven Zerstörungen international und in Israel selbst heftig kritisiert.*

25. September 1982 *In Tel Aviv findet eine Massendemonstration der Friedensbewegung „Frieden jetzt“ mit 400 000 Teilnehmern gegen den Libanonkrieg statt.*

1984 bis 1985 *Die „Operation Moses“ bringt etwa 10 000 äthiopische Juden nach Israel.*

Februar bis Juni 1985 *Israelischer Teilrückzug aus dem Libanon.*

1987 *Die Hamas wird gegründet.*

8./9. Dezember 1987 *Ausbruch der ersten Intifada.*

1988 *Die PLO ruft den Staat Palästina aus.*

1989 *Beginn der Masseneinwanderung aus der Sowjetunion nach Israel.*

18. Januar bis 25. Februar 1991 *Der Irak schießt während des Zweiten Golfkriegs Raketen auf Israel ab.*

23. bis 25. Mai 1991 *„Operation Salomo“ zur Evakuierung äthiopischer Juden.*

30. Oktober bis 2. November 1991 *In Madrid findet eine Nahost-Friedenskonferenz statt, an der erstmals sowohl Israel als auch Jordanien, in dessen Delegation sich palästinensische Vertreter befinden, Syrien und der Libanon teilnehmen.*

20. Januar bis 20. August 1993 *Geheimverhandlungen zwischen Vertretern Israels und der PLO bei Oslo.*

April 1993 *Die Hamas beginnt mit Selbstmordattentaten in Israel.*

13. September 1993 *Das Oslo-Abkommen wird in Washington unterzeichnet. Darin erkennen sich Israel und die PLO gegenseitig an.*

26. Oktober 1994 Israel und Jordanien schließen einen Friedensvertrag.

10. Dezember 1994 Jizchak Rabin, Schimon Peres und Jassir Arafat erhalten den Friedensnobelpreis.

28. September 1995 Das Interimsabkommen zwischen Israel und der PLO über die Ausdehnung der palästinensischen Selbstverwaltung im Westjordanland, Oslo II, wird in Washington unterzeichnet.

4. November 1995 Premier Jizchak Rabin wird auf einer Friedenskundgebung in Tel Aviv von dem jüdischen Extremisten Jigal Amir ermordet.

20. Januar 1996 Jassir Arafat und seine Fatah gewinnen die ersten Parlamentswahlen in den Palästinensergebieten.

23. Oktober 1998 Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde unterzeichnen das Wye-Abkommen, das eine Ausweitung der palästinensischen Selbstverwaltung vorsieht.

24. Mai 2000 Israel schließt seinen Rückzug aus dem Südlibanon ab.

28. September 2000 Beginn der zweiten Intifada.

8. Juli 2003 Baubeginn der Sperranlage zum Westjordanland.

11. November 2004 Palästinenserpräsident Jassir Arafat stirbt in Paris und wird einen Tag später in Ramallah beigesetzt. Sein Nachfolger wird Mahmud Abbas.

August/September 2005 Die israelische Armee räumt alle jüdischen Siedlungen im Gazastreifen.

26. Januar 2006 Die Hamas siegt bei den Parlamentswahlen im Westjordanland und Gazastreifen.

12. Juli bis 14. August 2006 Zweiter Libanonkrieg Israels, ausgelöst durch einen Überfall der Hisbollah auf israelische Soldaten, von denen mehrere getötet sowie zwei entführt werden.

Mitte Juni 2007 Die Hamas übernimmt gewaltsam die Macht im Gazastreifen.

17. März 2008 Erste gemeinsame deutsch-israelische Regierungskonsultationen in Jerusalem.

27. Dezember 2008 bis Mitte Januar 2009 Auf den fortwährenden Raketenbeschuss der Hamas auf israelisches Gebiet reagiert Israel mit einer Militäroffensive im Gazastreifen.

11. April 2009 Die Stadt Tel Aviv feiert ihr hundertjähriges Jubiläum.

Dezember 2010 Beginn der Umwälzungen in der arabischen Welt.

Sommer 2011 Massenproteste gegen soziale Ungleichheit in Israel.

14. bis 21. November 2012 Auf verstärkten Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen reagiert Israel mit einer Militäroffensive.

22. Januar 2013 In Israel finden Parlamentswahlen statt, aus der die gemeinsame Liste von Likud und Yisrael Beitenu, Halikud Beitenu als stärkste Kraft hervorgeht. Benjamin Netanjahu (Likud), seit 2009 Ministerpräsident, wird am 18. März als Premier vereidigt

Sommer 2013 Wiederaufnahme direkter Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde, die die israelische Regierung nach Ankündigung von Fatah und Hamas, eine gemeinsame Regierung zu bilden, im April 2014 aussetzt.

10. Juni 2014 Reuven Rivlin wird zum Staatspräsidenten Israels gewählt.

8. Juli bis 26. August 2014 Der verstärkte Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf israelisches Gebiet (von Mitte Juni bis Anfang Juli etwa 200 Raketen) führt zum dritten Krieg zwischen der Hamas und Israel. Ägypten vermittelt wiederum eine Waffenruhe.

17. März 2015 In der Wahl zur 20. Knesset wird der Likud stärkste Kraft. Die aus fünf Fraktionen bestehende national-religiöse Koalition unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu verfügt über 61 der 120 Abgeordnetensitze.

Seit Herbst 2015 Palästinenser greifen vorrangig mit Messern überwiegend israelische Zivilisten an.

Trockental und Terrassenberge in der östlichen Negevmitte





Foto: ulstein bild – imageBROKER / Martin Dr. Baumgärtner

1. GRUNDVERSTÄNDIGUNG

ken/lo Ja/Nein

bevakascha/toda (raba)!

Bitte/(Vielen) Dank(e)!

βlicha Entschuldigung

schalom! Hallo! / Tschüss!

bóker tov! Guten Morgen!

bóker or! Guten Morgen!

(Antwort)

érev tov! Guten Abend!

lájla tov! Gute Nacht!

baruch haba! Herzlich willkommen!

lehitra'ot! Auf Wiedersehen!

ech kor'im lecha/lach?

Wie heißt Du? (m/w)

schmi N. Ich heiße N.

ma nischma? Wie geht's?

tov (meod), toda. (Sehr) gut, danke.

hakol beβéder. Alles in Ordnung.

kácha, kácha. So, so.

ulái vielleicht

bete'avon! Guten Appetit!

lechájim! Prost!

efschar la'asor li?

Können Sie mir helfen?

míschehu po medaber anglit?

Spricht hier jemand Englisch?

ani lo medaber/medaberet

ivrit Ich spreche kein Hebräisch
(m/w)

jesch lecha/lach ...

Haben Sie (m/w) ...

ten/tni li bevakascha et ...

Geben Sie (m/w) mir bitte ...

ken, jesch/lo, en

Ja, gibt es./Nein, gibt es nicht.

ma? Was?

réga echád bewakaschá

Einen Augenblick, bitte.

2. UNTERWEGS – NACHFRAGEN & FORTBEWEGUNG

(éfo) jesch (po) ...?

(Wo) gibt es (hier) ...?

ani mechapeß/zarich ...

Ich suche (m)/brauche (m) ...

éfo efschar liknot ...?

Wo kann man ... kaufen?

káma se ole? Wie viel kostet das?

éifo memirim (machlifim) késef?

Wo wechselt man Geld?

efschar leschalem?

Kann ich (bitte) zahlen?

éfo? Wo ist ...?

bet malon Hotel

beit mirkáchat Apotheke

misadá Restaurant

beit cholim Krankenhaus

ech ani magí'a le ...?

Wie komme ich zu/nach ...?

kach oti le ... bevakascha

Bringen Sie mich bitte nach ...

jamina rechts

ßmola links

jaschar geradeaus

3. (UHR-)ZEIT, ZAHLEN, WOCHENTAGE

mataj Wann?

ma hascha'a? Wie spät ist es?

achár kach später/nachher

hajom/ machar/ etmól

heute/morgen/gestern

Wochentage

Mo = jom scheni

Di = jom schlischi

Mi = jom revii

Do = jom chamischi

Fr = jom schischi

Sa = (jom) schabat

So = jom rischón

Zahlen von 1 – 12

1 = achát

2 = schtaim

3 = schalósch

4 = arbá

5 = chamésch

6 = schesch

7 = schwewa

8 = schmóne

9 = teischa

10 = éser

11 = achát esre

12 = schtém esre

Balke, Ralf: *Israel. München 2013*
(5., neu bearbeitete Auflage), 288 S.

Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Israels sowie in den Nahostkonflikt.

Brenner, Michael: *Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute, München 2016, 288 S.*

Wie stellten sich die Zionisten einen jüdischen Staat vor, wie hat sich Israel seit 1948 entwickelt und welche gegensätzlichen Visionen von Israel spalten zunehmend das Land?

Dachs, Gisela (Hg): *Länderbericht Israel (bpb-Schriftreiheband 10 000), Bonn 2016, 770 S.*

Der Länderbericht Israel stellt die komplexe Realität des Landes dar und zeigt das Leben der Israelis aus unterschiedlichen Perspektiven.

Diner, Dan: *Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015, 176 S.*

Wie sehen Israelis das Luxemburger Abkommen 1952 und wie beschwerlich war der Weg der Annäherung zwischen den beiden Staaten bis heute.

Haviv-Horiner, Anita: *Grenzen-los?*

Deutsche in Israel und Israelis in Deutschland, Bonn 2016, 240 S.

Je acht Israelis und Deutsche mit sehr unterschiedlichen Biografien erzählen von ihrem Leben im jeweils anderen Land.

Lotem, Itay / Seitz, Judith: *Israel – Nah im Osten, Bonn 2013, 160 S.*

Dieses Buch von jungen Leuten für junge Leute gewährt einen Blick in Geschichte und Gegenwart einer bunten israelischen Gesellschaft.

Pinto, Diana: *Israel ist umgezogen, Berlin 2013, 238 S.*

Essay in Form eines Reiseberichts über die israelische Gesellschaft im Umbruch.

Senor, Dan / Singer, Paul: *Start-up Nation Israel. Was wir vom innovativsten Land der Welt lernen können, München 2012, 384 S.*

Risikobereitschaft, Kreativität und Tatkraft sind in Israel ausgeprägt: Sie sind zugleich notwendige Voraussetzungen für wirtschaftliche Innovationen und Erfolge.

Shavit, Ari: *Mein gelobtes Land. Triumph und Tragödie Israels, München 2015, 592 S.*

Ein mitunter sehr persönliches Buch über die Geschichte des Staates Israel mit seinen Erfolgen und Widersprüchen.

Strenger, Carlo: *Israel – Einführung in ein schwieriges Land, Berlin 2011, 173 S.*

Ausgehend von Beobachtungen und Alltagsszenen bietet der Autor Einsichten in die Mentalität der Israelis.

Wolffsohn, Michael / Grill, Tobias: *Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Leverkusen 2016 (8., akt. Auflage), 344 S.*

Handbuch mit vielen Tabellen, Grafiken, Statistiken und Hintergrundinformationen.

Yaron, Gil: *Jerusalem. Ein historisch-politischer Stadtführer, München 2013 (3. Auflage), 304 S.*

Einführung in Geschichte und aktuelle Probleme der für drei Weltreligionen bedeutsamen Stadt.

www.bpb.de/internationales/asien/israel/
Online-Dossier der bpb zu Israel.

www.hagalil.com
Jüdisches Online-Magazin

www.bpb.de/veranstaltungen/format/studienreise/
Israel-Studienreisen der bpb

— Historische Karten: Palästina 1947, Israel 1948/49–1967

